

UNSERE WIRTSCHAFT

Vorschläge für eine
zukunftsfähige Wirtschaftspolitik
2019 – 2029

**LEITPLANKEN FÜR DIE GLOBALISIERUNG,
DIGITALISIERUNG UND EIN KLIMAVERTRÄGLICHES WACHSTUM**

ARBEITSPAPIER

mit allen 135 Anträgen aus Frist 1

Zusammenstellung aller bis zum 17.10.18
eingereichten Anträge inkl. Entscheide
der Geschäftsleitung vom 26.10.18



INHALTSVERZEICHNIS

1	DIE WIRTSCHAFT, DIE WIR MEINEN	12
2	ENTWICKLUNG DER LETZTEN ZEHN JAHRE	21
2.1	Frühere Wirtschaftskonzepte der SP Schweiz	21
2.2	Die grossen Kontroversen unserer Zeit: Digitalisierung, Globalisierung und Wachstumsdilemma	22
2.2.1	Digitalisierung: Chancen und Risiken	22
2.2.2	Globalisierung: Von Gütern und Gerechtigkeit	27
2.2.3	Wachstum und Klimaschutz	32
2.3	Globale Entwicklungen	37
2.3.1	Folgeschwere Finanzkrise	37
2.3.2	Anhaltend tiefe Zinsen	39
2.3.3	Gebremstes Wirtschaftswachstum	40
2.3.4	Konzentration von Einkommen und Vermögen	40
2.3.5	Klimaerwärmung und Kohlenstoffblase	43
2.4	Entwicklungen in der Schweiz	44
2.4.1	Wenig Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt	45
2.4.2	Die Schere öffnet sich	47
2.4.3	Anhaltend hohe Migration	50
2.4.4	Ungleich verteilte Sorgearbeit	51
2.4.5	Digitale Innovation: Die Schweiz fällt zurück	53
2.5	Fazit: Ein verlorenes Jahrzehnt	54
3	POLITISCHE STOSSRICHTUNGEN	55
3.1	Gute Arbeit für alle	56
3.1.1	Aus- und Weiterbildung ausbauen	56
3.1.2	Arbeit gerecht verteilen und die Arbeitszeit senken	63
3.1.3	Mitbestimmung stärken	73
3.1.4	Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV)	77
3.1.5	Löhne und Arbeitsbedingungen sichern	81
3.2	Pionierhafte Gemeinwerke	86
3.2.1	Abhängigkeit von fossiler Energie überwinden	86
3.2.2	Digitale Infrastruktur als Gemeinwerk der Zukunft	88
3.2.3	In Forschung und Entwicklung investieren	91
3.2.4	Zukunftsfonds für innovative Unternehmen	92
3.2.5	Zukunftsfähige Wirtschaft	93
3.2.6	Finanzwirtschaft stabilisieren	94
3.3	Starkes Gemeinwesen	96
3.3.1	Öffentliche Dienstleistungen stärken	96
3.3.2	Bodenrente gerechter verteilen	100
3.3.3	Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen stärken	101
3.3.4	Gleichstellung schaffen, Sorgearbeit aufwerten	102
3.3.5	Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen besteuern	107
3.4	Internationales Engagement	110
3.4.1	Engagement für mehr Gerechtigkeit	110
3.4.2	Entwicklungszusammenarbeit ausbauen	112
3.4.3	Steuervermeidung bekämpfen	113
3.4.4	Gute Beziehungen zu Europa	115
	Zusätzliche Stossrichtung	117
4	SCHLUSSWORT	118

KOMMENTAR ZUM VORLIEGENDEN ARBEITSPAPIER

Am 8. August 2018 haben die Sektionen der SP Schweiz die Einladung zum ordentlichen Parteitag vom 1./2. Dezember in Brugg/Windisch erhalten, darunter auch das neue Wirtschaftskonzept „Unsere Wirtschaft: Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019 – 2029“.

Bis zur Antragsfrist vom 17. Oktober sind insgesamt 135 Anträge eingetroffen von Sektionen, Kantonalparteien und Fraktionsmitgliedern. Wir danken hiermit allen ganz herzlich für ihr Engagement in dieser Sache.

Im vorliegenden Arbeitspapier sind alle eingegangenen Anträge zusammengestellt. Die Entscheide der Geschäftsleitung vom 26. Oktober 2018 sind grau hinterlegt. **Zusätzlich hat die Steuerungsgruppe nach intensiver Auseinandersetzung mit den Anträgen auch noch einige kleine, teils nur redaktionelle Änderungen, vorgenommen. Diese sind im Papier gelb hinterlegt.**

Auf Grundlage aller Anträge und der Entscheide der Geschäftsleitung wurde eine überarbeitete Fassung, ein neues Antragspapier, erstellt, welches die Basis für die Antragsfrist 2 bildet, die bis zum 15. November 2018 dauert.

Alle **angenommenen und modifiziert angenommenen Anträge** wurden in der überarbeiteten Fassung (Antragspapier) bereits eingearbeitet.

Alle von der GL **abgelehnten Anträge**, an welchen festgehalten wird, müssen von Parteitagsdelegierten erneut eingereicht werden. Ansonsten werden diese nicht mehr behandelt.

Das **weitere Vorgehen** sieht wie folgt aus:

15. November 2018	Antragsfrist 2
23. November 2018	Sitzung der Geschäftsleitung
27. November 2018	Aufschalten der Schlussdokumente
1./2. Dezember 2018	Parteitag in Brugg/Windisch

Rückweisungsantrag

A-1; SP Wädenswil ZH

Forderung: Das neue Wirtschaftskonzept wird zur Überarbeitung zurückgewiesen.

Begründung: Das aktuelle Papier ist kein Konzept sondern ein Sammelsurium von Einschätzungen und Vorschlägen. Wie die SP die grossen Herausforderungen (Umwelt/Klima, Bedrohung der Arbeitsplätze durch Digitalisierung/Globalisierung, zunehmende Dominanz des Kapitals) angehen will, ist kaum erkennbar. Das Papier sollte unseres Erachtens zu diesen Themen Antworten geben, die in der politischen Arbeit der Sektionen (Strassenaktionen, Mitteilungsblätter, Parlamentsarbeit) nutzbar sind. Da der Klimawandel eine wesentliche wirtschaftliche Umstellung erfordert, muss diese Thematik im Papier markant und nicht im Sinne von Randnotizen dargestellt werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL teilt die Einschätzung der SP Wädenswil nicht. Dass ein Wirtschaftskonzept eine breite Palette von Vorschlägen macht, liegt zum einen am Thema: Wirtschaft durchdringt praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche. Zum anderen ist das Papier in einem breit abgestützten und partizipativen Prozess entstanden. In diesem Prozess sind unterschiedlichste Schwerpunkte und Sichtweisen ins Papier eingeflossen. Zudem gibt Kapitel 3 nach Meinung der GL zahlreiche fundierte Antworten auf die aktuell grössten Herausforderungen, auch auf die Klimaerhitzung. Diese Antworten sind kommunikativ, kampagnenmässig und vor allem auch parlamentarisch nutzbar. Wenn nicht auf lokaler Ebene, dann kantonale, nationale oder auch internationale.

Antrag zu Titel, Die Wirtschaft sind wir, Abstract und Schlusswort

A-2; SP Thalwil

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: Titel

Forderung: Der Titel des SP-Wirtschaftsprogramms ist zu ändern und mit einer klaren Botschaft zu versehen: „Wohlstand und Mitbestimmung für alle und nicht nur für wenige!“.

Begründung: Der Titel des Papiers „Unsere Wirtschaft: Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik“ ist nichtssagend. Es braucht einen Titel mit einer klaren Botschaft/Vision: Z.B. „Wohlstand und Mitbestimmung für alle und nicht nur für wenige!“.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL erachtet den gewählten Titel „Unsere Wirtschaft“ als stärker in seiner Betonung des Einbezugs und der Mitverantwortung aller an der Wirtschaft.

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite:

Die Wirtschaft sind wir, Abstract, Schlusswort

Forderung:

Die Seiten „Abstract“ und „Schlusswort“ werden gestrichen. Die Seite „Die Wirtschaft sind wir“ ist zu ersetzen durch den nachfolgenden Text:

Unsere Idee einer „Wirtschaft für alle“, einer Wirtschaft, in der die Menschen dank gesellschaftlichem Wohlstand und Solidarität ein erfülltes Leben führen können, ist nach wie vor unsere Zielvorstellung.

Bis vor kurzer Zeit schien es, als wäre sie zwar durch den Anspruch der Habenden in der Schweiz immer wieder verhindert, aber dank Fortschritt doch mindestens teilweise erreichbar.

Mittlerweile ist das Wort „Fortschritt“ aber mit Zweifeln umgeben. Der Fortschritt hat dazu geführt, dass alle Umweltindikatoren (vor allem aber das Klima als Folge von CO₂) auf Sturm stehen. Sowohl Digitalisierung wie Globalisierung haben zwar durchaus angenehme Seiten, werden aber von immer mehr Menschen als negativ empfunden, weil der Druck am Arbeitsplatz zu- statt abnimmt, weil immer mehr Arbeitsplätze durch Automatisierung bedroht sind, weil Arbeitsplätze ins billigere Ausland verlegt werden. Kommt dazu, dass „oben“ immer schamloser abkassiert wird, während „unten“ die Lohnschraube angezogen wird. Selbst bei den Renten sind Zweifel angesagt, ob man mal das erhält, was einem zusteht.

Der SP ist es klar, dass es für unsere Kinder und Kindeskinde nur ein Wohlbefinden geben kann, wenn wir es schaffen, innert weniger Jahrzehnte die Freisetzung von CO₂ praktisch auf null zu reduzieren. Diese Wende wird nicht mit Freiwilligkeit möglich sein. Hier sind Regelungen verschiedenster Art nötig (Qualitätsvorschriften, Lenkungsabgaben, Fördergelder, Ausbildungsprogramme, Kontingente, usw.).

Der SP ist es aber auch klar, dass auch Arbeit, Digitalisierung, Globalisierung nicht einfach dem Zufall, den Chefs, den Kapitalisten im In- und Ausland überlassen werden dürfen. Auch hier gilt es Regelungen zu finden, damit ein anständiges Auskommen der Menschen gewährleistet ist, bevor die Kapitalien in unermessliche Höhen schiessen.

Die SP ist sich bewusst, dass es nicht einfach ist, solche Regelung zu finden. Wirtschaft und Gesellschaft stellen ein kompliziertes Räderwerk dar. Verschiedene Akteure möchten an den Stellschrauben zu ihren Gunsten drehen. Dabei ist es für keinen klar, ob das Verstellen einer Schraube tatsächlich zum erwarteten Effekt führt. Das SP-Wirtschaftskonzept ist darum kein Patentrezept, dank dem sich alles in Kürze zum Guten wendet. Es ist vielmehr einerseits eine Sammlung von Überlegungen und andererseits ein Versprechen, wie wir unseren Einsatz sehen und die Prioritäten setzen.

Begründung: Ein SP-Wirtschaftskonzept soll in einer Kurzform aufzeigen, wie wir die Sache sehen und welches unsere Hauptziele sind. Den bisherigen Einleitungskapiteln und dem Schlusswort fehlt jegliche Schärfe.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL erachtet die im Arbeitspapier vorgeschlagene Struktur für besser geeignet. Sie schlägt aber vor, den letzten Abschnitt „Die SP ist sich bewusst...“ am Ende des „Narrativs“ zu übernehmen.

DIE WIRTSCHAFT SIND WIR

Wir sind die Mehrheit. Wir, die mit unseren handwerklichen, intellektuellen, fürsorglichen oder kreativen Fähigkeiten unseren Teil zum Gelingen beitragen: Wir sind die Wirtschaft. Wir schaffen den Wohlstand und nicht die sogenannten Wirtschaftsführer und Anlegerinnen, die von Kapitalgewinnen und damit von der Arbeit anderer leben. Unser Beitrag ist unverzichtbar. Wir werden nicht aufhören, für eine Wirtschaft zu kämpfen, die uns allen dient und nicht nur denjenigen, die mit ihrem Geld Wirtschaft und Politik für sich beanspruchen.

Die Wirtschaft muss den in der Bundesverfassung verankerten Zielen verpflichtet werden. Sie soll «die Freiheit und Rechte des Volkes», «die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes» fördern, «für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» sorgen sowie «der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» und «der friedlichen und gerechten internationalen Ordnung»¹ dienen. Wir fordern eine Wirtschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen eine Wirtschaft, die der Freiheit aller dient. Freiheit erschöpft sich nicht im Abbau von Bürokratie. Freiheit ist nicht das Recht des Stärkeren, Freiheit hat nichts mit dem Abbau öffentlicher Leistungen zu tun: Frei sein bedeutet, die Chance auf ein erfülltes Leben zu haben, an der Gesellschaft teilzunehmen und die eigenen Stärken entfalten zu können. Frei sein heisst Mitbestimmung und Teilhabe. Freiheit heisst Demokratie auf allen Ebenen.

Unser Engagement ist wichtig, gerade in dieser unruhigen Zeit, in der Globalisierung und Digitalisierung das Leben der Menschen rasch verändern und ganze Berufszweige in Frage stellen; in einer Zeit in der Reiche immer reicher werden und das zu Lasten derer, die von ihrer Arbeit leben. Die SP stellt sich dem Wandel. Wir wollen aber nicht, dass er einzig durch Wettbewerb und Profitstreben angetrieben wird. Wir wollen Sicherheit, Perspektiven und Mitbestimmung. Wir wollen uns nicht technischen oder finanziellen Sachzwängen ausgeliefert sehen. Wir wollen eine Wirtschaft gestalten, die uns allen dient.

A-4; SP Thalwil

Forderung: Kapitel "Die Wirtschaft sind wir" weglassen.

Begründung: Der Mehrwert dieses Kapitels stufen wir als gering ein.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL sieht dieses „Narrativ“ als wichtigen Bestandteil des Wirtschaftskonzeptes.

¹ Bundesverfassung der Eidgenossenschaft: Art 2, Zweck.

ABSTRACT

Die Weltwirtschaft durchlebt turbulente Zeiten. Die Megatrends Digitalisierung und Globalisierung sowie der ökologische Umbau der Wirtschaft eröffnen neue Chancen, aber auch enorme Risiken für die Demokratie, die soziale Sicherheit und die Verteilungsgerechtigkeit. Die Vermögensungleichheit nimmt in den Industrie- und Schwellenländern zu. Weltkonzerne setzen sich die Regeln zunehmend selber. Gleichzeitig ist das Wachstumsdilemma präsenter denn je. Auch der Klimawandel ist noch längst nicht gestoppt. Zehn Jahre nach der Finanzkrise haben sich das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels verlangsamt; die Zinsen verharren auf tiefstem Niveau.

A-5; QV Gundeldingen Bruderholz

Forderung: Ändern

Auch der Klimawandel ist noch längst nicht gestoppt.

Neu: Auch der Klimawandel schreitet weiter voran.

Begründung: Die ursprüngliche Formulierung klingt so, als sei man lediglich noch nicht ganz am Ziel, was die Bekämpfung des Klimawandels betrifft. Dies entspricht nicht der Realität. Verharmlosende Formulierungen den Klimawandel betreffend sollten in einem SP-Papier vermieden werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

In der Schweiz stehen wir vergleichsweise gut da. Aber auch hier zeigen sich Fehlentwicklungen: Die Erwerbslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, die soziale Sicherheit nimmt ab. Arbeitszeit und Stress nehmen zu, obwohl die Produktivität steigt. Die Diskriminierung der Frauen im Wirtschaftsleben ist auch bald 40 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels noch nicht überwunden. Die Bedeutung der Sorgeökonomie wird von offizieller Seite nach wie vor ausgeklammert. Der Mittelstand wird über das unsozial finanzierte Gesundheitswesen und die zu hohen Mieten gemolken.

A-6; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: umformulieren

*In der Schweiz stehen wir vergleichsweise gut da. Aber auch hier zeigen sich Fehlentwicklungen: Die Erwerbslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, die soziale Sicherheit nimmt ab. Arbeitszeit und Stress nehmen zu, obwohl die Produktivität steigt. Die Diskriminierung der Frauen im Wirtschaftsleben ist auch bald 40 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels noch nicht überwunden. Die Bedeutung der Sorgeökonomie wird von offizieller Seite nach wie vor ausgeklammert. ~~Der Mittelstand wird über das unsozial finanzierte Gesundheitswesen und die zu hohen Mieten gemolken.~~ **Neu:** Gerade das unsozial finanzierte Gesundheitswesen und die hohen Mieten belasten einen Teil der Gesellschaft überdurchschnittlich.*

Begründung: Das Wort „Mittelstand“ ist nicht klar definiert, ohne Definition das Wort hier zu gebrauchen, ist wenig seriös. Der Satz lässt zudem suggerieren, dass der Mittelstand ungerechtfertigt - auch von Steuern - gemolken wird. Dies kann nicht die Haltung der SP sein.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Es ist höchste Zeit für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Alternativen kennen wir durchaus: Die Schweiz kennt eine Tradition der gemeinnützigen Eigentumsformen (Genossenschaften, Unternehmen des Service public), die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit orientieren anstatt am Renditedenken anonymer Grossaktionäre. Beispiele für Pionierleistungen sind die Gründungen von ETH und SBB oder auch die Einführung der AHV.

Mit dem vorliegenden Wirtschaftskonzept präsentiert die SP Schweiz ihre Reformideen für die nächsten zehn Jahre. Bis 2040 wollen wir den ökologischen Umbau erreicht haben. Wir wollen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, damit die Stimmen jener zählen, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit erst erwirtschaften. Wir wollen die Digitalisierung so nutzen, dass sie eine Verkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht. Wir fordern endlich Gleichstellung in der Erwerbs- und der Sorgearbeit. Wir kämpfen für ein soziales Netz, durch dessen Maschen niemand fällt. Nicht zuletzt stehen wir für eine international engagiertere Schweiz ein. Wirtschafts- und Aussenpolitik müssen zusammen gedacht und den Zielen der UNO-Agenda 2030 für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet werden.

A-7; SP Thalwil

Forderung: Kapitel „Abstract“ überarbeiten.

Begründung: Das Kapitel „Abstract“ wird dem Zweck einer kurzen Zusammenfassung der wichtigsten Aspekte nicht gerecht.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der Titel „Abstract“ wird durch „Einleitung“ ersetzt. Gleichzeitig wird das Dokument neu durch eine 10-Punkte-Zusammenfassung ergänzt (siehe Antrag A-134).

A-8; JUSO

Forderung: Umformulieren und Ergänzen (**fett** -> neuer Text)

*Die Weltwirtschaft durchlebt turbulente Zeiten. **Die wachsende Ungleichheit ist Nährboden für fremdenfeindliche und reaktionäre Kräfte, welche unsere Freiheit bedrohen. Ein entfesseltes kapitalistisches Wirtschaftssystem führt zum Angriff auf unseren Service Public und die von der Sozialdemokratie erkämpf-***

ten sozialen Errungenschaften. Die Klimakatastrophe läuft ungebremst weiter und gefährdet langfristig die Weiterexistenz der Menschheit.

*So eröffnen die Megatrends Digitalisierung und Globalisierung sowie der ökologische Umbau der Wirtschaft neue Chancen, aber auch enorme Risiken für die Demokratie, die soziale Sicherheit und die Verteilungsgerechtigkeit. Die Vermögensungleichheit nimmt in den Industrie- und Schwellenländern zu. **Internationale Freihandelsabkommen, die einzig die Interessen multinationaler Konzerne stützen und weder dem solidarischen Zusammenleben der Völker noch der demokratischen Kontrolle der Wirtschaftsmacht dienen, stellen einen Schritt in Richtung Konzerndiktatur dar.** Weltkonzerne setzen sich die Regeln zunehmend selber. Gleichzeitig ist das Wachstumsdilemma präsenter denn je. Auch der Klimawandel ist noch längst nicht gestoppt. Zehn Jahre nach der Finanzkrise haben sich das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels verlangsamt; die Zinsen verharren auf tiefstem Niveau.*

~~*In der Schweiz stehen wir vergleichsweise gut da.*~~ *Auch in der Schweiz ~~hier~~ zeigen sich Fehlentwicklungen: Die Erwerbslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, die soziale Sicherheit nimmt ab. Arbeitszeit und Stress nehmen zu, obwohl die Produktivität steigt. Die Diskriminierung der Frauen im Wirtschaftsleben ist auch bald 40 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels noch nicht überwunden. Die Bedeutung der Sorgeökonomie wird von offizieller Seite nach wie vor ausgeklammert. Der Mittelstand wird über das unsozial finanzierte Gesundheitswesen und die zu hohen Mieten gemolken. **Zudem ist die Schweiz mit ihrer Steuerearding-Politik mitverantwortlich für die weltweit steigende Ungleichheit und somit Motor des neoliberalen Angriffs auf soziale Errungenschaften.***

Es ist höchste Zeit für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Alternativen kennen wir durchaus: Die Schweiz kennt eine Tradition der gemeinnützigen Eigentumsformen (Genossenschaften, Unternehmen des Service public), die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit orientieren anstatt am Renditedenken anonymer Grossaktionäre. Beispiele für Pionierleistungen sind die Gründungen von ETH und SBB oder auch die Einführung der AHV.

*Mit dem vorliegenden Wirtschaftskonzept präsentiert die SP Schweiz ihre Reformideen für die nächsten zehn Jahre. Bis 2040 wollen wir den ökologischen Umbau erreicht haben. Wir wollen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, damit die Stimmen jener zählen, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit erst erwirtschaften **und Gewinnbeteiligungsmodelle an Unternehmen für Arbeiter*innen.** Wir wollen die Digitalisierung so nutzen, dass sie eine Verkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht. Wir fordern endlich Gleichstellung in der Erwerbs- und der Sorgearbeit. Wir kämpfen für ein soziales Netz, durch dessen Mätschen niemand fällt. Nicht zuletzt stehen wir für eine international engagiertere Schweiz ein. Wirtschafts- und Aussenpolitik müssen zusammen gedacht und den Zielen der UNO-Agenda 2030 für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet werden.*

Begründung: Das Abstract wird wohl von vielen Menschen ausserhalb der SP am meisten gelesen. Darum ist es wichtig, dass dieses prononciert die wichtigsten Positionen der SP aufzeigt. Inhaltlich ist gerade die Kritik an Freihandelsabkommen und der schweizerischen Steuer-Dumping-Politik wichtig.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Inhaltlich bringt der Antrag keine wesentlichen neuen Aspekte ein. Die GL erachtet die bestehende, in den Arbeitsgruppen erarbeitete Fassung des Textes als klarer formuliert und besser verständlich.

1 DIE WIRTSCHAFT, DIE WIR MEINEN

Der Begriff «Ökonomie» leitet sich von zwei altgriechischen Wörtern ab: oikos (Haus, Haushalt) und nomos (Gesetz, Lehre). Ökonomie ist also die Lehre vom guten Haushalten. Gutes Haushalten bedeutet, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt.

A-9; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: streichen

Der Begriff «Ökonomie» leitet sich von zwei altgriechischen Wörtern ab: oikos (Haus, Haushalt) und nomos (Gesetz, Lehre). Ökonomie ist also die Lehre vom guten Haushalten. Gutes Haushalten bedeutet, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt.

Begründung: Unnötige Verlängerung des Papiers, das Wirtschaftspapier ist kein Lehrbuch.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Es geht darum, mit diesem kurzen Ausflug in die Etymologie gleich zu Beginn, den Blick für eine umfassende Sicht auf Wirtschaft zu öffnen, in der u.a. auch die Sorgearbeit ihren Platz hat.

Die herrschende Wirtschaftslehre misst den Erfolg einer Volkswirtschaft noch immer nur am finanziellen Wachstum und zieht dafür das Bruttoinlandprodukt oder die Zahl der Arbeitsplätze bei. Diese Messgrößen genügen nicht. Sie blenden zentrale Aspekte aus, ohne die man unmöglich beurteilen kann, ob die Wirtschaft tatsächlich und langfristig den Menschen dient. Die herrschende Wirtschaftspolitik vergisst insbesondere die Sorgewirtschaft, die Natur und die Verteilung. Nicht so die Wirtschaftspolitik der SP.

Um unsere Wirtschaftspolitik einzuordnen, beleuchten wir in diesem Kapitel nicht nur die blinden Flecken, sondern zeigen auch, wie vielfältig die Wirtschaftsteilnehmenden sind. Wir zeigen auf, dass das Gute manchmal sehr nah liegt. Für die Bewältigung der grossen wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit hat die Schweiz gute Voraussetzungen. Die SP hat in ihrer Geschichte immer wieder aktiv dazu beigetragen, bewährten Schweizer Tugenden wie Solidarität und Gemeinsinn zum Durchbruch zu verhelfen.

1.1. Verteilung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung allen zugutekommen. Das hat nicht nur mit Gerechtigkeit zu tun. Eine breite Verteilung des Wohlstands ist der Motor eines nachhaltigen wirtschaftlichen Fortschritts.

Besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, kurbeln die Wirtschaft an, wenn ihr Einkommen steigt. Ihr Zusatzverdienst fliesst sofort in die Realwirtschaft. Anders die Superreichen, die schon alles haben. Sie werden mit höheren Einnahmen vor allem ihr Ersparnis vermehren und anlegen. Das nützt der in und für die Schweiz produzierenden Wirtschaft wenig. Die vielen KMU, die in erster Linie vom Geld leben, das die Schweizer_innen ausgeben, sind auf eine solide Binnennachfrage angewiesen. Diese macht rund 60% des Umsatzes in der Schweiz aus.

A-10; SP Frauen* Schweiz

Forderung: Neuen Absatz einfügen nach „Diese macht rund 60% des Umsatzes in der Schweiz aus.“

Die Vermögensverteilung hat auch eine geschlechtsspezifische Komponente: Weltweit erhalten Frauen weniger als ein Viertel des Erwerbseinkommens. Vom Kapitaleinkommen ist gar nicht zu sprechen, da Frauen* nur 1% des Vermögens kontrollieren. Aber auch in den entwickelten Industrieländern ist der langsame Trend zu mehr ökonomischer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schon seit längerem stehengeblieben. Die Schweiz ist dabei keine Ausnahme: Von den Vermögen kontrollieren Frauen* in der Schweiz keinen Zehntel, und vom gesamten Einkommen erhalten sie weniger als ein Viertel.*

Begründung: Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.

Entscheidung der Geschäftsleitung: Annahme

Wohin also geht das Geld? Geht es zu den Leuten, die arbeiten (Löhne) oder zu den Reichen, die andere für sich arbeiten lassen (Kapitaleinkommen)? Das ist eine entscheidende Frage. Das Bruttoinlandprodukt sagt dazu nichts. Denn es misst die Verteilung nicht. Anders die Lohnquote, die den Anteil der Löhne am Gesamteinkommen erfasst. Diese zeigt eine beunruhigende Entwicklung. Der Lohnanteil am Bruttoinlandprodukt ist seit den 1980er Jahren in den meisten Ländern gesunken. Zwar blieb die Schweiz davon verschont; die Lohnquote nahm hierzulande sogar leicht zu. Das aber nur, weil das reichste Prozent der Lohnempfangenden kräftig zugelegt hat. Lässt man dieses Prozent weg, dann ist die Lohnquote auch in der Schweiz rückläufig. Wären die Früchte des Wachstums gerechter verteilt worden, wären mehr Arbeitsplätze entstanden.

Die Politik der Nachkriegszeit brachte wirtschaftliche Fortschritte für alle Bevölkerungsklassen, weil Einkommen und Vermögen breit verteilt wurden und die Chancengleichheit stieg. Dazu trugen in der Schweiz auch die funktionierende Sozialpartnerschaft, die Sozialwerke sowie der Schutz der Schweizer Löhne vor ausländischer Tieflohnkonkurrenz bei. Die Fortschritte in der Wirtschaftsleistung (Produktivität) wurden in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten an die arbeitenden Menschen weitergegeben. Diese Entwicklung kam mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre an ein Ende. Heute werden wieder die Eigentümer_innen bevorzugt: Sie erhalten mehr vom Kuchen. Privatisierungen, Abbau von Sozialleistungen, Lohndruck und ein Steuersystem, das zugunsten der globa-

len Konzerne umgebaut wurde, führen zu einer Umverteilung von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Die Reichen werden reicher, die Armen kommen nicht vom Fleck. Das führt in eine Sackgasse und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die SP setzt sich deshalb für eine hohe Lohnquote, für eine gerechte Verteilung der Löhne und für sozialen Ausgleich ein.

A-11; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 1.1. mit Forderungen zur Abschöpfung der Kapital- und Spekulationsgewinnen ergänzen.

Begründung: Der Fokus liegt ausschliesslich auf den Löhnen. Kapital- und Spekulationsgewinne werden nicht weiter erwähnt, obwohl relevant.

Entscheidung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Bedeutung und ungleiche Verteilung von Kapitaleinkommen wird bereits an verschiedenen Stellen im Text erwähnt.

1.2. Eine Wirtschaft für alle

Das Modell einer bedarfsorientierten Wirtschaft wird bedroht durch die Idee, Grundgüter und Infrastrukturen zu privatisieren. Beispiele dafür sind die Zerschlagung der PTT und die Teilprivatisierung der Swisscom oder einzelner Kantonalbanken Ende der 1990er Jahre. Auch der Verkauf von staatlichen Grundstücken, die Abschaffung von Erbschaftssteuern oder die Senkung von Dividenden- und Kapitalsteuern verhindern eine bedarfsorientierte Wirtschaft.

Die bürgerliche Revolution hatte die klassische Feudalgesellschaft (Land im Adelsbesitz) Mitte des 19. Jahrhunderts überwunden. Wir beobachten aber in jüngster Zeit, dass sich schleichend eine neue Klasse des Geldadels herausbildet. Diese profitiert von Privatisierungen oder Steuervorteilen. Sie ist derart vermögend, dass sich daraus quasi-feudale Machtverhältnisse ergeben. Grosse Konzerne drohen mit dem Wegzug, wenn sie keine Steuersenkungen erhalten. Oder sie fordern in Freihandelsverträgen Klagerechte für entgangene Gewinne, wenn ein Land demokratisch seine Gesetze ändert. Neue Machtverhältnisse zeigen sich auch dann, wenn russische Oligarchen als Mehrheitsaktionäre Schweizer Traditionsfirmen aufkaufen, oder wenn tschechische Investoren Bergbahnen in der Schweiz kaufen und deren Betrieb einstellen, bis die Gemeinde ihre Wünsche erfüllt. Aber sie äussern sich auch darin, dass Schweizer «Oligarchen» Abstimmungskampagnen finanzieren und Zeitungen aufkaufen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und so ihre politischen Interessen durchzusetzen.

1.3. Eine Vielfalt von Unternehmen

«Die Wirtschaft» oder «das Unternehmen» gibt es nicht. Ein börsenkotierter Grosskonzern, ein lokales Familien-KMU oder auch eine kürzlich gegründete Firma mit einer innovativen Geschäftsidee («Start-up») funktionieren nach unterschiedlichen Logiken. So haben sie

denn auch unterschiedliche Bedürfnisse, was die politischen Rahmenbedingungen angeht.

Das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz war über Jahrzehnte geprägt durch eine Mischung aus mehr oder weniger innovativen Grosskonzernen sowie aus export- und inlandsorientierten KMU und einer leistungsstarken, öffentlich kontrollierten Infrastruktur. Dies wurde unterstützt durch öffentliche Investitionen in die Forschung. So konnten neue Erkenntnisse und Ideen in Geschäftsmodelle überführt werden. Deshalb war die Schweiz trotz ihrer Rohstoffarmut wirtschaftlich erfolgreich. Auch dies hat sich Ende der 1990er Jahre geändert. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament beschloss die Unternehmenssteuerreform I und lockte mit Steuerprivilegien ausländische Grosskonzerne an. Hunderte von Konzernen, die hierzulande oft nur wenige Leute beschäftigen, haben seither ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegt². Damit haben wir zur Verschiebung von Steuersubstrat in die Schweiz beigetragen und damit zu Steuerausfällen in anderen Ländern.

Wir wollen die Wirtschaftsentwicklung wieder stärker aus eigener Kraft vorantreiben. Grosse ebenso wie kleine Unternehmen, die gute Arbeitsbedingen bieten, die die Mitbestimmung in den Betrieben hochhalten, die umweltfreundlich produzieren und innovativ sind, sollen in der Schweiz gute Bedingungen vorfinden. Die Unternehmen sollen die Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung und Klimaerwärmung bewältigen und neue Ideen und Geschäftsmodelle verwirklichen können. Dafür brauchen sie Zugang zu günstigen Betriebskrediten, zu gut ausgebildeten Fachkräften und zu Wissen sowie griffige flankierende Massnahmen in den Handelsverträgen. Der Staat soll die Unternehmen mit guter Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen unterstützen. Bedingung dafür ist, dass die Unternehmen über Steuern ihren Teil an die staatlichen Leistungen zahlen.

1.4. Kapitalismus und Marktwirtschaft

Will die Sozialdemokratie den Kapitalismus überwinden, oder will sie eine soziale Marktwirtschaft? Diese Frage wird immer wieder gestellt. Sie vermischt aber Begriffe und verkennt die Realität. Kapitalismus und Marktwirtschaft sind nicht deckungsgleich, auch wenn sie oft als Synonyme verwendet werden.

Kapitalismus steht für Privateigentum an Produktionsmitteln. Aktionäre, Investmentfonds oder mächtige Eigentümer_innen besitzen die Unternehmen. Marktwirtschaft hingegen bringt (zumindest in der Theorie) Angebots- und Nachfragemengen über den Preis ins Gleichgewicht. Sie steht damit im Gegensatz zur Planwirtschaft, in der die Mengen geplant und die Preise entsprechend den Kosten festgelegt werden. Die Vorstellung einer Schweiz, die vollständig kapitalistisch und gleichzeitig marktwirtschaftlich organisiert wäre, wird der Realität nicht gerecht. Sie ist ebenso falsch wie die Vorstellung, die einzige Alternative zur aktuellen Organisationsform der Wirtschaft sei der planwirtschaftliche Kommunismus. Die Kontroverse «Markt versus Staat» greift zu kurz.

²2016 waren sieben der zehn umsatzstärksten Unternehmen mit Sitz in der Schweiz Rohstoffhandelskonzerne. Quelle: Handelszeitung, Top 500.

Unsere Wirtschaftsordnung besteht aus mannigfaltigen Mischformen. So ist die Produktion von Medikamenten privatwirtschaftlich organisiert, die Preise werden aber – unter anderem auf Wunsch der Pharmaindustrie – administrativ festgelegt. Anders ist es bei den Kantonalbanken: Sie produzieren unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, sind aber mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand und liefern jährlich Gewinne in die Kantons- und Gemeindekassen ab. Die Bauernfamilien wiederum produzieren zwar auf eigene Rechnung. Der Bund beeinflusst aber die Preise landwirtschaftlicher Güter mit Hilfe von Zöllen und unterstützt die Bauernbetriebe mit steuerfinanzierten Direktzahlungen. Auch die Anzahl Schulen, Studienplätze, Spitalbetten, Strassen oder Bahnen sowie die Stromproduktion sind durchwegs geplant, und die Preise dafür werden festgelegt. Wir haben politisch entschieden, dass der Zugang zu diesen Gütern nicht eine Frage der Zahlungsfähigkeit ist, sondern dass alle ein Recht auf diese Güter haben sollen.

Diese Idee ist älter als der Kapitalismus: Güter und Dienstleistungen, auf die in modernen Zivilisationen niemand verzichten kann, sind Teil des Volksvermögens und werden von der Gemeinschaft bereitgestellt. Zu diesen Gütern und Dienstleistungen gehören namentlich Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Verkehr sowie Telekommunikations-, Post- und Bankdienstleistungen. Sogar bei den mehrheitlich in privatem Besitz befindlichen Immobilien wird der Markt gesetzlich beschränkt: Das Gesetz sieht vor, dass Eigentümer nur eine beschränkte Rendite erzielen dürfen. Die Philosophie dahinter: Niemand soll aus der Bereitstellung von Grundgütern, auf die wir alle angewiesen sind, übermässigen Gewinn erwirtschaften. Güter hingegen, die für den Grundbedarf entbehrlich sind, werden privatwirtschaftlich hergestellt, mit nach marktwirtschaftlicher Logik ermittelten Mengen, Preisen und entsprechenden Gewinnen.

Auch kollektiv geführte Gesellschaften (Genossenschaften, staatliche Unternehmen) müssen sorgfältig mit den Mitteln und Kompetenzen umgehen, die ihnen anvertraut werden. Sie sollen ihre Aufgaben effizient und im Sinne ihrer Kund_innen wahrnehmen. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Genossenschaftsmitglieder bzw. der Verwaltung und der beaufsichtigenden Parlamente, dafür zu sorgen, dass diese Unternehmen gute und erschwingliche Leistungen erbringen, faire Löhne bezahlen und rechtlich korrekt wirtschaften. Nur ein Staat, der diese Aufgabe gewissenhaft erledigt und seine eigene Tätigkeit immer hinterfragt, ist ein Staat, der im Sinne seiner Bevölkerung handelt. Die kollektiven Besitzformen sind den Einzelunternehmen, GmbH und Aktiengesellschaften in zwei entscheidenden Punkten überlegen. Sie müssen keine Dividenden an aussenstehende Geldgeber_innen abliefern, und sie werden demokratischer gesteuert.

Die SP denkt in unterschiedlichen Güterklassen, für die es jeweils eigene Organisationsformen braucht. Diejenigen Güter und Dienstleistungen, die in modernen Zivilisationen alle nutzen müssen, sollen auch denjenigen gehören, die von ihnen abhängig sind – also der Allgemeinheit. Die SP sucht in eidgenössischer Tradition nach Wirtschaftsformen, die sicherstellen, dass Gewinn und Wertschöpfung der breiten Bevölkerung zugutekommen: Allen statt wenigen.

1.5. Sorgewirtschaft

A-12; SP Thalwil

Forderung: In Kapitel 1.5 den Begriff „Sorgewirtschaft“ mit “unbezahlte Sozial- und Familienarbeit” ersetzen.

Begründung: Dieser Begriff ist schrecklich und wenig verständlich. Kann nicht ein weniger abgehobener Begriff wie “unbezahlte Sozial- und Familienarbeit” verwendet werden?

Entscheidung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Im Text wird gut verständlich ausgeführt, was mit Sorgewirtschaft gemeint ist. Und es handelt sich ja eben nicht nur um unbezahlte Arbeit, siehe die Sorgearbeit in Spitälern, Pflegeheimen oder Kindertagesstätten.

Obwohl der Begriff Ökonomie aus der Hauswirtschaft stammt, vernachlässigt die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ausgerechnet das, was wir gemeinhin unter «Haushalten» verstehen. Sie kümmert sich kaum um die Arbeit für Haus, Kinder, Betagte und Kranke, die auch als Care- oder Sorge-Arbeit bezeichnet wird. Diese Tätigkeiten stellen wahrscheinlich den grössten Wirtschaftssektor dar, werden durch die Wirtschaftswissenschaft und die Politik aber kaum erfasst, weil sie zum grossen Teil unentgeltlich geleistet werden. Solange die Sorgearbeit in ökonomischen Betrachtungen nicht vorkommt, kann eine gerechte und sinnvolle Wirtschaftspolitik ihre wichtigste Aufgabe nicht erfüllen: Sie kann nicht dafür sorgen, dass alle bekommen, was sie zum guten Leben brauchen³.

A-13; SP Frauen* Schweiz

Forderung: Einfügung nach «... was sie zum guten Leben brauchen.»

„Wir setzen uns für eine Stärkung der feministischen Ökonomie an den Universitäten und Hochschulen ein.“

Begründung: *Feministische Ökonomie in der Wirtschaftswissenschaft muss gefördert werden. Bisher werden die Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems auf Frauen* nur von wenigen Einzelkämpfer*innen untersucht. Wirtschaftsreformen werden von Männern erdacht, umgesetzt und ausgewertet. Das negiert die Erfahrungen auf 50% der Bevölkerung und die Auswirkungen auf ebendiese. Wenn wir ein Wirtschaftssystem wollen, dass für alle gerecht ist, müssen alle in der der Gesellschaft am Wirtschaftssystem beteiligten gleichwertig gehört werden und mitgestalten. Nur darüber können Machtgefälle, die im bisherigen System. Entsprechend fordern die SP Frauen* Schweiz die Stärkung der feministischen Ökonomie im Wirtschaftskonzept der SP Schweiz festzuhalten.*

³ Ina Praetorius (2015): Wirtschaft ist Care (2 (https://www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf?dimension1=division_sp).

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Forderung wird in der Formulierung aufgenommen: *Dazu braucht es eine Stärkung der feministischen Ökonomie an den Universitäten und Hochschulen.*

Wir wollen, dass die Wirtschaftswissenschaften die Sorgearbeit stärker berücksichtigen und daraus methodische wie inhaltliche Konsequenzen ziehen für ihren Blick auf die Gesamtwirtschaft. Wir fordern aber auch, dass die Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird. Die gerechte Verteilung der Sorgearbeit ist der Schlüssel zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft. Die unbezahlte Sorgearbeit wird nach wie vor zum grossen Teil von Frauen geleistet. Das ist einer von vielen Gründen, warum Frauen in der bezahlten Erwerbsarbeit zurückgebunden werden, warum keine Lohn- und Chancengleichheit besteht. Das akzeptieren wir nicht. Wirtschaftliche Gleichstellung und Lohngleichheit sind für eine moderne Gesellschaft zentral. Wir geben nicht auf, bis sie umgesetzt sind.

A-14; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 1.5.Vorschlägen für "Zeitgutschriften" ergänzen.

Begründung: *Weshalb werden moderne Vorschläge wie "Zeitgutschriften" nicht aufgeführt? Verschiedene Versuche dazu laufen und sind zukunftsfähig*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL möchte deutlich machen, dass es darum geht, den Status, die gesellschaftliche, institutionelle, ökonomische Anerkennung von Sorgearbeit zu stärken. Der Verweis auf „Zeitgutschriften“ ist deshalb an dieser Stelle nicht zielführend (wenn es bspw. um Erwerbsarbeit in der Industrie oder im Banksektor geht, wird auch nicht auf Zeitgutschriften verwiesen). Damit soll nichts gegen zivilgesellschaftliche Initiativen und Versuche in diesem Bereich gesagt sein. Wenn diese zu einem solidarischen (und nicht marktbasieren) Zusammenleben beitragen, sind sie aus Sicht der GL auf jeden Fall zu begrüssen.

A-15; SP Frauen * Schweiz

Forderung: *Modifizierung letzter Absatz*

Wir wollen, dass die Wirtschaftswissenschaften die Sorgearbeit stärker berücksichtigen und daraus methodische wie inhaltliche Konsequenzen ziehen für ihren Blick auf die Gesamtwirtschaft. Sorgearbeit ist eine ökonomische und keine soziale Frage. Wir fordern aber auch, dass die Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird. Die gerechte Verteilung der Sorgearbeit ist der Schlüssel zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft. Die unbezahlte Sorgearbeit wird nach wie vor zum grossen Teil von Frauen geleis-

tet. Frauen sind deshalb weit davon entfernt, gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Im Vergleich zu den Männern werden sie daher vor dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Das ist einer von vielen Gründen, warum Frauen in der bezahlten Erwerbsarbeit zurückgebunden werden, warum keine Lohn- und Chancengleichheit besteht. Das akzeptieren wir nicht. Wirtschaftliche Gleichstellung und Lohngleichheit sind für eine moderne Gesellschaft zentral. Wir geben nicht auf, bis sie umgesetzt sind.

Begründung: Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

1.6. Die Natur erhalten

Natürliche Ressourcen stehen am Anfang der Wirtschaft: Sie liefern Nahrung, Bau- und Wirkstoffe sowie Energieträger. Wir leben von der Natur. Dennoch erfasst die gängige Wirtschaftslehre ihren Zustand nicht. Im Gegenteil, das Bruttoinlandprodukt wächst auch dann, wenn Grundwasser verschmutzt, Boden versiegelt, Wald gerodet oder das Klima erhitzt wird. Dass damit Werte von morgen vernichtet werden, erkennt die Statistik nicht, weil die Zerstörung oder die Übernutzung natürlicher Ressourcen die Verursacher häufig nichts oder zu wenig kostet. Das führt zu falschen Preissignalen, zu einer Verzerrung der Realität und zu Entscheidungen, die sich spätestens bei unseren Nachkommen rächen werden.

A-16; SP Winterthur

Forderung: ergänzen

*Im Gegenteil, das Bruttoinlandprodukt wächst auch dann, wenn Grundwasser verschmutzt, Boden versiegelt, Wald gerodet, **Arten ausgerottet** oder das Klima erhitzt ~~wird~~ **werden**.*

Begründung: *Es ist erschreckend, dass die Biodiversität trotz expliziten Anstrengungen im Natur- und Umweltschutz weiterhin abnimmt und die „rote Liste“ der bedrohten Arten dagegen wächst!*

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Es gibt zwar zahlreiche Forschungsprojekte, die versuchen, den Geldwert der Natur zu ermitteln⁴ oder die sogenannten externen Kosten von Produktionsprozessen zu messen. Es gibt sogar erste Ratingagenturen, welche die Kreditwürdigkeit von Nationen aufgrund des

⁴ www.teebweb.org.

ökologischen Fussabdrucks⁵ beurteilen⁶. Das reicht aber nicht. Wenn wir wollen, dass die Wirtschaft auch in Zukunft funktioniert, müssen und wollen wir die Natur und ihre grosse Vielfalt erhalten. Dafür braucht es klare Regeln, Standards und Verbote.

Eine Schweizerin oder ein Schweizer verbraucht etwa dreimal mehr Umweltleistungen und -ressourcen, als global pro Kopf nachwachsen⁷. Drei Viertel dieses Überkonsums machen Benzin und Heizöl aus⁸. Ihre Verbrennung heizt das Erdklima auf. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wir wollen unseren Kindern und Enkel_innen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Deshalb richten wir unsere Wirtschaftspolitik nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit aus. Die Ausrede, Klima- oder Umweltschutz komme den ärmeren Teil der Bevölkerung zu teuer zu stehen, zählt nicht. Es sind die wachsenden Folgekosten und die Umweltkatastrophen, welche die Bevölkerung gerade auch in ärmeren Schichten und Ländern besonders heftig treffen werden. Heute kurzfristig zu sparen, erhöht die Kosten von morgen. Dass die Kosten des ökologischen Umbaus für alle verkraftbar bleiben und keine sozialen Härten schaffen, dafür müssen ausgleichende politische Massnahmen sorgen.

A-17; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 1.6. ergänzen mit Vorschlägen gegen die Zersiedlung, den unbremst wachsenden Verkehr und zum Ausstieg aus der Atomkraft.

Begründung: Thema Verkehr und Heizung als wichtigste Treiber des Energieverbrauchs werden nicht erwähnt.

- Atomare Stromerzeugung wird nicht erwähnt. Eine breitere Sicht auf das Thema Energie fehlt, insbesondere Netzsicherheit, Ebenso die Energiespeicherung und der internationale Zusammenarbeit.
- Zersiedelung und die damit verbundenen negativen Effekte (Strassen Verkehr, Bodenspekulation, etc.) wird nicht aufgeführt
- Generelle Bemerkungen zum klimaschonenden Wirtschaften sind im Konzept nicht existent.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Alle aufgeführten Themen werden im vorliegenden Papier, insbesondere in Kapitel 3, behandelt.

⁵ Als ökologischer Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen oder eines Landes (unter den heutigen Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen.

⁶ <https://data.footprintnetwork.org>.

⁷ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>.

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>.

A-18; SP Thalwil

Forderung: Am Ende jedes Unterkapitels von Kapitel 1 den letzten Abschnitt einleiten mit "Wir wollen...".

Begründung: Wir müssen klar ausdrücken, was wir wollen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: In Kapitel 1 geht es vor allem darum, programmatische Leitlinien des Papiers zu beschreiben. Forderungen werden dann in Kapitel 3 formuliert, dem soll zu stark vorgegriffen werden. Das hilft auch, Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

2 ENTWICKLUNG DER LETZTEN ZEHN JAHRE

2.1 Frühere Wirtschaftskonzepte der SP Schweiz

Ein politisches Positionspapier in Form eines Wirtschaftskonzepts für zehn bis zwölf Jahre kennt die SP Schweiz seit 1994. Das vom damaligen Parteitag verabschiedete Konzept hiess «Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten». Es fand breite Beachtung in den Medien. Das Papier stand im Zeichen des ideologischen Siegeszugs des Neoliberalismus nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sowie der Folgen des Platzens der Immobilienblase und der steigenden Arbeitslosigkeit. Das damalige Konzept bildete eine Art Katalog von Vorschlägen für den Umbau der Schweizer Wirtschaft: hin zu mehr Demokratie, Ökologie und zur Vollbeschäftigung. Viele seiner Forderungen sind (leider) heute noch nicht umgesetzt, andere sind etwas in den Hintergrund geraten, und in wieder anderen Bereichen wurden Fortschritte erzielt.

Das zweite Wirtschaftskonzept von 2006 war noch umfangreicher. Unter dem Titel «Die Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten» versammelte es auf mehr als 160 Seiten eine grosse Zahl von Reformvorschlägen, die teilweise sehr detailliert ausgearbeitet wurden. Frei von Wirtschaftskrisen war der Zeitraum von 1994–2006 beileibe nicht. In diese Zeit fielen das Platzen der «Dotcom-Blase» und die Asienkrise. Jedoch wurde das Papier noch vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 fertiggestellt, welche die Weltwirtschaft und auch die ökonomische Debatte von Grund auf erschüttert hat.

Das vorliegende Wirtschaftskonzept orientiert sich an den wichtigsten Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Dazu gehören die rasch fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung, die Globalisierung im Zeichen umfassender Handelsverträge und anderer internationaler Abkommen sowie die Wachstumsfrage und der Umgang mit den ökologischen Folgen menschlichen Wirtschaftens. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen formuliert die SP politische Stossrichtungen sowie konkrete Massnahmen.

2.2 Die grossen Kontroversen unserer Zeit: Digitalisierung, Globalisierung und Wachstumsdilemma

2.2.1 Digitalisierung: Chancen und Risiken

Die Digitalisierung steht für den technischen Fortschritt im 21. Jahrhundert. Sie schafft eine neue Schlüsselindustrie und verändert gleichzeitig die bestehenden Industrien. Mit Hilfe von künstlicher Intelligenz, komplexer Sensorik sowie kostengünstiger elektronischer Datenübertragung und -verarbeitung verändern sich Kommunikations- und Arbeitsprozesse grundlegend. Die sogenannte Plattform-Ökonomie, die Dienstleistungen, Arbeitserbringer und Kundinnen via Onlineplattformen und Apps vermittelt und zusammenführt, wird sich weiter ausbreiten. Die SP sieht in dieser Entwicklung Chancen und Risiken.

Einerseits eröffnet die Digitalisierung Chancen, gefährliche oder repetitive Arbeit durch Maschinen erledigen zu lassen. Dies ermöglicht freie Zeit für anderes: Wir verfügen alle über die vielfältigsten Begabungen und Talente, die wir – eingespannt in heutige Arbeitsprozesse – nicht genügend entwickeln und in die Gemeinschaft einbringen können.

Digitalisierung ermöglicht mobilere Arbeitsplätze und flexiblere Arbeitszeiten. Das alles kann unser Leben erleichtern und bereichern. Das Internet verbessert den Zugang zu Wissen und Bildung. Es hilft Menschen weltweit, miteinander in Verbindung zu treten und sich zu äussern. Ebenso erlaubt das Internet die zensurlose Verbreitung von politischer Information, Kunst und Kultur. Crowdfunding kann Künstler_innen unabhängig machen von grossen Labels und Verlagen. Das Teilen von Wissen, digitalen Kompetenzen (Open Access, Open Source) birgt grosses Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft. Dank digitalen Applikationen verzichten immer mehr Menschen auf Eigentum: Wer Dinge wie Autos, Maschinen, Werkzeuge, Literatur oder Musik nicht besitzt, kann sie über digitale Plattformen von anderen anmieten («sharing economy»). Wer über die nötigen Kenntnisse und einen Computer mit Internetanschluss verfügt, kann seine Dienstleistungen und Ideen vielen Menschen zugänglich machen⁹. Dank beschleunigtem Informationsaustausch können Kundenwünsche besser erkannt und berücksichtigt werden. Die Produktion kann besser der Nachfrage angepasst werden. Prozesse können optimiert, Transportwege vermieden werden. Dies lastet bestehende Infrastrukturen besser aus und schont die Ressourcen. Die «sharing economy» kann auch in nicht-profitorientierten Modellen realisiert werden. Genossenschaftliche und partizipative Formen des Wirtschaftens ziehen Vorteile aus dem Fortschritt der Informationstechnologie. Die 3D-Drucktechnologie wird es mittelfristig erlauben, einen Teil der in Billiglohnländer ausgelagerten Produktion wieder zurückzuholen.

Nicht zuletzt bietet die Digitalisierung zusätzliche Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung. Die Online-Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen erleichtert ihnen den Alltag. Voraussetzung dafür ist ein barrierefreies Design von Hard- und Software.

Zu den bahnbrechenden Errungenschaften der Digitalisierung gehören auch Blockchains. Dabei handelt es sich um dezentral organisierte Datenbanken, welche frei benutzt, aber nicht manipuliert werden können. Die Technologie steht noch am Anfang. Es kann noch

⁹ Jeremy Rifkin (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft

nicht beurteilt werden, ob Treuhänderinnen und Bankiers, Notare und Juristinnen, Gerichte oder Grundbuchämter dadurch eines Tages überflüssig werden. Sicher ist, dass sich viele Arbeitsprozesse bei Banken, Versicherungen und Verwaltungen radikal verändern werden. Es gibt Bestrebungen, die Schweiz zu einem Zentrum der globalen Blockchain-Szene zu machen. Auf der Blockchain-Technologie basieren auch digitale Währungen (Kryptowährungen). Diese werden als Spekulationsobjekt, immer mehr aber auch als Zahlungsmittel eingesetzt. Sollte dieser Trend anhalten, würde das Währungssystem stark dezentralisiert und anonymisiert. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind noch nicht absehbar. Sie könnte sogar dazu führen, dass die Währungspolitik von den Nationalbanken abgelöst und Geldflüsse zunehmend unabhängig von Banken stattfinden würden.

Wir wissen heute noch nicht, ob durch die Folgen der Digitalisierung in der Schweiz unter dem Strich Arbeitsstellen verloren gehen werden. Klar ist, dass die Digitalisierung dazu führt, dass sich Branchen und Berufsbilder immer rascher wandeln. Insbesondere Berufe mit Auskunft- und Beratungsfunktion sowie repetitive Tätigkeiten fallen zunehmend weg. Viele Menschen suchen medizinische und juristische Informationen im Internet. Wie bisherige Erfahrungen zeigen, wird der Bedarf an hochqualifizierten Berufsleuten (IT) zunehmen, der Bedarf an mittelqualifizierten teilweise abnehmen (kaufmännischer Bereich, Verkauf), teilweise zunehmen (Bildung, Soziales) und der Bedarf an niedrigqualifizierten in etwa stagnieren. Weltweit zählen die Frauen zu den Verlierer_innen auf dem Stellenmarkt¹⁰. Zwar sind Pflegeberufe weniger durch Maschinen zu ersetzen, aber viele andere Arbeiten, beispielsweise im Detailhandel oder im Backoffice, werden automatisiert. Das Risiko für Arbeitslosigkeit steigt, falls der Zugang zu lebenslanger Weiterbildung ungenügend ist.

Die Einführung von digitalen Anwendungen wird in vielen Fällen zu Effizienzsteigerungen führen, zur Überwindung von Informationsmonopolen sowie zur Verfügbarmachung von bisher nicht genutzten Ressourcen. Schreitet die Digitalisierung aber einseitig profitorientiert und ungesteuert voran, birgt sie Gefahren. Ein Beispiel: Bereits heute wird die Digitalisierung (unter dem Deckmantel der «innovativen» Plattformökonomie) vom Fahrdienst-Anbieter Uber zum Anlass genommen, geregelte Arbeitsverhältnisse zu untergraben und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Zahl von sogenannten Crowdworkern, die in einem unregelmäßigen Auftragsverhältnis digitale Arbeiten erledigen, nimmt rasch zu. Diese genießen praktisch keinen rechtlichen Schutz. Seit Jahren lagern Firmen nicht nur ihre Produktion, sondern auch Dienstleistungen im grossen Stil in Tieflohnländer oder an Billiganbieter aus. Eine Umkehr dieses Trends ist nicht in Sicht, er wird durch bessere Kommunikationsnetze sogar verstärkt. Die klassischen Definitionen, Abgrenzungen und Regeln im Arbeitsrecht und in der Sozialpartnerschaft verschwimmen zusehends, ebenso die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit. Der Druck auf die Angestellten, ständig erreichbar zu sein, nimmt zu. Das alles kann den Stress am Arbeitsplatz vergrössern. Und es wird von gewissen Unternehmen und deren Lobbyorganisationen politisch dazu missbraucht, die Arbeitsrechte weiter abzubauen. Der schnelle Wandel in der Berufswelt führt zudem zu einer neuen Ungleichverteilung der Risiken: Wer wenig Geld hat und die Stelle verliert, hat es schwieriger, Anschluss zu finden, als jemand mit einem finanziellen Polster. Von der beruflichen Weiterbildung bis hin zur Unternehmensgründung ist es eine Kostenfrage, ob

¹⁰ WEF (2016): The Industry Gender Gap

man sich den schnellen Veränderungen anpassen kann oder nicht. So kann ein Teufelskreis der Ungleichheit die Folge sein. Auch das gesamtgesellschaftliche Risiko steigt: Die wachsende Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Infrastruktur von Datenübertragung setzt jene neuen Grossrisiken durch Stromausfall oder Cyberangriffen aus.

Zu den Risiken gehören auch gesellschaftliche Veränderungen. Internet und soziale Medien befördern die gesellschaftliche Isolation, die Verbreitung von Respektlosigkeit, Hass und Unwahrheiten («Fake News»), den Verlust an Privatsphäre sowie den Missbrauch persönlicher Daten. Künstler_innen werden häufiger ihrer Autorenrechte beraubt, indem ihre Werke gratis weiterverbreitet werden.

A-19; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: streichen

2. Abschnitt „Zu den Risiken gehören auch gesellschaftliche... ..indem ihre Werke weiterverbreitet werden.“ → streichen

Begründung: Dieser Abschnitt spricht sehr wichtige Punkte an, diese haben aber nichts mit Wirtschaft zu tun (Medienpolitik, Datenschutz). Auch wird diese Passage später nicht aufgenommen und in konkrete Forderungen verwandelt. Obwohl sich die SP zu diesem Thema unbedingt positionieren muss, ist es hier daher fehl am Platz und kann der Kürze dieses Papiers zuliebe gestrichen werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Datenschutz, medienpolitische Fragen oder Urheberrechte haben nach Ansicht der GL eine sehr starke „wirtschaftliche Dimension“, die Profitinteressen von Unternehmen sind zumeist ein zentraler Treiber der angesprochenen Entwicklungen.

Auch für Umwelt und Klima birgt die Digitalisierung Tücken. Technologien wie Blockchain verlangen nach enormer Rechenleistung. Trotz ständiger Effizienzsteigerung der Hardware ist der IT-bedingte Stromverbrauch in ständigem Wachstum begriffen. Alleine die verbreitetste Kryptowährung Bitcoin verursacht einen Stromverbrauch, der Ende 2017 den vieler mittelgrosser Staaten übertraf¹¹.

A-20; SP Wallisellen

Forderung: am Schluss (nach ... mittelgrosser Staaten übertraf¹¹.) anfügen

Dies liegt aber nicht an der Blockchain selbst, sondern an einem Designentscheid von Bitcoin (für Konsens-Findung durch einen proof-of-work Algorithmus vgl. z.B. [coinHero](#)), der nicht geändert wurde, obwohl aus der einst genialen Idee längst eine ökologische und sicherheitsmässige Absurdität geworden war.

¹¹ <https://digiconomist.net/bitcoin-energy-consumption>

Begründung: Mit diesem Zusatz soll der in diesem Papier vermittelte Eindruck korrigiert werden, dass Digitalisierung und neue Technologien sich auf einem zwangsläufigen Fortschrittsfad bewegen, gesteuert allein durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. In Wirklichkeit sind auch historische Entscheidungen und Pfadabhängigkeiten wirksam – und Einmischung von Aussenstehenden aus Politik und Gesellschaft unerlässlich.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Zusatz wird als Fussnote aufgenommen.

Und schliesslich hat die Digitalisierung trotz ihres Demokratiepentials bisher zu einer weltweiten Machtballung bei grossen IT-Firmen und zur Vermögenskonzentration beigetragen. Es sind marktbeherrschende Grosskonzerne mit monopolartiger Stellung entstanden, die ihre Gewinne an den Steuerbehörden vorbeitricksen können.

Die Position der SP: Die Digitalisierung findet statt. Wir wollen daran teilhaben, mitgestalten und mitentscheiden. Weil Bildung und Forschung die wichtigsten Ressourcen der Schweiz sind, wollen wir dafür sorgen, dass die Schweiz über eine gute digitale Infrastruktur verfügt und beim Know-how eine internationale Führungsrolle einnimmt. Wir müssen die Menschen befähigen, beim digitalen Wandel mitzuhalten und ihn mitzugestalten. Die Verlierer_innen des Wandels brauchen sozialen Schutz. Die Digitalisierung wird nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn ihre Vorteile allen zugutekommen und wenn die Regeln des Arbeitens und Zusammenlebens nicht ausgehöhlt werden. Alle müssen die Chance erhalten, die neuen Technologien in ihrem Beruf zu beherrschen und mitzugestalten. Dazu braucht es starke Gewerkschaften und ausgebaute Rechte für die Arbeitenden, damit die lohnabhängige Mehrheit gestärkt und nicht geschwächt wird.

A-21; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Umformulieren

[...] Wir müssen die Menschen befähigen, beim digitalen Wandel mitzuhalten und ihn mitzugestalten. ~~Die Verlierer_innen des Wandels brauchen sozialen Schutz.~~ Neu: Der soziale Schutz muss zudem diesen neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Digitalisierung wird nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn ihre Vorteile allen zugutekommen und wenn die Regeln des Arbeitens und Zusammenlebens nicht ausgehöhlt werden.

Begründung: Der Satz ist sehr paternalistisch. Die sogenannten VerliererInnen können sich im Verlaufe der Zeit verändern.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-22; JUSO

Forderung: Box ergänzen mit:

*[...] nicht geschwächt wird. **Die Digitalisierung ist eine Chance für die Demokratisierung der Wirtschaft; entsprechende Bemühungen müssen von der Politik und der SP Schweiz angestrebt und gefördert werden.***

Begründung: Die SP Schweiz hat sich am Parteitag 3./4. Dezember 2018 im Wirtschaftsdemokratie-Papier wiederholt der Wirtschaftsdemokratie verpflichtet. Die Digitalisierung kann durch Konzepte wie die Digitale Commons zur Demokratisierung der Wirtschaft genutzt werden. Dies wird im Text stellenweise angetönt, aber nicht konkret ausformuliert.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Formulierung am Ende des Textes: „Auf diese Weise wird die Digitalisierung auch zu einer Chance für die Demokratisierung der Wirtschaft.“

A-23; SP Winterthur

Forderung: ergänzen

Die Digitalisierung findet statt. Wir wollen daran teilhaben, mitgestalten und mitentscheiden. Die Digitalisierung beziehungsweise ihre Folgerisiken sollen mit sinnvollen Massnahmen begleitet werden. Zudem müssen wir Ansätze entwickeln, um die aus Jobrationalisierungen entstehenden Gewinne für die Allgemeinheit abzuschöpfen.

Begründung: Die „Digitalisierung“ im Rahmen eines Wirtschaftskonzepts bedeutet die technische Digitalisierung von Arbeitsabläufen bzw. in Produktion und Dienstleistung, die aus kapitalistischem Gewinninteresse vorangetrieben wird. In dem Zusammenhang ist die Formulierung „Teilhabenwollen“ etwas naiv und es muss ergänzt werden, dass alle statt wenige an den Gewinnen dieser Prozesse teilhaben müssen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung ist in der Formulierung „Die Digitalisierung wird nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn ihre Vorteile allen zugutekommen und wenn die Regeln des Arbeitens und Zusammenlebens nicht ausgehöhlt werden. Alle müssen die Chance erhalten, die neuen Technologien in ihrem Beruf zu beherrschen und mitzugestalten“ bereits aufgefangen.

A-24; PS Bussigny, PSV

Demande: compléter

→ Le PSS devrait inciter la Confédération à évaluer le coût énergétique des nouvelles technologies numériques, qui est en général sous-estimé. Concernant les technologies basées sur les blockchains, le PSS devrait prendre position en particulier contre les cryptomonnaies basées sur cette technologie, extrêmement énergivores.

Exposé des motifs: → Tous les services numériques utilisent de l'énergie et produisent du CO₂. Le problème est que globalement, dans les discussions autour de la «numérisation» de la société, la consommation énergétique des technologies numériques est peu thématifiée, voire passée sous silence, alors qu'elle n'est de loin pas négligeable. Il faudrait simplement, dans tous ces débats sur les bienfaits et les risques des technologies numériques une forme de bilan (estimatif) énergétique.

Le paragraphe sur les blockchains (p.12) est placé dans le texte entre les aspects positifs et négatifs de telle façon que le document ne semble pas vraiment prendre position sur ces blockchains. De plus, il est souligné dans ce paragraphe que, je cite, « Des efforts sont déployés pour faire de la Suisse un centre mondiale de la chaîne des blocs ». C'est une technique extrêmement énergivore qui si elle se généralise pourrait remettre en question les efforts par ailleurs consentis pour faire baisser le CO₂. »

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Forderung nach einem Bericht zum Energieverbrauch im Zusammenhang mit der Digitalisierung wird in Abschnitt 3.2.2 aufgenommen.

Dem zweiten Teil des Antrags zum Energieverbrauch der Blockchain-Technologie, wird mit Annahme von A-20 Rechnung getragen.

2.2.2 Globalisierung: Von Gütern und Gerechtigkeit

Von Globalisierung spricht man, wenn Waren, Dienstleistungen, Informationen und Kapital vermehrt weltweit über Landesgrenzen ausgetauscht werden und Personen vermehrt über Landes- und Kontinentgrenzen wandern. Wie schnell die Globalisierung vorstättengeht, hängt längst nicht nur vom technischen Fortschritt ab, obwohl dieser eine grosse Rolle spielt. Die tieferen Treibstoffkosten, die rasante Entwicklung der Transportlogistik (Flugtransporten, Container, Frachtschiffe) sowie das Internet haben ihren Teil dazu beigetragen. Wichtige Treiber der Globalisierung sind politische Entscheide: Die Entwicklung der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten ging ganz wesentlich mit der Deregulierung des globalen Kapitalverkehrs einher. Wer über Kapital verfügt, kann es heute fast uneingeschränkt in jedem Land und jedem Unternehmen investieren, und zwar dort, wo eine Anlage die grösste Rendite verspricht. Das hat zur Folge, dass Produktionsstätten in ferne Länder verschoben werden und dass Menschen dorthin ziehen, wo Arbeitsplätze entstehen. Die Politik ging insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren davon aus, dass es

für alle Länder besser sei, wenn völlig frei gehandelt werden darf. Wenn die Waren dort hergestellt werden, wo sie am günstigsten produziert werden können, profitieren laut dieser Theorie¹² im Prinzip alle. Deshalb wurden weltweit Zölle und andere Handelsschranken abgebaut. Grossmächte und internationale Organisationen haben dies durchgesetzt, und zwar über bilaterale ebenso wie multilaterale Handelsabkommen. Die WTO schränkt ferner die Möglichkeit ein, die eigene Produktion mittels Subventionen vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Immer wichtiger für die Mobilität von Kapital, Arbeit und Waren ist der sogenannte Standortwettbewerb: Viele Länder, darunter auch die Schweiz, gehen sehr aggressiv vor, um Unternehmen anzuziehen. Zum Instrumentarium gehört die Senkung der Unternehmenssteuern ebenso wie der Abbau von Arbeitsrechten. Inzwischen hat der ungezügelter Neoliberalismus einen Teil seines Einflusses verloren. Den meisten derartigen Abkommen wurden unterdessen Bestimmungen über soziale und ökologische Nachhaltigkeitspflichten angefügt.

Die Schweizer Volkswirtschaft profitiert wirtschaftlich von der Globalisierung. **Denn die Möglichkeit Waren und Dienstleistungen zu importieren und auch zu exportieren wächst. Sie verdient mehr an den Waren, die sie exportiert, als sie für die importierten Waren bezahlt.** Tatsächlich übertreffen denn auch die Exporteinnahmen der Schweiz die Importausgaben für Waren und Dienstleistungen. Die Schweiz weist damit eine positive Handelsbilanz Leistungsbilanz auf. Diese hat sich in den letzten zehn Jahren beinahe verdreifacht, und zwar auf knapp 40 Milliarden Franken in den letzten Jahrzehnten immer einen Überschuss verzeichnet. Das bedeutet, dass die Schweiz laufend neue Forderungen an das Ausland anhäuft, ihr Auslandvermögen steigt also laufend. **Dieses grosse Wachstum hat wesentlich mit der Pharmabranche zu tun¹³. Ohne sie hätte die Schweiz seit Jahren ein Warenhandelsdefizit.** Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Haupthandelspartner des grenzüberschreitenden Warenverkehrs sind die Industriestaaten; eine besonders wichtige Stellung nimmt dabei die EU ein¹⁴.

Der Bundesrat setzte sich in der WTO für die Liberalisierung des Handels und für starke rechtliche Schranken ein. Parallel dazu baute die Schweiz ihr Netz von Freihandelsabkommen aus und ergänzt die Vereinbarungen seit etwa 2010 um Nachhaltigkeitskapitel. Gleichzeitig trug der Bundesrat zur Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, zu der sich 2015 sämtliche UNO-Mitgliedsstaaten bekannten. Die Agenda 2030 ist ein weltweites Projekt zum grundlegenden Umbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat auf der Grundlage einer umfassend definierten Nachhaltigkeit in all ihren sozialen, ökologischen, menschenrechtlichen und friedenspolitischen Dimensionen¹⁵.

Handel verbindet Länder und führt Kulturen zusammen. Völker, die Waren austauschen, verständigen sich und vermeiden Auseinandersetzungen. Globaler Handel trägt auch zum Wohlstand bei. Er hat in weniger entwickelten Volkswirtschaften Hunderte von Millionen

¹² Die Ideologie des unbegrenzten Freihandels baut wesentlich auf der Theorie des komparativen Kostenvorteils des Ökonomen David Ricardo auf.

¹³ <https://www.fuw.ch/article/was-waere-die-schweiz-ohne-pharmaindustrie/>

¹⁴ Eidg. Zollverwaltung 2017: Statistik des Aussenhandels der Schweiz 2016

¹⁵ Bundesrat, Berichte zur Aussenwirtschaftspolitik 2009 und 2015 und Bericht zur Aussenpolitik 2017; UNO Agenda 2030: <http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

neuer Arbeitsplätze geschaffen und führt weltweit zu tieferen Preisen für zahlreiche Güter. Elektrogeräte, Kleidung, aber auch Produktionsmittel wie Photovoltaik-Paneele sind heute viel günstiger als noch vor Jahrzehnten. Davon haben die Konsument_innen auf der ganzen Welt profitiert. Das handelsbedingte Wirtschaftswachstum insbesondere in Schwellenländern hat die Kaufkraft in diesen Ländern verbessert. Das hat dazu beigetragen, dass die Kindersterblichkeit gesunken ist, und dass die Qualität der Gesundheitsversorgung und der Bildungsstand gestiegen sind. Der wachsende Wohlstand in den Schwellenländern hat das Bevölkerungswachstum verlangsamt. Es ist heute denkbar, dass eine Weltbevölkerung von 9 Milliarden Menschen nicht überschritten wird¹⁶. Das Bewusstsein wächst, dass globale Fragen wie Klima- und Umweltschutz, faire Ressourcennutzung, Schutz der Arbeitsbedingungen, faire Besteuerung, Frieden und Sicherheit nur international gelöst werden können.

A-25; QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Forderung: umformulieren

→ „Völker, die Waren austauschen, verständigen sich und vermeiden Auseinandersetzungen.“ umformulieren zu: „Staaten, die Waren austauschen, verständigen sich und vermeiden Auseinandersetzungen.“

Begründung: Völker ist ein unschöner Begriff, den wir aus dem letzten Jahrhundert kennen und der momentan vor allem durch die Rechte verwendet wird. Staaten hingegen drückt das Gleiche aus in einer angemesseneren Art und Weise.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Gleichzeitig gehört ein Teil der Lohnabhängigen und KMU zu den Verlierer_innen der Globalisierung. Wenn Konzerne ihre Produktion verlagern, werden lokale Güterkreisläufe zerstört. Während sich für die einen neue Chancen eröffnen, stehen andere ohne Einkommen da. Vielerorts steigt auch der Druck auf die Löhne, und die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu. Rund um den Globus werden täglich Menschenrechte verletzt und menschenunwürdige Produktionsstätten betrieben. Wiederrum sind Frauen in besonderem Ausmass betroffen.

Dabei verliert auch die Demokratie. Das Bündnis von Finanzplatz- und Rohstoffhandelsinteressen im Norden mit korrupten Eliten im Süden zerstört den Rechtsstaat, untergräbt gute Regierungsführung und verhindert Demokratie. Denn es sind gewaltige Interessen im Spiel: Allein aus Entwicklungsländern fließen rund sieben Mal mehr Finanzmittel ab, als öffentliche Entwicklungshilfe in die Gegenrichtung geleistet wird. Vielerorts versuchen Weltkonzerne und neoliberale Regierungen, öffentlich kontrollierte Wirtschaftszweige für den globalen Wettbewerb zu öffnen. Das gilt etwa für die Energie- und Gesundheitsversorgung, oder auch für Bildungsinstitute. Diese Bereiche galten früher als wichtig für die Unabhängigkeit eines Staates. Heute werden sie dem demokratischen Einfluss entzogen,

¹⁶ Bevölkerungsprognosen der UNO 2017:
https://esa.un.org/unpd/wpp/Publications/Files/WPP2017_KeyFindings.pdf

indem sie beispielsweise in den Besitz privater Konzerne kommen. Die Gewinne fliessen so von der Mehrheit der Bevölkerung weg zu einer Minderheit von Investoren und Aktionären immer grösserer Konzerne. Schliesslich nutzen die international tätigen Unternehmen Lücken oder Unterschiede in den nationalen Steuergesetzen, um gewaltige Gewinne vor dem Fiskus zu verstecken.

Und schliesslich verliert die Umwelt. Konzerne bezahlen immer noch nichts für die Schäden, die sie dem Klima oder der Natur zufügen. Sie nehmen gemessen an ihrem riesigen Reichtum und ihrer grossen Macht nur selten ökologische und soziale Verantwortung wahr, obwohl sie gerne damit prahlen. Entsprechend müssen sich die häufig stark verschuldeten Staaten um die Rettung des Klimas und der Natur kümmern. Das ist teuer. Gleichzeitig fehlen den Staaten dringend notwendige finanzielle Mittel, weil die Unternehmenssteuern für multinationale Konzerne sinken bzw. sich die Konzerne der Steuerpflicht entziehen. Es fehlt an bindenden globalen Rahmenbedingungen und an der Durchsetzung von wirkungsvollen Standards für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte.

A-26; Parti Socialiste Neuchâtelois

Demande: Compléter

Compléter la réflexion sur la mondialisation par une description du rôle que nous voulons que la Suisse joue dans l'économie mondiale. Non seulement sous l'angle des grands principes (concurrence et évasion fiscale, commerce équitable,...), mais aussi sur la contribution que nous pouvons amener pour relever les défis économiques auxquels fait face l'humanité dans son ensemble. En particulier, la Suisse dispose de compétences technologiques de pointe qui peuvent permettre le développement d'une agriculture durable, faciliter l'accès aux soins et la production d'énergies propres, améliorer le rendement des activités de recyclage ou encore accélérer la mise au point de systèmes de production et de produits matériels et logiciels à faible consommation de ressources. Par ailleurs, notre pays compte parmi les meilleurs instituts de recherche en sciences humaines, capables d'appréhender et d'anticiper les impacts sociétaux découlant du développement technologique. Ces secteurs d'activités utiles devraient être prioritairement encouragés par les politiques de la formation, de la recherche et de développement économique.

Exposé des motifs: *La Suisse influence le contexte économique dans lequel elle évolue. S'il est nécessaire de développer les grands principes qui doivent guider cette influence (engagement au niveau international pour un commerce et une fiscalité équitables), il est également essentiel de spécifier le positionnement économique que nous voulons que la suisse adopte. En découle ensuite des priorités pour la politique économique interne. A noter que ce qui nous importe est que l'esprit de cette remarque soit repris, pas nécessairement à cet endroit précis.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderungen werden in Stossrichtung 3.4 behandelt.

Die Position der SP: Für eine offene Wirtschaft wie die Schweiz und für eine vernetzte, solidarische Welt ist die Globalisierung eine Entwicklung, die den Wohlstand aller Menschen vermehren und den Frieden fördern kann. Doch Freihandel ohne Schutz der Lohnabhängigen und der Natur erzeugt zu viele Verlierer_innen. Er schadet unserer Gesellschaft. Freihandel muss mit menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen und mit der Demokratie vereinbar sein. Dafür braucht es einen Kurswechsel. Protektionismus ist keine Perspektive; die positive Alternative liegt in einem gerechten internationalen Handel und einem gerechten internationalen Steuersystem. Das Ziel der SP ist mehr Demokratie statt Abschottung.

A-27; JUSO

Forderung: umformulieren

~~Die Position der SP: Für eine offene Wirtschaft wie die Schweiz und für eine vernetzte, solidarische Welt ist die Globalisierung eine Entwicklung, die den Wohlstand aller Menschen vermehren und den Frieden fördern kann. Doch Freihandel ohne Schutz der Lohnabhängigen und der Natur erzeugt zu viele Verlierer_innen. Er schadet unserer Gesellschaft. Freihandel muss mit menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen und mit der Demokratie vereinbar sein. Dafür braucht es einen Kurswechsel. Protektionismus ist keine Perspektive; die positive Alternative liegt in einem gerechten internationalen Handel und einem gerechten internationalen Steuersystem. Das Ziel der SP ist mehr Demokratie statt Abschottung.~~

*Die Position der SP: Für uns als SP ist klar, dass wir uns gegen protektionistische Abschottungsfantasien wehren. Bei der Globalisierung gilt es aber auch immer genau hinzuschauen. Viele Freihandelsverträge wollen sowohl die Souveränität der Staaten aushebeln als auch direkt Arbeiter*innenrechte und Umweltstandards angreifen. Somit entsteht je länger wie mehr eine Konzern-diktatur. Dagegen gilt es konsequent anzukämpfen. Wir wollen eine offene, solidarische Welt für alle, nicht nur für Reiche. Freihandel muss mit Menschenrechten, sozialen und ökologischen Anforderungen und mit der Demokratie vereinbar sein.*

Begründung: Es ist politisch wichtig, klare Kante gegenüber den aktuellen Freihandelsverträgen zu zeigen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL erachtet die im Arbeitspapier vorgeschlagene Formulierung als präziser.

A-28; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«... ist keine Perspektive; die positive Alternative liegt in einem gerechten internationalen Handel, ~~und~~ in international vernetzten und starken Gewerkschaften sowie in einem gerechten internationalen Steuersystem.»

Begründung: Globalisierte Probleme lassen sich nur durch einen weltweit vernetzten Kampf lösen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

2.2.3 Wachstum und Klimaschutz

Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Zunahme des Bruttoinlandproduktes¹⁷ (BIP) verstanden. Je grösser es ist und je schneller es wächst, desto besser gehe es einem Land und seinen Bewohner_innen, so die gängige Meinung. Doch das täuscht. Einerseits sagt das BIP nichts über die Verteilung der Früchte des Wachstums aus. Andererseits wächst das Bruttoinlandprodukt auch dann, wenn Naturkatastrophen Reparaturen und Notfalldienste nötig machen, wenn die Natur zerstört und das Klima überhitzt wird. Dass damit kein nachhaltiger Wohlstandsgewinn verbunden ist, versteht sich von selbst. UNO, EU, OECD sowie einzelne Länder und US-Bundesstaaten ziehen zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung deshalb andere Indikatoren wie Beschäftigung, Gesundheit, Bildungsstand, Naturzerstörung oder Klimafreundlichkeit (Kohlenstoffeffizienz) bei. Eine Diskussion über Fluch und Segen des Wirtschaftswachstums wird erst sinnvoll, wenn man sich darüber einig wird, was wachsen soll, wovon es in Zukunft mehr und wovon es weniger geben soll.

Das Wirtschaftswachstum ermöglicht uns materiellen Wohlstand. Auch das Funktionieren der Sozialwerke baut darauf auf. Wenn die Produktivität steigt, können wir denselben Wohlstand mit weniger Arbeitsaufwand erreichen. Das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem basiert darauf, dass auf dem eingesetzten Kapital eine Rendite erzielt wird. Was erarbeitet wird, kann, sofern es breit verteilt wird, Nachfrage und Wachstum generieren. Oder dann können diese Mittel dafür eingesetzt werden, die Umweltprobleme zu lösen und eine klima- und ressourcenfreundliche Infrastruktur aufzubauen. So verzeichnet die Schweiz dank Energiesparmassnahmen im Gebäudebau und der Erzeugung erneuerbarer Energie ein höheres Jobwachstum im Umweltbereich als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt¹⁸.

¹⁷ Das Bruttoinlandprodukt BIP gibt den Gesamtwert aller Güter, d. h. Waren und Dienstleistungen, an, die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen.

¹⁸ Bundesamt für Statistik 2017: Mehr Dynamik im Umweltsektor als in der Gesamtwirtschaft

Das Wirtschaftswachstum zu beenden, birgt unter den bestehenden Bedingungen ein kaum zu verantwortendes soziales Risiko. Es unverändert weiter zu führen, sprengt die ökologischen Grenzen des Planeten. Man spricht vom globalen Wachstumsdilemma.

Die Lösung angesichts dieser Falle ist die Entkoppelung der Wirtschaftstätigkeit vom Kohlenstoff- und Ressourcenverbrauch. Diese findet sowohl in der Schweiz als auch auf globaler Ebene viel zu langsam statt. Damit trotz wirtschaftlicher Tätigkeit und Wirtschaftswachstum die Klimaerhitzung nicht über zwei Grad steigt, muss der CO₂-Ausstoss rasch auf null heruntergefahren werden. CO₂-Emissionen müssen bis spätestens 2050 komplett vermieden bzw. durch Kohlenstoffspeicherung oder Aufforstung kompensiert werden.

A-29; SP Wallisellen

Forderung: „... auch auf globaler Ebene viel zu langsam statt.“ **Ersetzen durch**
zu langsam und nur relativ statt - absolut steigen viele Emissionen immer noch.

Begründung: Die langsame Entkoppelung ist ein Märchen, von dem sich das Wirtschaftskonzept nicht deutlich genug abgrenzen kann.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-30; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Abschnitt 3&4 zusammenführen und umformulieren:

~~Das Wirtschaftswachstum zu beenden, birgt unter den bestehenden Bedingungen ein kaum zu verantwortendes soziales Risiko. Es unverändert weiter zu führen, sprengt die ökologischen Grenzen des Planeten und birgt ein kaum zu verantwortendes soziales Risiko. Man spricht vom globalen Wachstumsdilemma. Die Lösung angesichts dieser Falle Daher ist die Entkoppelung der Wirtschaftstätigkeit vom Kohlenstoff- und Ressourcenverbrauch essentiell. Diese findet sowohl in der Schweiz als auch auf globaler Ebene viel zu langsam statt. Damit trotz wirtschaftlicher Tätigkeit und Wirtschaftswachstum die Klimaerhitzung nicht über zwei Grad steigt, muss der CO₂-Ausstoss rasch auf null heruntergefahren werden. CO₂-Emissionen müssen bis spätestens 2050 komplett vermieden bzw. durch Kohlenstoffspeicherung oder Aufforstung kompensiert werden.~~

Begründung: Wie der linke Ökonom Heiner Flassbeck zu sagen pflegt: Die Wirtschaft ist wie ein Fahrrad, wenn sie still steht, kippt sie um. Anstatt mit Nullwachstum zu liebäugeln, sollten wir uns als progressive Partei verstehen, die für grünes Wachstum steht.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das beschriebene Wachstumsdilemma ist eine Tatsache, die wir so auch benennen wollen. Mit einem pauschalen Nullwachstum wird nicht geliebäugelt. Fakt ist aber, dass gewisse Bereiche, die heute zu einem BIP-Wachstum führen, in Zukunft nicht mehr wachsen dürften. Andere Bereiche, die heute nicht oder nur teilweise vom BIP erfasst werden, müssen stärker wachsen (z.B. Bildung, Pflege oder auch „grüne Infrastrukturen“).

Der Zusammenhang zwischen dem klassischen Wirtschaftswachstum und der Vermehrung des Wohlstands wird immer häufiger hinterfragt. Gerade in hochentwickelten Volkswirtschaften folgt dem BIP-Wachstum nicht mehr zwingend eine Verbesserung des Wohlbefindens der Leute, ihrer Gesundheit, ihrer Freizeit oder ihres Bildungsstandes. Und es wächst das Bewusstsein, dass das Streben nach hemmungslosem wirtschaftlichem Gewinn, nach immer mehr Konsum und Besitz das Problem weiter verschärft: Es zerstört die Ökosysteme, von denen unser Überleben abhängt. In westlichen Industriestaaten ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf in Bezug auf die natürliche Regenerationsfähigkeit der Natur um ein Mehrfaches zu hoch. Er muss dringend sinken statt wachsen.

A-31; SP Frauen * Schweiz

Forderung: *Neuen Absatz einfügen nach „Er muss dringend sinken statt wachsen.“*

Ebenfalls ist die unbezahlte Sorge- und Carearbeit, die meist von Frauen geleistet wird, nicht in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung miteinbezogen. Gemäss dem Bundesamt für Statistik leisteten die Frauen im Jahr 2013 62% der unbezahlten und 38% der bezahlten Arbeit, wobei das gesamtschweizerische Zeitvolumen der unbezahlten Arbeit jenes der bezahlten Arbeit übersteigt. So wurden im Jahr 2013 in der Schweiz 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte und 7,7 Milliarden bezahlte Arbeit geleistet (d.h. 14% mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit). Das Bundesamt für Statistik berechnet den Geldwert dieser unbezahlten Arbeit im Jahre 2013 auf 401 Milliarden Franken.¹⁹ Längerfristig soll diese Arbeit im BIP eingeschlossen werden.*

Begründung: *Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Die Position der SP: Die SP will dazu beitragen, das Wachstumsdilemma zu durchbrechen. Dazu verfolgen wir eine Doppelstrategie. Wir fordern einerseits mehr nachhaltiges Wachstum. Die Anstrengungen zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch mittels Forschung und gezielten Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Reparaturwesen und erneuerbare Energien müssen intensiviert werden. Andererseits will die SP in einer langfristigen Perspektive zu einem Wirtschaftssystem beitragen, das uns von der Fokussierung auf materielles Wachstum und der Abhängigkeit von hohen Renditen befreit. Ansätze in diese Richtung können sein, dass Produktivitätsgewinne gerecht verteilt und tiefe Einkommen angehoben werden sowie die Arbeitszeit verkürzt wird.

¹⁹

Bundesamt für Statistik (2015): Satellitenkonto Haushaltsproduktion 2013 Der Wert der unbezahlten Arbeit beläuft sich auf 401 Milliarden Franken, online verfügbar unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.39788.html>

Das Naturkapital (Verbrauch an Kohlenstoff und anderen natürlichen Ressourcen) soll künftig in der volkswirtschaftlichen Buchhaltung abgebildet werden. Das BIP als alleinige Messgrösse für Wirtschaftswachstum soll durch differenziertere Indikatoren ergänzt werden, welche dem Gewinn an Wohlstand und Lebensqualität der Bevölkerung besser Rechnung tragen.

A-32; SP Wallisellen

Forderung: „Wir fordern einerseits mehr nachhaltiges Wachstum.“ *Ersetzen durch* Wir fordern einerseits verbindliche Reduktionspläne für Emissionen und Ressourcenverbrauch, insbesondere Dekarbonisierung bis 2050 (Null Öl, Gas, Kohle). Das wird erleichtert durch mehr nachhaltiges Wachstum.

Begründung: Wir Schweizer sind Weltmeister darin, Alternativen auszubauen und gleichzeitig die alte Technologie weiterwachsen zu lassen (z.B. ÖV und Autoverkehr). Unser Wirtschaftskonzept muss sich davon unmissverständlich abgrenzen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-33; SP Winterthur

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: Kapitel 2.2.3, S. 17 „Position der SP“

Forderung: umformulieren und ergänzen

Die SP will dazu beitragen, das Wachstumsdilemma zu durchbrechen. Dazu verfolgen wir eine Doppelstrategie. Wir fordern einerseits mehr nachhaltiges Wachstum, darunter einen raschen Ausstieg aus nichterneuerbaren Energien. Die Anstrengungen zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch mittels Forschung und gezielten massiven Investitionen in und Förderung von Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Reparaturwesen und erneuerbare Energien müssen intensiviert werden.

Begründung: Verdeutlichung der Klimaziele: nachhaltiges Wachstum ohne die Erneuerbaren gibt es sowieso nicht. Eine „gezielte“ Investition bedeutet im Sprachgebrauch eine sparsame und nicht eine flächendeckende. Und Geld allein genügt nicht, um die Kreislaufwirtschaft selbstlaufend werden zu lassen, sondern es braucht Nachfrage, bzw. Rahmenbedingungen!

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-34; JUSO

Forderung: streichen und ergänzen

~~Andererseits will die SP in einer langfristigen Perspektive zu einem Wirtschaftssystem beitragen, das uns von der Fokussierung auf materielles Wachstum und der Abhängigkeit von hohen Renditen befreit. Ansätze in diese Richtung können sein,~~

~~dass Produktivitätsgewinne gerecht verteilt und tiefe Einkommen angehoben werden sowie die Arbeitszeit verkürzt wird.~~

Neu:

Andererseits braucht es einen fundamentalen Umbau der Struktur unseres Wirtschaftssystems. Dieses ist in seiner Essenz darauf angewiesen, seine Kosten in die Sphäre der Natur auszulagern, deren Ausbeutung und Verschmutzung scheinbar gratis ist. Die Klimakatastrophe ist die dringlichste Herausforderung unserer Zeit und wir werden sie nicht lösen können, solange es für Privatpersonen möglich bleibt, auf diese Weise Profite einzustreichen. Um die Klima- und Ressourcenkrise zu lösen braucht es eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine Vergesellschaftung der Profite. Nur so finden wir zu einem Umgang mit unserem Planeten, in dem das gute Leben für alle Menschen nicht auf dem Altar der kurzfristigen Profitlogik geopfert wird. Dieses Ziel darf nicht auf Übermorgen verschoben werden, sondern muss sofort durch griffige Regeln angegangen werden.

Begründung:

Die systematische Verknüpfung unserer Wirtschaftsweise mit der aktuellen Ausbeutung und Verschmutzung der Natur muss klar dargelegt werden. Die Klimakrise ist die dringlichste Herausforderung unserer Zeit und als solche muss sie auch benannt werden. Denn ihre Lösung muss für uns oberste Priorität haben. Es reicht schlicht nicht aus, den essentiellen Umbau unseres Wirtschaftssystems mit dem Verweis auf die „langfristige Perspektive“ des SP auf die lange Bank zu schieben, wie dies in der ursprünglichen Fassung des Abschnitts getan wird. Die Veränderung muss heute beginnen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-35; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«... die Arbeitszeit verkürzt wird. Zudem braucht es mehr soziales, ökologisches und demokratisches Unternehmertum in der Schweiz.»

Begründung: Die SP soll nicht nur die Arbeitnehmer*innensicht sondern vermehrt auch die Perspektive fortschrittlicher (KMU-) Unternehmen einnehmen und deren Förderung unterstützen und fordern.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-36; SP Frauen * Schweiz

Forderung: Neuen Absatz einfügen nach „Ansätze in diese Richtung können sein, dass Produktivitätsgewinne gerecht verteilt und tiefe Einkommen angehoben werden sowie die Arbeitszeit verkürzt wird.“

Ebenfalls soll gezielt in den Care-Sektor investiert werden. Diese fördern die Erwerbsintegration von Frauen und sind eine zielführende wirtschaftspolitische Massnahme. Sie schaffen Arbeitsplätze und sind zudem die richtige Antwort auf demographische Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft mit erhöhtem Pflegebedarf.

***Begründung:** Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.*

Entscheidung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderungen werden in Stossrichtung 3.3 behandelt

2.3 Globale Entwicklungen

Die Weltwirtschaft steht noch immer im Zeichen der Finanzkrise. Das Wirtschaftswachstum verharrt auf tiefem Niveau. Die Zinsen sind seit Jahren auf einem Rekordtief. Bereits gibt es Anzeichen für mögliche neue Krisen auf den Finanzmärkten. Ökonomische Theorien, die jahrzehntelang die Lehrbücher dominierten, haben versagt. Das verunsichert nicht nur Ökonom_innen, sondern auch Wähler_innen in vielen Ländern. Wahlergebnisse und Abstimmungsentscheide, die man vor zehn Jahren kaum für möglich gehalten hätte, sind Realität geworden – beispielweise die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder der Brexit-Entscheid in Grossbritannien.

Zur wirtschaftlichen und politischen Krise haben verschiedene Faktoren beigetragen. Dazu gehören die Deregulierung der Finanzmärkte in den 1980er und 1990er Jahren sowie die starke Abhängigkeit von fossilen Energiequellen. Zentral ist die Konzentration von Vermögen, Reichtum und Boden in der Hand weniger auf Kosten der grossen Mehrheit.

Eine Wirtschaft kann auf Dauer nur gedeihen, wenn alle von den gemeinsam erarbeiteten Werten profitieren. Genau das ist in vielen Volkswirtschaften rund um die Welt immer weniger der Fall. Dies gilt speziell für die entwickelten Volkswirtschaften des Westens. Auch in schnell wachsenden Schwellenländern nimmt die Ungleichheit zu. Gleichzeitig gibt es weiterhin Weltregionen, die wirtschaftlich stagnieren.

Zu beobachten sind neue Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder des Südens. Weltkonzerne sowie privat oder auch staatlich kontrollierte Fonds aus dem Westen und zunehmend auch aus Asien verschaffen sich mit Milliardeninvestitionen Zugriff auf Bodenschätze, Absatzmärkte oder gar ganze Landstriche. Diese Unternehmungen wirtschaften meist komplett an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung vorbei. Man spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von Neokolonialismus. Dieser kann sich in den ausgebeuteten Ländern oft auf korrupte Eliten abstützen.

2.3.1 Folgeschwere Finanzkrise

2007/2008 erlebte die Weltwirtschaft eine der grössten Verwerfungen ihrer Geschichte. Verantwortlich dafür war zum einen die steigende Ungleichheit. Anstatt die Einkommen der Erwerbstätigen zu verbessern, wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über Jahre

mit steigender Verschuldung der privaten Haushalte und teilweise der Staaten hochgehalten, insbesondere in den USA. Dazu kam die Deregulierung der Banken und Finanzmärkte. Dadurch konnte sich auf dem US-Hypothekenmarkt eine gigantische Blase bilden. Als 2006 zum ersten Mal seit Jahrzehnten die amerikanischen Häuserpreise landesweit zu fallen begannen, weil der Markt übersättigt und zu viel Geld in unsichere Hypotheken («Subprime-Kredite») geflossen war, begannen die Banken, eine wachsende Zahl von Häusern zu beschlagnahmen. Dieses Vorgehen löste eine Verkaufswelle und damit eine Kettenreaktion aus. Weiter fallende Häuserpreise führten zu zusätzlichen Ausfällen bei Subprime-Krediten, was wiederum zu weiteren Beschlagnahmen führte. Die darauf basierenden gebündelten Wertpapiere – die berühmten Collateralized Debt Obligations (CDO), welche Tausende von einzelnen Hypothekarkrediten enthielten – stürzten ab. Der US-Immobilienmarkt brach zusammen. Finanzdienstleister auf der ganzen Welt, die diese vermeintlich hochrentablen Wertpapiere in ihren Büchern hatten, waren so stark voneinander abhängig und hatten selbst so wenig Eigenkapital, dass das Platzen der amerikanischen Immobilienblase eine globale Lawine auslöste.

Die Banken trauten sich nicht mehr über den Weg und gaben sich gegenseitig keine Kredite mehr. Auf der ganzen Welt wurden voneinander abhängige Banken zahlungsunfähig. Um den Zugang zu Krediten zu sichern und den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten, mussten an vielen Orten die Regierungen einspringen. **Anstatt die Schulden der Leute zu tilgen,** Dabei bezahlten sie mit Steuergeldern die Schulden der Banken. Das heisst, sie gewährten **(oftmals ohne Gegenleistungen)** Notkredite oder frisches Eigenkapital. Aufgrund der Bankenrettungen und dem Wirtschaftseinbruch stieg die Verschuldung vieler Staaten stark an. Viele Länder wurden in Folge gezwungen, ihre Ausgaben zu senken. Sie kürzten Löhne, Renten und öffentliche Leistungen, was die betroffenen Bevölkerungen gleich doppelt bestrafte. Diese Kürzungspolitik («Austerität») schwächte die dringend benötigte Nachfrage und verschlimmerte die Krise, anstatt sie zu lindern. Europas Wirtschaftswachstum brach ein, die Eurozone drohte auseinanderzufallen. In der Folge stieg die Nachfrage nach Schweizer Franken, was wiederum die Schweizer Exportwirtschaft vor Probleme stellte.

Vielerorts zahlte die Bevölkerung einen hohen Preis. Millionen Menschen verloren ihr Eigentum, mussten Einkommensverluste hinnehmen oder wurden in die Arbeitslosigkeit getrieben. Seither sind die unteren und mittleren Einkommen kaum mehr gewachsen, die öffentlichen Leistungen haben sich verschlechtert. Die Banken und die Reichsten wiederum profitieren bereits wieder von steigenden Kursen. Die Börsen schreiben Rekordwerte, weil das in wenigen Händen reichlich vorhandene Kapital nach Anlagemöglichkeiten verlangt und die Zinsen auf tiefem Niveau verharren.

Die Finanzmärkte haben eine beunruhigende Grösse und Komplexität erreicht. Dies erlaubt es ihnen, ihre Macht immer mehr auszubauen. Im letzten Vierteljahrhundert wurde das Kapital gegenüber der Arbeit, die Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft bevorzugt. Diese Zeitspanne ist von einer Finanzialisierung der Wirtschaft («financialization of economy») geprägt. Der gesamte Zahlungsverkehr in unserem Land betrug im Jahre 2013 200'000 Milliarden Franken, was dem Dreihundertfachen des schweizerischen Bruttoin-

landprodukts entspricht. Die Finanzwirtschaft ist in eine Dimension vorgestossen, die mit der real produzierenden Wirtschaft nicht mehr deckungsgleich ist.

Dies führt dazu, dass eine kleine Minderheit ihre Interessen der gesamten Gesellschaft aufzwingen kann. Massnahmen, um den Finanzsektor wieder in den Dienst der produzierenden Wirtschaft und diese wiederum in den Dienst der demokratischen Gesellschaftsordnung zu stellen, werden kaum oder gar nicht umgesetzt. **Das Finanzsystem ist heute nicht sicherer als zur Zeit der Finanzkrise. Obwohl die Banken heute besser kapitalisiert und damit stabiler sind als zur Zeit der Finanzkrise, ist das Finanzsystem als Ganzes heute aufgrund der grossen Bedeutung der Schattenbanken (Geldmarkt-, Anlage- und Hedgefonds usw.) immer noch stark risikobehaftet und nicht krisenfest.**

A-37; Bern-Länggasse-Felsenau und Bern-Nord

Forderung: ergänzen

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise ist die Welt höher verschuldet als je zuvor, eine versteckte Zeitbombe. Die globalen Schulden entsprechen 225 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Zahlreiche Entwicklungsländer stehen vor dem Bankrott. Aber auch bei vielen Industriestaaten haben die Schulden alarmierende Höhen erreicht. Davon ist nicht nur die öffentliche Hand betroffen, vielmehr sind auch die Schulden der privaten Haushalte wie jene der Unternehmen stark angestiegen.

In der Schweiz betragen die Schulden der privaten Haushalte 120 Prozent des BIP.

Begründung: *Die Begründung ergibt auch aus dem nachfolgenden Abschnitt (Anhaltend tiefe Zinsen). Sollten die Zinsen stark steigen, drohen Zahlungsunfähigkeiten, die zu einer erneuten Finanzkrise führen können.*

Entscheidung der Geschäftsleitung: Annahme

2.3.2 Anhaltend tiefe Zinsen

Die Notenbanken vieler Länder reagierten rasch auf die Finanzkrise. Sie senkten die Zinsen stark und brachten enorm viel neues Geld in Umlauf. Damit wollten sie erwirken, dass die Privatwirtschaft dank billigem Geld neue Investitionen, neue Produkte und Dienstleistungen hervorbringen und so neue Jobs schaffen kann. Der Erfolg dieser Politik blieb weit unter den Erwartungen. Sie konnte zwar eine noch grössere Krise verhindern. Es zeigte sich aber deutlicher denn je, dass Regierungen und Notenbanken die Wirtschaft nicht ankurbeln können, solange die öffentliche Hand keine zusätzlichen Ausgaben tätigt und die Einkommen der Konsument_innen stagnieren. Verschiedene Länder bestätigten so das Konzept der Liquiditätsfalle und den viel zitierten Satz des Ökonomen John Maynard Keynes: «Man kann die Pferde zwar zur Tränke führen. Man kann sie aber nicht zwingen, das Wasser auch zu saufen.» Er beschreibt das Dilemma der Notenbanken: Sie können zwar Geld bereitstellen, den Kreditprozess selbst aber nicht direkt beeinflussen. Das viele Geld landete zum grossen Teil bei Banken, Konzernen und Anlegern und trug dort zur Aufblä-

hung der Aktienkurse bei. Noch nie waren die Zinsen weltweit so lange so tief wie in den letzten zehn Jahren. Sollten die Notenbanken die Zinsen erhöhen, besteht die Gefahr, dass sie die hoch verschuldeten Staaten und Haushalte und damit die Nachfrage nochmals schwächen. Zinsen, die fast bei null oder darunter liegen (Negativzinsen), sind eine Gefahr, weil sie Fehlallokationen (beispielsweise eine erneute Immobilienblase) bewirken können. Der übermässige Kreditzugang legt damit den Keim für die nächste Krise. Sollte sich eine weitere Finanzkrise ereignen, können die Notenbanken zudem nicht mehr mit weiteren Zinssenkungen reagieren. Die reine Ausweitung der Geldmenge, die in einer Krise zwar durchaus angebracht sein kann, genügt als alleinige Massnahme nicht, wenn das Geld nicht in der Realwirtschaft ankommt, sondern an den Börsen verjubelt wird. Ohne Regulierung der Finanzmärkte und die Entschärfung der Verteilungsfrage ist die Krise nicht zu überwinden.

2.3.3 Gebremstes Wirtschaftswachstum

Gegenüber dem Vorkrisenniveau ist die Weltwirtschaft trotz Finanzkrise zwar gewachsen, namentlich in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien. Seit der Finanzkrise liegt das Wachstum des Bruttoinlandproduktes aber weit hinter dem Durchschnitt der Jahre zwischen 1980 und 2008 zurück²⁰. In den USA und in der Eurozone ist es markant gesunken. In vielen hoch entwickelten Ländern liegt es seit Jahren zwischen einem und zwei Prozent. Besonders besorgniserregend: Private und öffentliche Investitionen sind gerade in den reichen Ländern rückläufig. Das schwächt das Potenzial der Wirtschaft längerfristig und erschwert den Ausweg aus der «anhaltenden Stagnation»²¹ weiter.

Die Grafik (Wachstum des Welthandels und der Weltwirtschaft) wurde entfernt!

Das Wachstum des Welthandels hat sich noch deutlicher verlangsamt. In den Jahren vor und kurz nach der Jahrtausendwende (1988 bis 2007) lagen die jährlichen Wachstumsraten des Handelsvolumens bei rund 7 Prozent. Seither wächst es noch um rund 3 Prozent. Seit 2014 stagnieren die gehandelten Mengen. Die Welthandelsorganisation WTO konnte sich zwar auf keine weiteren Handelsliberalisierungen mehr einigen, der zwischenstaatliche Handel wurde aber über bilaterale Verträge weiter geöffnet. Zwischen den Jahren 2010 und 2016 wurden weltweit deutlich weniger neue Freihandelsabkommen unterzeichnet als zwischen 2000 und 2010²².

2.3.4 Konzentration von Einkommen und Vermögen

Die Digitalisierung begünstigte den kometenhaften Aufstieg grosser IT-Firmen wie Apple, Alphabet (Google), Amazon oder Facebook zu globalen Playern. Nicht zuletzt dieser Aufstieg beschleunigte eine weitere bedeutende Entwicklung: die Vermögenskonzentration. Die Reichtümer der Welt sind seit 2007 um einen Viertel gewachsen²³. Davon profitiert vor allem das reichste Prozent der Weltbevölkerung, das heute über die Hälfte der Vermögen

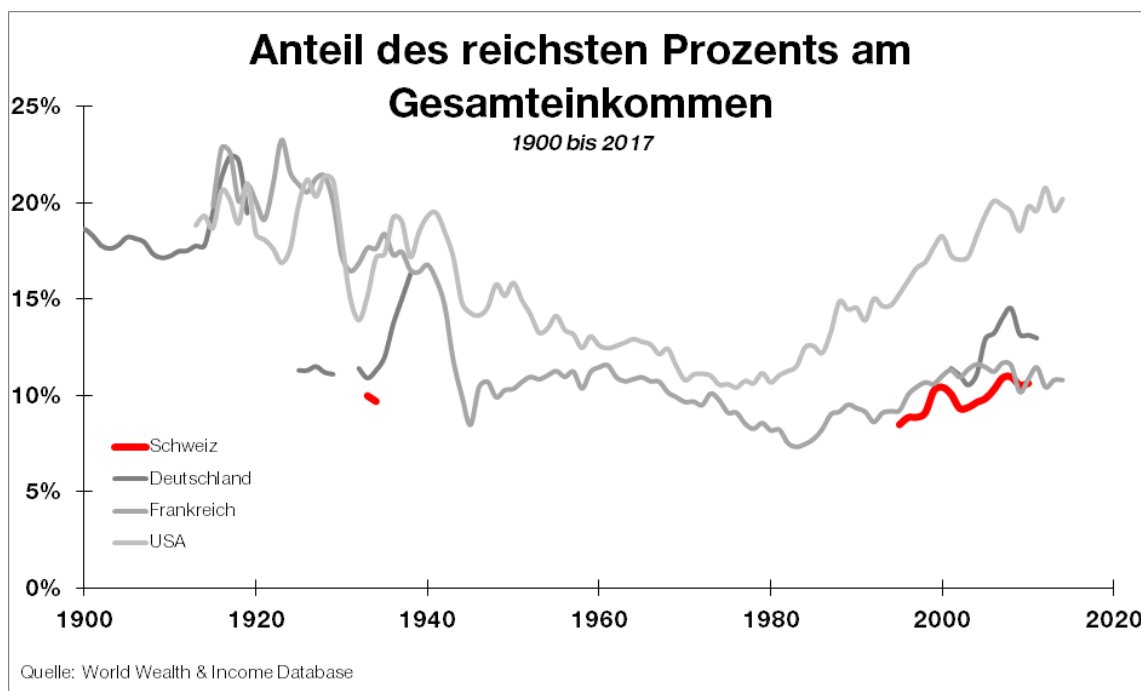
²⁰ Weltbank (Januar 2015): Global Economic Prospects.

²¹ <http://larrysummers.com/2016/02/17/the-age-of-secular-stagnation/>.

²² IWF World Economic Outlook Database. Gross domestic product: constant prices, percent change (market exchange rates). Trade volume of goods and services: percent change. (eingesehen am 3. März 2016).

²³ Global Wealth Report 2017.

aller Haushalte besitzt. Oxfam spricht sogar davon, dass acht Männer heute mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Menschheit²⁴. Auch die Schere bei den Einkommen ist vielerorts stark gewachsen. In vielen reichen Ländern haben die Normalverdienenden durch die Schwächung der Gewerkschaften, Privatisierungen, Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte sowie die Auswirkungen neuer Technologien Verhandlungsmacht eingebüsst. Die soziale Ungleichheit zwischen Spitzenverdienern und Einkommensschwachen ist grösser geworden. Zu diesem Schluss kommt eine Forschergruppe um den französischen Ökonomen Thomas Piketty. Demnach habe sich das Einkommen des reichsten Prozentes der Weltbevölkerung seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Mittelklasse hingegen habe kaum profitiert. Hauptursache für das ökonomische Ungleichgewicht, so Piketty, sei die ungleiche Verteilung von Kapital in öffentlicher und privater Hand. So seien seit 1980 in fast allen Ländern grosse Mengen öffentlichen Vermögens privatisiert worden. Dadurch verringerte sich der Spielraum der Regierungen, der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken.²⁵ Die Regierungen investieren immer weniger Geld in öffentliche Güter wie Verkehrsinfrastrukturen oder Bildungsinstitutionen.²⁶



Die Ungleichheit ist heute so gross, dass selbst das WEF davor warnt, dass eine Weltwirtschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung am wirtschaftlichen Fortschritt kaum teilhat, nicht funktionieren kann²⁷. Die Konzentration nimmt auch bei den Unternehmen zu. Eine ETH-Studie kommt gar zum Schluss, dass knapp 150 Unternehmen den Grossteil der gesamten Weltwirtschaft kontrollieren²⁸. Die meisten dieser Unternehmen sind im Finanzsektor tätig. Diese starke Machtballung steht im Widerspruch zu einem demokratischen

²⁴ Oxfam Briefing Paper: «An Economy for the 99%», Hardoon et al., Januar 2017.

²⁵ <http://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf>.

²⁶ Paul De Grauwe (2017): The Limits of the Market.

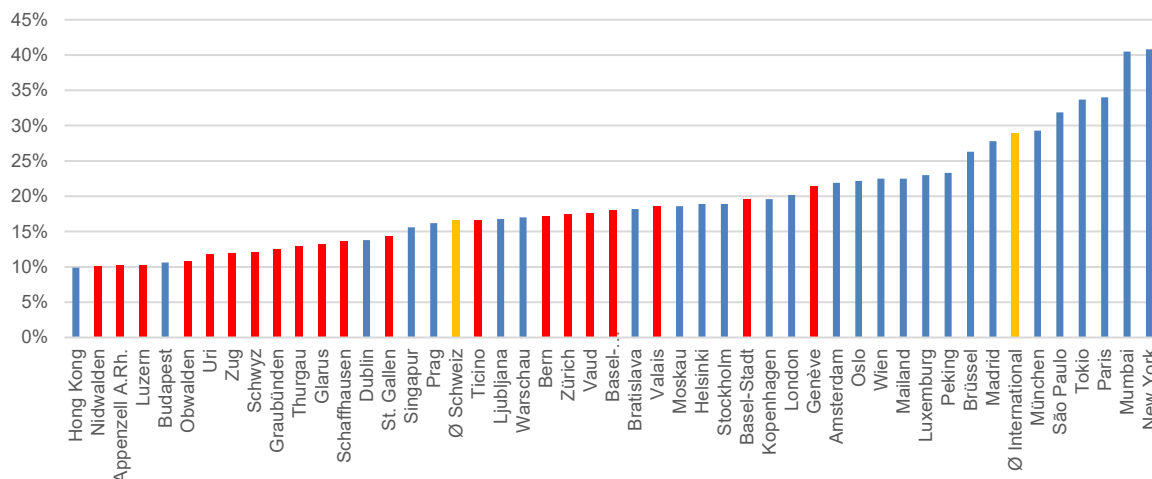
²⁷ World Economic Forum. (2012). Global Risk Report 2012.

²⁸ Vitali et al.: The network of global corporate control, 2011.

Staatsverständnis und gefährdet, so Studienautor Glattfelder, die Stabilität des Gesamtsystems²⁹.

Die geschilderte Vermögens- und Machtkonzentration wird durch Steuerflucht begünstigt. Mittels komplizierter Konstrukte entziehen wohlhabende Privatpersonen und multinationale Konzerne ihre Milliarden Gewinne weltweit der Besteuerung³⁰. Mit dem OECD-Projekt zur Bekämpfung des «Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS) haben sich die reichen Länder nun aufgemacht, weltweit gegen Gewinnverschiebungen und Gewinnverkürzungen vorzugehen. Damit Private ihre Steuern weniger einfach hinterziehen können, wurde der Automatische Informationsaustausch (AIA) lanciert, über den Banken die Vermögen und Erträge ihrer ausländischen Kunden an die Regierungen der betreffenden Staaten melden müssen. Die Schweiz hat den AIA mit rund 80 Ländern eingeführt, unterstützt aber weiterhin Steuerhinterziehende in den übrigen Staaten und setzt den Informationsaustausch auch im Inland nicht um. Es bleibt somit viel zu tun, um auf globaler Ebene alle Steuerschlupflöcher zu stopfen und die faire Besteuerung der Unternehmen – und damit ihre gesellschaftliche Verantwortung – durchzusetzen.

Effektive Durchschnittssteuerbelastung (EATR) 2017 in den Kantonshauptorten im int. Vergleich (in Prozent des Gewinns)



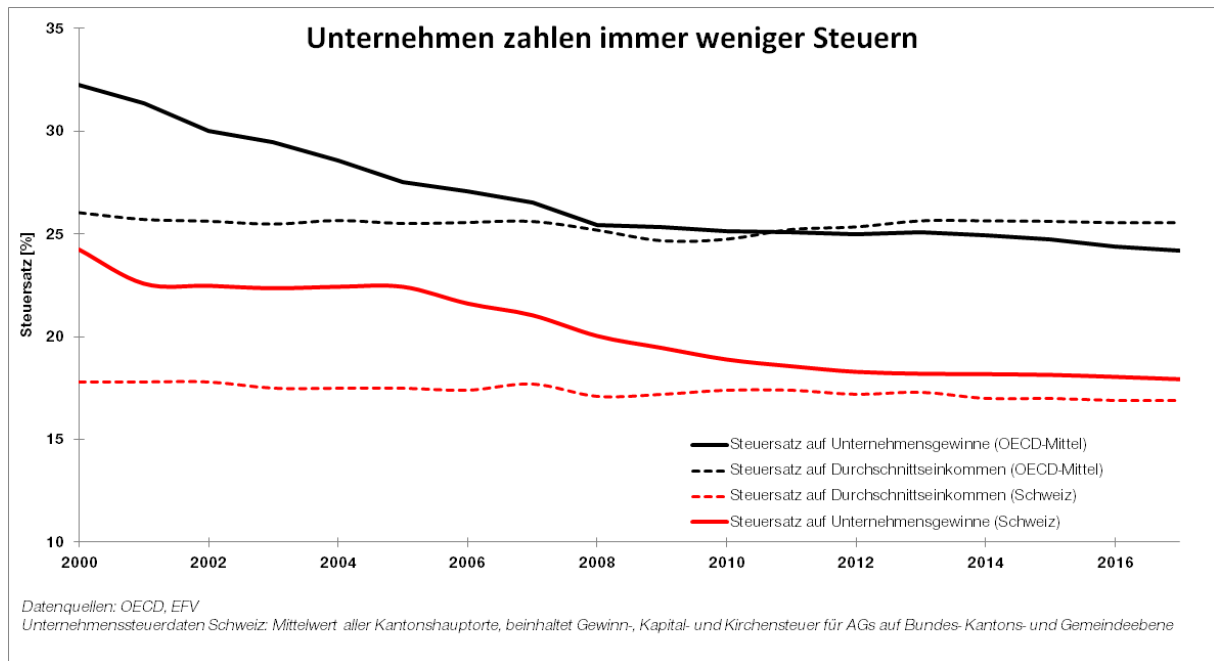
Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund mit Daten vom ZEW/BAK Basel

Bei den Unternehmenssteuern zeigt sich seit den 1990er Jahren weltweit ein fataler Trend nach unten. Auch die Schweiz hat sich an vorderster Front an diesem aggressiven und schädlichen Steuerwettbewerb und am Steuerdumping beteiligt. Die Schweiz hat im internationalen Vergleich ausgesprochen tiefe Unternehmenssteuern. Dies gilt selbst nach den neuesten Steuersenkungen in den USA. In keinem anderen Land finden die Firmen so hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte und eine solch ausgezeichnete Infrastruktur zu einem so tiefen Preis. Selbst nach der Finanzkrise von 2008, die vielen Staaten zur Rettung

²⁹ <https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/oekonomie/147-konzerne-kontrollieren-die-gesamte-weltwirtschaft-13371950>.

³⁰ Die sogenannten Panama Papers und die Paradise Papers brachten diese Machenschaften eindrücklich ans Licht.

der Banken und zur Ankurbelung der Konjunktur enorme Lasten auferlegt hat, haben internationale Firmen immer weniger Steuern bezahlt. Im Jahrzehnt nach der Finanzkrise sank die Steuerquote für die grossen internationalen Konzerne weltweit um rund 9 Prozent. Betrachtet man die längere Frist ab 2000, so ergibt sich sogar eine Senkung der Unternehmenssteuern um einen Drittel von durchschnittlich 34 auf etwa 24 Prozent. Damit verschiebt sich die Steuerlast auf den Mittelstand.



2.3.5 Klimaerwärmung und Kohlenstoffblase

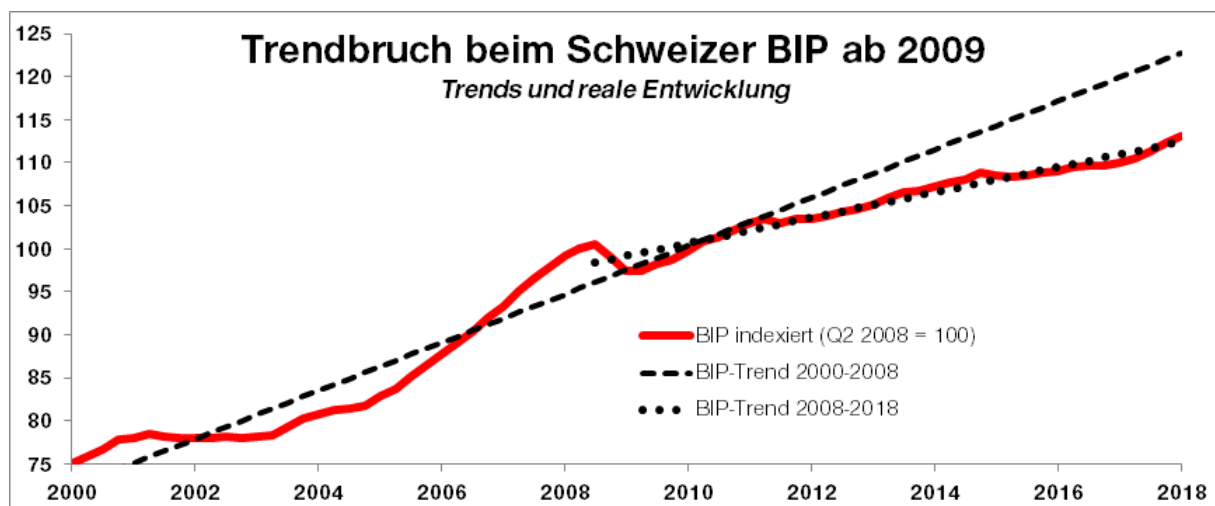
In den letzten Jahren gewann die Klimafrage stark an Bedeutung. Es ist heute unbestritten, dass die Klimaerwärmung eine der grössten unmittelbaren Bedrohungen für die Menschheit darstellt³¹. Das haben die Regierungen von 195 Staaten unterstrichen, als sie sich 2015 mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris verpflichtet haben, ihre Länder bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Zunahme an Extremereignissen wie Stürmen, Überschwemmungen und Trockenzeiten treibt die Infrastrukturkosten zunehmend in die Höhe. Der Ausstoss an Klimagasen liegt weiterhin auf einem viel zu hohen Niveau und ist 2017 sogar wieder angestiegen. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass immer noch grosse Teile der Finanzströme ungehindert in die mächtigen Energiekonzernen fliessen, die nach wie vor massiv auf Erdöl, Erdgas und Kohle setzen. Durch die Überbewertung der immer schwieriger zu fördernden fossilen Reserven entsteht eine neue Wirtschaftsblase, die Kohlenstoffblase. Das Ende des fossilen Zeitalters ist unausweichlich: Selbst die konservative internationale Energieagentur (IEA) wies bereits 2012 darauf hin, dass nur ein Drittel der schon heute bekannten Reserven überhaupt verbrannt werden darf, wenn das Zwei-Grad-Klimaziel erreicht und eine unkontrollierbare Klimaveränderung abgewendet werden soll³².

³¹ World Economic Forum (2016). Global Risk Report 2016.

³² <https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/English.pdf>.

2.4 Entwicklungen in der Schweiz

Die Finanzkrise erfasste auch die Schweiz, hatte hierzulande aber einige besondere Auswirkungen. Weil die Wirtschaftsentwicklung in mehreren europäischen Ländern negativ verlief, wollten viele Investoren ihre Gelder nicht mehr in Euro anlegen. Sie kauften Schweizer Franken. Die Nationalbank musste 2011 eine Untergrenze zum Euro einführen, um eine zu starke Aufwertung des Frankens und damit einen Einbruch der Exportwirtschaft zu verhindern. Diese Politik geriet international in die Kritik. Anfang 2015 beschloss das Direktorium der Nationalbank deshalb, diese Politik nicht mehr weiterzuführen, obwohl der Aufwertungsdruck auf den Franken anhielt. Die Nationalbank gab die Wechselkurs-Untergrenze zum Euro auf, führte nun aber Negativzinsen ein, um die Attraktivität des Frankens für ausländische Anleger zu verringern. Negative Zinsen führen bei Obligationen und Anleihen zu sinkenden Erträgen, zum Beispiel bei den Pensionskassen. Bereits im ersten Jahr nach der Finanzkrise hatte die Schweiz eine kurze Rezession erlebt, sich aber rasch erholt. Die Aufhebung der Kursuntergrenze zum Euro führte nun zu einem zweiten Schock für die Schweizer Wirtschaft. Insbesondere die exportorientierten Firmen bauten mindestens 30'000 Arbeitsplätze ab, verlängerten die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeitenden oder senkten die Löhne. Kleine und mittelgrosse Firmen schoben Investitionsprojekte auf die lange Bank, zum Nachteil ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Grosse und international tätige Industrieunternehmen verlagerten ihre Investitionstätigkeiten vermehrt ins Ausland³³. Die Schweiz überstand die Finanzkrise am Ende zwar glimpflicher als die meisten anderen Länder, dennoch waren auch hier die Folgen bemerkenswert. Die Schweizer Wirtschaft ist noch lange nicht auf den Wachstumspfad von vor 2008 zurückgekehrt. Es ist ein klarer Trendbruch zu erkennen, wenn man den Vergleich zum BIP-Trend vor 2008 zieht.



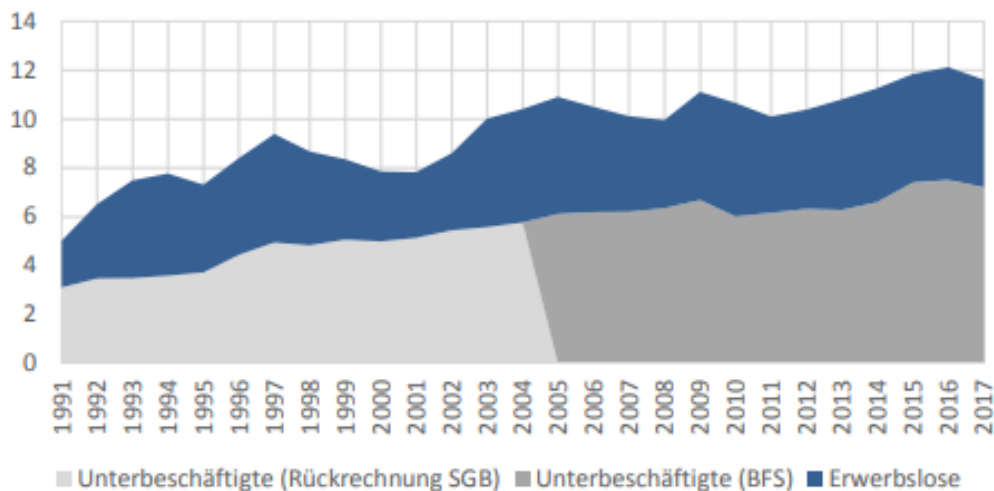
³³ <http://dievolkswirtschaft.ch/de/schwerpunkte/schweizer-volkswirtschaft-und-der-harte-franken-11-2017/>.

2.4.1 Wenig Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit lag Anfang 2018 in der Schweiz mit rund 3 Prozent gleich hoch wie 2006, nachdem sie als Folge der Finanzkrise zwischenzeitlich auf 3.7 Prozent angestiegen war.

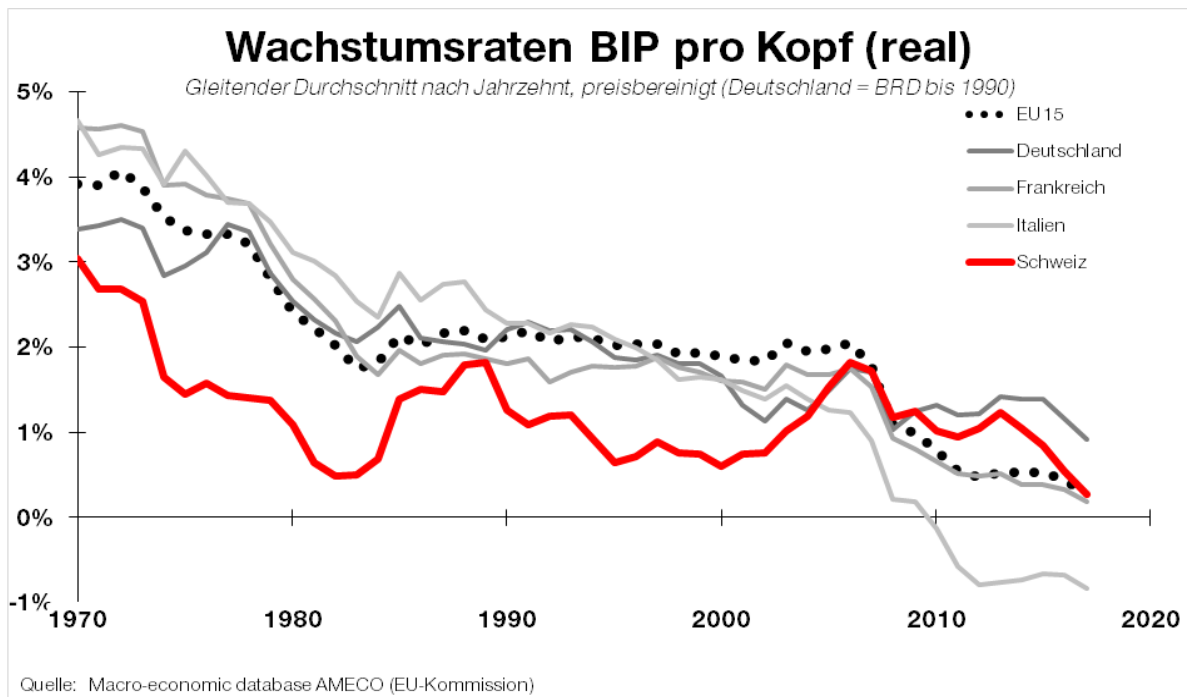
Die Zahl der Ausgesteuerten hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Zählt man diese zu den als arbeitslos Gemeldeten, beträgt die Erwerbslosigkeit heute etwas mehr als 5 Prozent. Vor allem Menschen über 50 haben es heute sichtlich schwerer, nach einer Entlassung einen neuen Job zu finden. Damit bleibt die Erwerbslosigkeit trotz geringer Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stabil. Eine besonders ausgeprägte Zunahme ist bei der Quote der Unterbeschäftigten zu erkennen. Diese umfasst Personen, die Teilzeit arbeiten, aber ein grösseres Pensum suchen.

Erwerbslosen- und Unterbeschäftigtenquote
(kumuliert, in Prozent)



Quelle: BFS, Schätzungen und Berechnungen SGB

In allen entwickelten Volkswirtschaften lässt sich schon seit Jahrzehnten eine Verlagerung der Beschäftigtenanteile vom Sekundär- zum Tertiärsektor beobachten. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ist denn auch in der Schweiz zwischen dem 1. Quartal 2008 und dem 1. Quartal 2018 um über acht Prozent gesunken, gewachsen ist hingegen der Dienstleistungssektor. Das Wirtschaftswachstum wird von wenigen Branchen angetrieben. Ohne den Gesundheitsbereich und die Pharmaindustrie würde das Bruttoinlandprodukt (BIP) nicht wachsen, ohne Zuwanderung auch nicht. Pro Kopf der Bevölkerung wächst das BIP seit Jahren immer langsamer.



Die Schweiz hat im internationalen Vergleich immer noch lange Arbeitszeiten, eine hohe Produktivität und tiefe Arbeitslosigkeit. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten, die bis in die 1990er Jahre stetig gesunken waren, sind in den letzten 20 Jahren wieder gestiegen. Sie sind mit rund 42 Stunden höher als überall sonst in Europa. Im Durchschnitt arbeiten die Vollzeitbeschäftigten in der Schweiz heute fast eine halbe Woche (19,5 Stunden) pro Jahr mehr als im Jahr 2013.

Veränderung der Jahresarbeitszeit der Vollzeitangestellten 2013 bis 2016 (in Stunden)

Branche	Veränderung Jahresarbeitszeit 2013-2016
Verarbeitendes Gewerbe/Energieversorgung	18.0
Baugewerbe	-7.1
Handel, Reparaturgewerbe	23.2
Verkehr und Lagerei	32.6
Gastgewerbe	21.8
Information und Kommunikation	27.8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	28.6
Immobilien, sonst. wirtschaftliche DL	24.9
Freiberufliche, wiss. und techn. DL	26.6
Öff. Verwaltung	3.9
Gesundheits- u. Sozialwesen	16.7
Kunst, Unterhalt., priv. HH, sonst. DL	34.9
Alle Branchen	19.5

Quelle: BFS, Berechnungen SGB

Während über 100 Jahren wurden Produktivitätsfortschritte nicht nur über den Lohn, sondern auch in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Angestellten weitergegeben. Das ist seit den 1990er Jahren nicht mehr der Fall. Zu beobachten ist auch ein Anstieg der Tem-

porärrarbeit. 2018 dürften rund 2,3 Prozent des Arbeitsvolumens durch Temporärangestellte geleistet werden. Das ist fast viermal mehr als Mitte der 1990er Jahre. Rund zwei Drittel der Betroffenen arbeiten unfreiwillig temporär und suchen eigentlich eine Dauerstelle.³⁴

Ebenfalls gewachsen ist der Stress am Arbeitsplatz. 1,5 Millionen Arbeitende leiden unter Stress. 43 Prozent der Befragten klagen laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) über belastende Arbeitszeiten als Stressursache.³⁵ Im Jahr 2000 waren es noch unter 20 Prozent. Burnout und andere stressbedingte Krankheiten nehmen signifikant zu. Gestresste Angestellte werden auch zu gestressten Kund_innen. Die Klagen der Arbeitenden über belastende Kundenkontakte nehmen messbar zu. Die Wissenschaft stellt zudem fest, dass auch der private Stress zunimmt, unter anderem deshalb, weil die Pendlerzeiten länger werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig bleibt.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist zwar leicht gestiegen. Sie werden in der Arbeitswelt aber nach wie vor diskriminiert. Sie werden im Schnitt schlechter bezahlt, arbeiten in Teilzeitpensen, haben es schwieriger, beruflich Karriere zu machen und leisten neben der bezahlten Arbeit den viel grösseren Teil der unbezahlten Sorgearbeit. Obwohl die Fakten längst auf dem Tisch liegen, sind die Gleichstellungsfortschritte gering.

2.4.2 Die Schere öffnet sich

Auch in der Schweiz ging die Lohn- und Vermögensschere auf, wenn auch nicht so stark wie in vielen anderen Ländern. Wobei auch in der Schweiz die Vermögen viel stärker konzentriert sind als die Einkommen. **Wobei auch in der Schweiz die Vermögen viel stärker konzentriert sind als die Einkommen.** Die Löhne der CEOs wuchsen etwa zehnmals schneller als die Durchschnittslöhne³⁶. Mehr Lohn erhielten in den letzten zehn Jahren vor allem die Spitzenverdienenden. Gesamtarbeitsverträge, flankierende Massnahmen und gute Ausbildung konnten zwar ein Absinken der tiefen und mittleren Löhne verhindern, doch stagnierte die Kaufkraft bei den meisten oder ging sogar zurück, weil die Lohngewinne durch gestiegene Ausgaben aufgefressen wurden.³⁷ Gerade die Krankenkassenprämien und die Mietpreise wachsen weit schneller als die Löhne.

Das unsoziale Prinzip der Kopfprämien bei den Krankenkassen führt für die unteren und mittleren Einkommen zu einer immer grösseren Belastung. Die Prämien verschlingen inzwischen bis zu 20% des Haushaltseinkommens. Das Wachstum der Krankenkassenprämien hat zwar auch strukturelle Gründe, da die Bevölkerung immer älter und die Behandlungsmethoden immer aufwändiger werden. Es existiert aber ein ganz klarer Zusammenhang zwischen den Privatisierungsbestrebungen im Gesundheitsbereich und dem Anstieg der Prämien. Die letzten Reformen des Krankenversicherungsgesetzes haben die wettbewerblichen Komponenten gestärkt, so dass Goldgräberstimmung herrscht: Wer mehr Leis-

³⁴ Jahresmedienkonferenz des SGB vom 4. Januar 2018.

http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/180104_DL_Aufschwung.pdf.

³⁵ 27.09.2016: Der Stress bei der Arbeit nimmt zu (Tages-Anzeiger). Link zur Primärquelle:

<https://files.newsnetz.ch/upload//9/5/95354.pdf>.

³⁶ Unia: Lohnschere-Studie 2017.

³⁷ SGB-Verteilungsbericht 2016, http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/117df_DL-KS_Verteilungsbericht_2016-internet.pdf.

tungen erbringen kann – unabhängig davon, ob sie medizinisch sinnvoll sind oder nicht – erhält mehr vom Kuchen.

A-38; Sektion SP Biel-Madretsch

Forderung: Ergänzung nach „... - erhält mehr vom Kuchen“ mit: *Die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien müssen im Warenkorb des Landesindex' der Teuerung besser einbezogen werden, da diese zu einer immer grösseren Belastung der Schweizer Bevölkerung werden. Der Warenkorb ist veraltet. Die Ausgabenkategorien des Warenkorbs müssen überarbeitet und an die aktuelle wirtschaftliche Lage angepasst werden.*

Begründung: *Der Warenkorb des Landesindexes als wichtige Berechnungsgrundlage, ist im Wirtschaftskonzept nicht enthalten. Der Landesindex ist aber ein sehr wichtiger Faktor zur Erhaltung des Lohnniveaus.*

Entscheidung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der Landesindex wird bereits heute periodisch immer wieder angepasst und revidiert. Im Landesindex sind auch die Gesundheitsleistungen bereits abgebildet. Hingegen werden die Krankenkassenprämien nicht berücksichtigt. Deshalb schlägt die GL folgende Formulierung vor: „Die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien müssen im Warenkorb des Landesindex' der Teuerung besser einbezogen werden, da diese zu einer immer grösseren Belastung der Schweizer Bevölkerung werden.“

Über zu hohe Mieten werden rund 15 Milliarden jährlich von den Mietenden zu Haus- und Grundeigentümern umverteilt³⁸. Dieses Geld fehlt den Haushalten und schwächt den Binnenkonsum, der etwa 60 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes ausmacht. Die Zahl der Working Poor ist weiter gewachsen: Über 145'000 Erwerbstätige können inzwischen nicht mehr von ihrem Lohn leben und sind deshalb abhängig von Sozialleistungen. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen.³⁹ Rund eine halbe Million Menschen leben nur von der AHV, die kaum zum Leben reicht⁴⁰.

A-39; SP Winterthur

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: Kapitel 2.4.2, S.29

Forderung: umformulieren

Rund eine halbe Million Menschen leben nur von der AHV, die ~~kaum zum~~ nicht für ein würdiges Leben reicht.

³⁸ Die Raiffeisenbank hat errechnet, dass die Bestandsmieten aufgrund der gesunkenen Referenzzinssätze seit Beginn der 1990er Jahre um 40 Prozent tiefer sein müssten, als sie effektiv sind. Quelle:

<https://www.raiffeisen.ch/content/dam/www/rch/pdf/publikationen/wohnmobilien-schweiz/de/2017/Wohnimmobilien-Schweiz-1Q17.pdf>.

³⁹ Bundesamt für Statistik, Mai 2017.

⁴⁰ Quelle: Pro senectute, auf Basis von Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE, Bundesamt für Statistik.

Begründung: *Im Sinne eines sozialen statt absoluten Existenzminimums ist die reine Altersrente anerkannterweise einfach NICHT existenzsichernd!*

Entscheidung der Geschäftsleitung: Annahme

Schliesslich sind auch zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz grosse Unterschiede in der Wirtschaftskraft auszumachen, teilweise auch als Folge des Steuerwettbewerbs und der Abbaupolitik in mehreren Kantonen. Das Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung findet vor allem in den grossen Städten und Ballungsräumen sowie in den Tiefsteuerkantonen statt, während ländliche und weniger stark angebundene Regionen das Nachsehen haben.

A-40; Parti Socialiste Neuchâtelois

Demande : Compléter

Compléter le dernier paragraphe du chapitre 2.4.2 par des positions claires.

Par exemple :

- *La lutte contre la concurrence fiscale entre les cantons doit être poursuivie, notamment par l'introduction de mécanismes de régulation et une harmonisation accrue au niveau fédéral.*
- *Amélioration des mécanismes visant à réduire les disparités de moyens entre canton, afin de permettre à toutes les régions du pays de continuer à participer activement à son développement.*

De plus, rappeler que ce type de mesure est essentiel à préserver la richesse économique de la Suisse. Le système fédéral et la politique de menée par la Suisse au XXe siècle ont permis de développer des compétences et des activités économiques très diversifiées d'une région à l'autre, malgré la petite taille du pays. Grâce à cela, certaines régions sont devenues des centres scientifiques, financiers, commerciaux, industriels, touristiques ou agricoles reconnus au niveau international. Si chacune de ces activités contribue à la prospérité de la Suisse, force est de constater que certaines activités sont beaucoup plus exposées que d'autres aux cycles conjoncturels, avec les conséquences qui en découlent. Un partage des richesses produites est indispensable pour permettre le maintien à long terme des compétences diversifiées qui font le succès économique de la Suisse.

Exposé des motifs: *L'ajout de quelques phrases sur le sujet, que nous imaginons consécutif à l'amendement déposé lors du tour précédent ne nous satisfait pas. Reconnaître la problématique est un bon point, mais le faire de manière aussi générale ne permet pas de la résoudre. Nous demandons des engagements plus clairs. Par ailleurs, l'emplacement mentionné pour notre amendement est lié à l'endroit où le sujet est évoqué pour l'instant, si les mesures concrètes devaient être intégrées à un autre endroit, cela ne nous poserait pas de problèmes.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung : Die Forderungen sind in Abschnitt 3.4.3 aufgenommen.

2.4.3 Anhaltend hohe Migration

A-41; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Umformulierung und Ergänzung

Titel: „Anhaltend hohe Migration“ umformulieren in „Migration gehört zur Schweiz“.

Plus Verweis auf das Migrationspapier:

https://www.sp-ps.ch/de/no_active_menu_item_found/migrationspapier

Begründung: Obwohl „Anhaltend hohe Migration“ keine negative Formulierung ist, erinnert sie doch sehr an das wertende Framing der SVP. Als SP ist es daher umso wichtiger, dieses Framing nicht zu übernehmen, sondern, wie das ganze Papier es sonst versucht, die Stärken zu unterstreichen. Ausserdem fehlt in diesem Abschnitt der Verweis auf das Migrationspapier der SP Schweiz, welches das Thema viel differenzierter aufnimmt, als es in einem Abschnitt geschehen kann.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

In den letzten zehn Jahren wanderten jährlich zwischen 50'000 und 100'000 mehr Arbeitskräfte ein als aus. Das war ein wichtiger Wachstumsfaktor⁴¹. Er hat der Schweiz nötige Fachkräfte gebracht. Gleichzeitig haben die flankierenden Massnahmen ein grossflächiges Sinken der Löhne verhindern können. In einigen Branchen wie dem Baugewerbe, aber auch im Detailhandel und der Industrie gibt es jedoch grobe Fälle von Lohndumping. Dies gilt auch für Grenzregionen wie den Jurabogen und das Tessin. Obwohl die Schweiz schon aus rein demographischen Gründen Zuwanderung braucht, ist es der fremdenfeindlichen Rechten gelungen, Ängste in der Bevölkerung zu schüren: Eine knappe Mehrheit der Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen und damit dem Ziel zugestimmt, die Zuwanderung zu begrenzen. Mit einer Meldepflicht für freie Stellen an das RAV in Branchen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wurde eine Umsetzung im Sinne der Lohnabhängigen gefunden, die gleichzeitig die Personenfreizügigkeit sowie die für die Schweiz existenziellen Beziehungen zur EU nicht gefährdet. Rund fünf Prozent der Zuwanderung machen Asylsuchende aus, weitere 30 Prozent der Familiennachzug (je zur Hälfte aus EU/EFTA-Staaten und aus Drittstaaten). Zwar haben die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit wieder zugenommen. Nur ein sehr kleiner Teil dieser Flüchtlinge gelangt aber nach Europa. In die Schweiz kommen aktuell vor allem Asylsuchende aus Eritrea, Syrien und Afghanistan⁴². Bisher wur-

⁴¹ <https://www.degruyter.com/view/j/roe.2016.67.issue-1/roe-2015-1005/roe-2015-1005.xml>.

⁴² Staatssekretariat für Migration, Statistik Zuwanderung 2017, Asylstatistik 2017; UNHCR Statistical Yearbook. Siehe auch das umfassende Positionspapier der SP Schweiz zur Migrationspolitik vom Parteitag in Lugano 2012.

de viel zu wenig unternommen, um Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren. Vielen wurde der Zugang zu einem regulären Arbeitsverhältnis gar gesetzlich oder durch die Nichtanerkennung von Diplomen verwehrt oder zumindest stark erschwert.

2.4.4 Ungleich verteilte Sorgearbeit

Erst seit 1997 wird in der Schweiz die unbezahlte Arbeit überhaupt statistisch erfasst. Sie erreichte 2016 gemäss konservativen Schätzungen eine Wertschöpfung von umgerechnet 408 Milliarden Franken. Davon macht die unbezahlte Sorgearbeit den grössten Teil aus, nämlich 374 Milliarden Franken⁴³. Das BIP für 2016 beträgt im Vergleich dazu knapp 660 Milliarden Franken.

Auffällig ist die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit, insbesondere der Sorgearbeit. Der klar grössere Anteil aller unbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Zwar ist der Anteil der von Männern geleisteten Sorgearbeit über die Jahrzehnte gestiegen, aber gerade während der letzten zehn Jahre waren die Fortschritte in der Schweiz sehr bescheiden. Die Aufteilung der unbezahlten Arbeit hat sich bei einem Geschlechterverhältnis von ungefähr 60:40 stabilisiert. Bei der Kinderbetreuung war der von Männern geleistete Anteil an dieser Arbeit zwischen 2007 und 2016 gar leicht rückläufig.

Auch wenn die Beteiligung der Frauen an der Lohnarbeit stetig steigt, ändert sich diese Ungleichverteilung nicht von selbst. Eine höhere Erwerbsquote bedeutet für die Frauen in erster Linie eine erhöhte Doppelbelastung – insbesondere, wenn sie Mütter sind. Nicht besser sieht es in der bezahlten Sorgearbeit aus, d.h. in den Pflege- und Betreuungsberufen: Auch dort sind die Männer klar untervertreten, vor allem auf den unteren Hierarchiestufen. Je nach Berufsgruppe beträgt der Frauenanteil im Gesundheits- und Sozialwesen bis zu 80 Prozent. Es besteht ein Zusammenhang zwischen historisch als «weiblich» konnotierten Berufen und tiefen Löhnen. Das ist ein wesentlicher Faktor für die erklärbaren Anteile der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern.

A-42; SP Frauen * Schweiz

Forderung: Neuen Absatz einfügen nach: „Das ist ein wesentlicher Faktor für die erklärbaren Anteile der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern.“

Der monatliche Lohnverlust von Frauen, der (neben anderen Faktoren wie Bildungsgrad und Dienstalter) stark darauf zurückgeht, dass Frauen* mehrheitlich in „Frauen*-Berufen“ arbeiten, wird im Fachjargon „erklärbare“ Lohndifferenz genannt und betrug im Jahr 2012 10.6%.*

Diese Begrifflichkeit ist jedoch problematisch: Der sogenannte „erklärbare“ Lohnunterschied beruht auf Ursachen, die keineswegs „natürlich“ sind, sondern gesellschaftlich bedingt sind: Erstens wird in unserer Gesellschaft zwischen sogenannten weiblichen und sogenannten männlichen Fähigkeiten unterschieden, obwohl es wissenschaftlich hoch umstritten ist, ob es einen solchen Unterschied tatsächlich gibt.

⁴³ Siehe: Satelliten Haushaltskonto 2016 des Bundesamtes für Statistik:
<https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/3882343/master>

Zweitens werden die traditionell weiblich konnotierten Fähigkeiten als weniger wertvoll erachtet, weil sie als selbstverständlich sowie als weniger produktiv angesehen werden. Drittens werden Frauen und Männer* von klein auf unterschiedlich sozialisiert. Auf Grundlage solcher Definitionen heisst es zum Beispiel oft, Frauen* würden sich die "falschen" Berufe aussuchen und daher aus eigenem Verschulden weniger verdienen.*

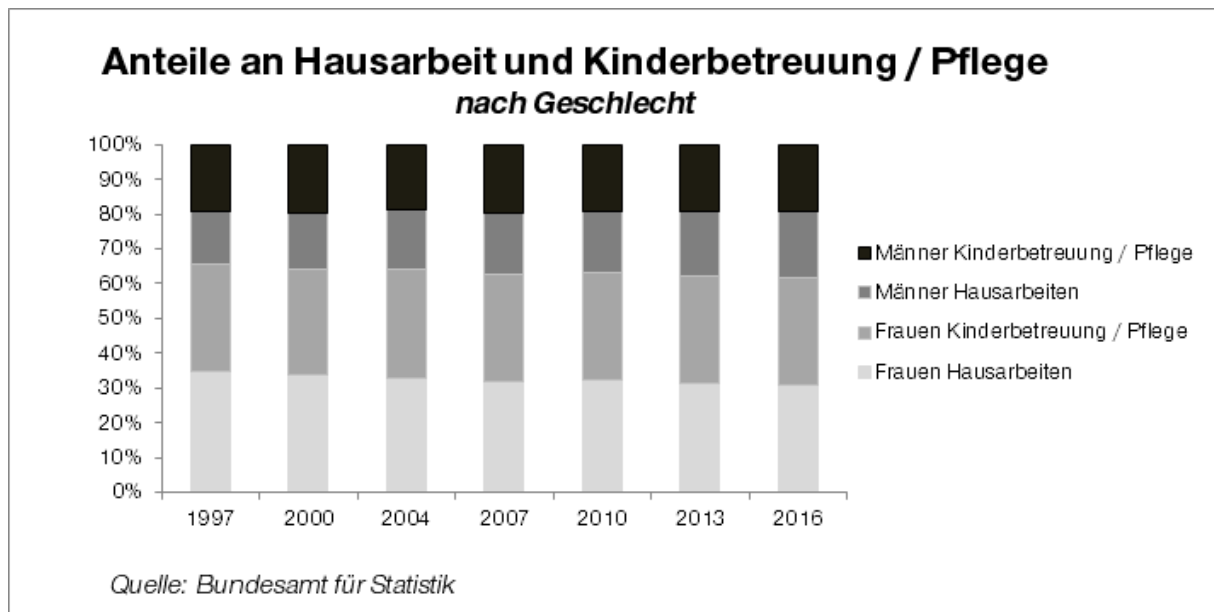
Hinzu kommt, dass „typische“ Frauenberufe gewerkschaftlich schlecht organisiert sind und der Arbeitnehmerinnenschutz ungenügend ist. Dies ist umso bedenklicher, als dass davon ausgegangen werden kann, dass der Pflege-, Betreuungs- und Erziehungssektor in Zukunft an Bedeutung noch zunehmen wird.

*Ausserfamiliäre Kinderbetreuung und Pflegearbeit ist in der Schweiz teurer als in anderen europäischen Ländern. Sie ist somit eine starke Belastung für die Familien. Gleichzeitig sind die Löhne der Kita-Angestellten niedrig. Sehr viel Arbeit wird von Praktikant*innen geleistet, die Arbeitsbedingungen der Angestellten kommen zusehends unter Druck. Kinderbetreuung und Krankenpflege sind aber keine Privatsache, sondern Aufgabe der Gesellschaft. Entsprechend sollten die Tarife günstig sein oder die betreffenden Dienstleistungen komplett staatlich finanziert werden. Einkommensabhängige Finanzierungsmodelle sollen geprüft werden. Ausserdem braucht es Massnahmen, um die Betreuung von Angehörigen zu erleichtern und die pflegenden Verwandten zu entlasten. Dies könnte in Form von Betreuungsgutschriften und Betreuungsurlauben erfolgen.*

Begründung: *Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Wir verweisen an dieser Stelle in einer Fussnote auf das Manifest für eine konsequent feministische SP; es macht keinen Sinn, das Manifest 1:1 ins Wirtschaftskonzept zu übertragen.



2.4.5 Digitale Innovation: Die Schweiz fällt zurück

Die Schweiz gilt als innovatives Land. Ausgerechnet im digitalen Bereich gerät sie aber zunehmend ins Hintertreffen. Die Schweiz liegt bei der Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde zwar bei den Besten, fällt aber seit 2007 in allen Branchen ausser der Metallindustrie zurück⁴⁴. Während die Pharma- und die Finanzbranche nach wie vor gut aufgestellt sind, hapert es bei der Entwicklung im digitalen Schlüsselsektor, dem ICT-Bereich. Verglichen mit anderen Top-Standorten wird in der Schweiz in diesem Bereich relativ wenig geforscht, wie Zahlen der OECD zeigen. Insbesondere gibt es einen Aufholbedarf bezüglich der digitalen Expert_innen, der Kompetenz in künstlicher Intelligenz und der diesbezüglichen Grundlagenforschung.

Entgegen der weitverbreiteten Annahme, dass Start-up-Firmen die Innovationstreiberinnen schlechthin seien, ist es in der Realität der öffentliche Sektor, der mit seinen Investitionen eine entscheidende Rolle spielt⁴⁵. Trotzdem gibt es in der Schweiz in Sachen Risikokapitalaufwendungen für Start-Ups noch viel Luft nach oben. Ein Ansatz für eine zukunftsfähige Technologiepolitik wäre daher, mehr Risikokapital über die demokratisch kontrollierte öffentliche Hand bereitzustellen⁴⁶. Somit würde auch ein Teil der Erträge bei erfolgreichen Investitionen dem Staatshaushalt zugutekommen, anstatt zu privaten Investoren abzufliessen.

Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozenten des BIP steht die Schweiz zwar gut da. Die Dynamik ist aber schwächer als an vergleichbaren Standorten. In Anbetracht der rasanten technologischen Entwicklung können wir diesen Umstand nicht ignorieren.

⁴⁴ CH2048 (2018) Innovationsreport März 2018.

⁴⁵ Siehe «The Entrepreneurial State» (Mazzucato, 2011).

⁴⁶ Siehe auch Kapitel 4.1.4 zur Idee des Zukunftsfonds.

2.5 Fazit: Ein verlorenes Jahrzehnt

Unsere Analyse der ökonomischen Entwicklungen in den letzten zehn Jahren zeigt, wie wichtig es ist, dass die Politik den Menschen wieder mehr Sicherheit und Verlässlichkeit geben kann. Wir müssen uns entschiedener um die Verteilungsfrage kümmern. Es zeigt sich, wie die Finanzkrise von 2008 die letzten Jahre geprägt hat. Eine solche Finanzkrise kann jederzeit wieder ausbrechen, denn die Ursachen der letzten Krise sind noch nicht behoben. Gleichzeitig schreitet die Digitalisierung der Wirtschaft in grossen Schritten voran, bringt viele Veränderungen und fegt ganze Branchen und Berufe weg. Die Klimaerwärmung und kriegerische Konflikte haben weltweit zugenommen. Das alles schafft Verunsicherung. Hinzu kommt ein Gefühl der Ohnmacht. Wenige Menschen besitzen immer mehr vom Kuchen. Sie konzentrieren Vermögen und wachsende Marktmacht in ihren Händen und benutzen diese dafür, die politischen Prozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie kaufen Medien, kontrollieren Verbände und Parteien. Im Gegensatz zu den superreichen Investoren und Konzernbesitzern profitiert die breite Bevölkerung in der Schweiz heute weniger vom wirtschaftlichen Fortschritt als noch vor einigen Jahrzehnten. Lohnerhöhungen werden durch steigende Mieten und Krankenkassenprämien weggefressen. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu. Die Zeiten, in denen die Arbeitszeit als Kompensation für höhere Produktivität verkürzt wurde, sind vorbei. Das Gefühl der Ohnmacht wächst besonders auch bei den Frauen, weil ihre wirtschaftliche Gleichstellung immer noch weit entfernt ist und sie immer noch den grössten Anteil der unentgeltlichen Sorgearbeit leisten müssen.

3 POLITISCHE STOSSRICHTUNGEN

Wirtschaftspolitik soll gestalten. Sie soll den Menschen Perspektiven eröffnen und sie von Zwängen befreien. In diesen Zeiten des schnellen Wandels muss Wirtschaftspolitik Sicherheit schaffen und dafür sorgen, dass der Fortschritt allen dient.

Die Rezepte dazu liegen nicht in der Ferne. Nein, die Schweiz hat Stärken. Zu diesen gehören pionierhafte Gemeinwerke, ein starkes Gemeinwesen, eine funktionierende Sozialpartnerschaft und internationales Engagement. Die SP ist überzeugt, dass die Schweiz den Herausforderungen unserer Zeit am besten begegnen kann, wenn sie sich auf diese Stärken besinnt.

- **Gute Arbeit für alle:** Unser wichtigstes Ziel ist gute Arbeit für alle. In der Schweiz hat die Sozialpartnerschaft in der Zeit nach 1945 dafür gesorgt, dass wir in vielen Branchen gute Löhne hatten und viele vom Fortschritt profitieren konnten. Das ist eine zentrale Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Diese Errungenschaften müssen mit Gesamtarbeitsverträgen und flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping geschützt und ausgebaut werden. Für gute Arbeit in Zeiten technologischen Umbruchs sind Aus- und Weiterbildung zentral. Hier braucht die Schweiz neue Anstösse. Genauso bei den Arbeitszeiten. Diese sollen endlich wieder sinken. Nur so können wir auch in Zukunft möglichst viele Menschen in der Arbeitswelt halten. Und wer seinen Platz dort verliert, soll mit einer Allgemeinen Erwerbsversicherung aufgefangen werden. Damit die Schweizer_innen ihr Potenzial in der Wirtschaft entfalten, engagieren wir uns dafür, dass Arbeitsrechte und Mitbestimmung gestärkt werden.

A-43; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Ersetzen

Damit Schweizer_innen neu: die Bevölkerung ihr Potenzial in der Wirtschaft ...

Begründung: Hier geht es nicht um die Nationalität der Menschen, sondern darum, dass die Menschen hier ansässig sind.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- **Pionierhafte Gemeinwerke:** Wie damals mit der SBB und der ETH soll die Schweiz mit öffentlichen Investitionen den Weg für eine zukunftsfähige Wirtschaft bereiten. Wir wollen die Energiewende ebenso wie die Errichtung der digitalen Infrastruktur zielstrebig vorantreiben. Dies wird die Grundlage der Wirtschaft von morgen sein. Die SP will bis im Jahr 2050 aus der fossilen Wirtschaft aussteigen. Das macht unser Land unabhängiger und unsere Wirtschaft zukunftsfähiger. Dafür brauchen wir Innovation, höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung, Zukunftsfonds sowie stabilere Finanzinstitute, die sich in den Dienst einer nachhaltig produzierenden Schweizer Wirtschaft stellen.

- **Starkes Gemeinwesen:** Aufbauend auf ihre lange und erfolgreiche Tradition von Genossenschaften und qualitativ hochstehendem Service public sorgt die Schweiz künftig dafür, dass Ressourcen, Lasten und Einkommen gerecht verteilt werden. Insbesondere die Bodenrente muss wieder gerechter verteilt werden. Die Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen wird damit endlich wieder steigen. Zu einer gerechten Verteilung gehört auch die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, die mit einer Aufwertung der Sorgearbeit einhergeht. Für all das braucht es starke öffentliche Dienste und Geld, das wir über eine Besteuerung von Kapitalgewinnen und Finanztransaktionen aufbringen wollen. Dies würde auch der gewaltigen Vermögenskonzentration der letzten Jahre entgegenwirken.
- **Internationales Engagement:** Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zeugt noch heute vom Willen der Schweiz, bei globalen Problemen nicht wegzuschauen, sondern zu deren Lösung beizutragen. Solches Engagement braucht es in einer globalisierten Welt mehr denn je. Die Schweiz soll sich deshalb stark in Europa und in internationalen Gremien einbringen. Sie soll für faire Regeln etwa im Welthandel sorgen, parasitäre Steuerpraktiken bekämpfen und über ausgebaute Hilfeleistungen mithelfen, die globalen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

3.1 Gute Arbeit für alle

3.1.1 Aus- und Weiterbildung ausbauen

Wir wollen, dass das riesige Potenzial für eine nachhaltige Wirtschaft in unserem Land freigesetzt wird. So viel Potenzial liegt bei Leuten, die sich viel zu oft nicht ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können, die sich nicht einbringen können, und die kein wirklich freies Leben führen können. Weil sich der technologische Wandel durch Digitalisierung und Automatisierung beschleunigt, müssen die Menschen die Fähigkeiten erlangen, diesen Wandel mitzugestalten und darin ihre Rolle zu finden. Hier spielen Bildung und Weiterbildung eine zentrale Rolle. Sie sind die Grundlage für die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und ein extrem wichtiger Faktor für die Produktivität einer Volkswirtschaft. Umgekehrt heisst das: Kürzungen in diesem Bereich haben negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen mit hohen Folgekosten, beispielsweise bei der Sozialhilfe. Investitionen in die Bildung tragen umgekehrt zur gesellschaftlichen Integration bei. Junge Menschen, die heute einen Beruf erlernen, werden diesen zudem mit allergrösster Wahrscheinlichkeit mindestens einmal wechseln oder sich höher qualifizieren. Allen Erwachsenen müssen deshalb während ihres ganzen Erwerbslebens leicht zugängliche und auf ihre Bedürfnisse angepasste Möglichkeiten für eine formale Weiterbildung offen stehen. Sie brauchen dafür die richtigen Weiterbildungsangebote, aber auch die Zeit und Mittel, um diese zu nutzen. Wir wollen verhindern, dass Angestellte, die jahrzehntelang zuverlässig ihren Dienst leisteten, ausgemustert werden, weil ihnen die Möglichkeit verwehrt blieb, sich den Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen. Wir sind überzeugt, dass Bund, Kantone und Unternehmen mehr in die Fähigkeiten ihrer Arbeitskräfte investieren müssen.

Dafür setzen wir uns ein:

A-44; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neu

«Grundsätzlich sind die Arbeitgeber für die Arbeitsmarktfähigkeit der Angestellten verantwortlich. Sie müssen deshalb mehr Verantwortung für die berufliche Weiterbildung übernehmen und sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden.»

Begründung: Die Arbeitgebenden (und ihrer Organisationen) kümmern sich um die technologische Entwicklung – zugleich müssen sie auch eine Planung der Kompetenzentwicklung ihrer Mitarbeiter vornehmen. Daraus können die Weiterbildungsbedürfnisse abgeleitet werden. Dies soll im Dialog mit den Sozialpartnern gemacht werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Kern der Forderung ist bereits im Papier drin, Punkt 3: „Der Anspruch auf Weiterbildung gehört ins Arbeitsgesetz. ...“

- Wir fordern einen griffigen Aktionsplan und deutlich mehr Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung.

A-45; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Ergänzung

Nach dem Satz „...Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung.“ folgende Ergänzung: Diese finanziellen Mittel sollen auch dafür eingesetzt werden, dass die Chancengleichheit gewahrt wird, indem der Zugang zu Weiterbildungen nicht über die Kosten bestimmt wird.

Begründung: Weiterbildungen werden von Arbeitgebern heutzutage erwartet, sind schon fast Voraussetzung. Die (meist horrenden) Kosten für Weiterbildungen dürfen daher in Anbetracht der Chancengleichheit kein Ausschlussgrund sein.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme.

A-46; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«... mehr Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung. Diese muss einerseits neue, durch die Digitalisierung erforderte Fähigkeiten und andererseits Grundkompetenzen (Informatik, Mathematik, Sprache) ins Zentrum stellen.»

Begründung: Die Digitalisierung wird den Bedarf an Weiterbildung nochmals massiv erhöhen – für alle Berufe und Qualifikationsstufen. Die Angebote sind noch wenig entwickelt und die Kapazitäten fehlen noch weitgehend. Die Kosten werden

sehr hoch sein und können nicht von den Individuen alleine, privat finanziert werden. Staat und Unternehmen müssen ein Grossteil der Finanzierung sichern.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Möglichkeiten für lebenslanges Lernen für alle müssen hohe Priorität haben. Es braucht insbesondere formale, auf Erwachsene ausgerichtete Bildungsangebote für ältere und erfahrene Berufsleute. Erfahrungen und vorhandenes Fachwissen müssen durch unabhängige Fachgremien angemessen angerechnet und validiert werden.
- Der Anspruch auf Weiterbildung gehört ins Arbeitsgesetz. Die Mitarbeitenden sollen während der Arbeitszeit die nötigen Schulungen und Kurse absolvieren können.
- «Digital Literacy» muss auf allen Schulstufen verankert werden. Medienkompetenz ist auf Sekundarstufe II, in der höheren Berufsbildung, in den Hochschulen sowie in der Weiterbildung zu fördern. Auf allen Bildungsstufen sind digitale Lehr- und Lernformen verstärkt zu nutzen (Apps, Lernplattformen, Robotik, künstliche Intelligenz, etc.)

A-47; SP Baselland

Forderung: Umformulierung

~~«Digital Literacy»~~ «Digitale Kompetenz muss auf allen Schulstufen verankert werden. Medienkompetenz ist auf Sekundarstufe II, in der höheren Berufsbildung, in den Hochschulen sowie in der Weiterbildung zu fördern.»

Begründung: «Digital Literacy» ist kein allgemeinverständlicher Ausdruck.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Umformulierung, damit nicht gerade zwei Mal hintereinander der Begriff „Kompetenz“ vorkommt: ~~«Digital Literacy»~~ «Digitale Kompetenz muss auf allen Schulstufen verankert werden. Die Fähigkeit, mit neuen Medien umzugehen ~~Medienkompetenz~~ ist auf Sekundarstufe II, in der höheren Berufsbildung, in den Hochschulen sowie in der Weiterbildung zu fördern.»

A-48; SP Sektion Stein am Rhein SH

Forderung: Textaufnahme letzter Satz

Auf allen Stufen sind digitale Lehr- und Lernformen verstärkt zu nutzen (Apps, Lehrplattformen, Robotik, künstliche Intelligenz, etc.), **ohne jedoch den direkten menschlichen Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden zu vernachlässigen.**

Begründung: Ohne meinen Zusatz hat man den Eindruck, die SP sei nun völlig auf der technologiegläubigen Schiene.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der Kontakt unter Menschen ist per se „menschlich“, wichtig ist aber die soziale Ebene, das heisst die Beziehungsebene. Formulierungsvorschlag: *ohne jedoch den direkten ~~menschlichen~~ sozialen Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden zu vernachlässigen.*

A-49; SP Baselland

Forderung: der folgende Teil von Punkt 4 („Dafür setzen wir uns ein“) soll separat aufgeführt und wie folgt ergänzt werden:

«Auf allen Bildungsstufen sind digitale Lehr- und Lernformen verstärkt zu nutzen (Apps, Lernplattformen, Robotik, künstliche Intelligenz, etc.). Dazu braucht es passende fachdidaktische Konzepte, ausreichende Investitionen in die IT-Infrastruktur der Schulen und genügend Mittel, um die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden. Im Vordergrund muss die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung stehen.»

Begründung: Multimedialität im Klassenzimmer kann ein Gewinn sein. Damit ist der Lernerfolg aber keineswegs programmiert. Neben der passenden Infrastruktur an Schulen sind auch fachdidaktische Konzepte notwendig. Ausserdem muss sichergestellt werden, dass die Lehrpersonen über die notwendigen digitalen Kompetenzen verfügen und den digitalen Wandel kritisch begleiten können.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Das Bildungssystem muss Chancengleichheit für alle ermöglichen. Jedes Kind hat Anrecht auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität.

A-50; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«Jedes Kind hat Anrecht auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität und auf angemessene Frühförderung.»

Begründung: Frühförderung stärkt die Chancengleichheit.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der Begriff „Frühförderung“ lässt an Frühenglisch und andere Bereiche denken, die eine Leistungsorientierung aufweisen und das Kind möglichst früh auf Wirtschaftlichkeit trimmen wollen. Der Begriff der frühen Förderung wiederum fördert das Kind individuell in Bereichen, die für seine persönliche Entwicklung wichtig sind. Kinder, die einen frühen schlechten Start ins Leben haben, können diese Nachteile kaum mehr aufholen. Formulierungsvorschlag: *Jedes Kind hat Anrecht auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität und auf ~~an-~~ gemessene frühe altersgerechte Förderung Frühförderung.*

A-51; SP-Löhningen Siblings

Forderung: Umformulierung in folgenden Texten:

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir fordern einen griffigen Aktionsplan und deutlich mehr Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung. (bisher)
- Möglichkeiten für lebenslanges Lernen für alle müssen hohe Priorität haben. Es braucht insbesondere berufsbegleitende, auf erwerbstätige Erwachsene ausgerichtete Bildungsangebote für Personen, die zusätzliche oder alternative Kompetenzen erwerben wollen (z.B. Zweitberuf oder Zweitstudium). Arbeitgeber und öffentliche Hand stellen entsprechende Mittel zur Verfügung. (neu)
- Erfahrungen und vorhandene Kompetenzen müssen durch unabhängige Fachgremien angemessen angerechnet und validiert werden. (bisher; Begriff angepasst)
- Der Anspruch auf Weiterbildung gehört ins Arbeitsgesetz. Die Mitarbeitenden sollen die nötigen Schulungen und Kurse während der Arbeitszeit absolvieren können. (bisher)
- «Digital Literacy» und Medienkompetenz sollen auf allen Schulstufen und altersgerecht gefördert werden. (neu)
- Das Bildungssystem muss Chancengleichheit für alle ermöglichen. Jedes Kind und jede/jeder Jugendliche hat Anrecht auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität. (bisher und ergänzt)

Begründung:

Punkt 1: Das lebenslange Lernen ist heute Tatsache. **Viele Menschen wechseln im Verlauf ihres Lebens mehrfach die berufliche Tätigkeit, freiwillig und unfreiwillig.** Die Möglichkeiten, sich beruflich zu entwickeln, sind aber oft durch wirtschaftliche Ressourcenknappheit beschränkt. Gerade hier braucht es für Frauen und Männer in der mittleren Berufsphase einerseits strukturelle Möglichkeiten (z.B. berufsbegleitende Studien) und zum anderen finanzielle Unterstützung **insbesondere** durch die Arbeitgeber und die öffentliche Hand.

Punkt 2: Ein Wirtschaftskonzept hat nicht die Aufgabe spezifische Bildungspostulate zu definieren, wie hier geschehen (z.B. Robotik im Kindergarten); dies ist Sache eines fachlich begründeten SP-Bildungskonzeptes. Ein Wirtschaftskonzept soll deshalb nur die groben Leitlinien definieren.

Unser Antrag ist in diesem Sinne auf der Basis des vorliegenden Textes ausformuliert.

Entscheidung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL schlägt vor, alle beantragten Anpassungen anzunehmen ausser Punkt 5 zu „Digital Literacy“. Angesichts der Bedeutung der Veränderungen für das Bildungswesen scheint es angebracht, die etwas detailliertere Forderung wie ursprünglich formuliert beizubehalten.

A-52; QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Forderung: ergänzen

→ Wir fordern für die nächsten 5-10 Jahre einen griffigen Aktionsplan von Bund und Kantonen und deutlich mehr Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung

Begründung: Es muss klar sein, wer diesen Aktionsplan ausarbeiten muss und von wo die finanziellen Mittel herkommen sollen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme (dieser Antrag sollte bei A-51 integriert werden)

A-53; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 3.1. ergänzen mit der Forderung nach einem durch die Arbeitgeber bezahlten Weiterbildungsurlaub von mindestens 1 Woche pro Dienstjahr für alle Arbeitnehmenden (kumulierbar).

Begründung: Weiterbildung: Es steht zwar, dass das Recht auf Weiterbildung während der Arbeitszeit ins Arbeitsgesetz gehört. Als Grundsatz ist das gut. Aber wir müssen explizit einen bezahlten Bildungsurlaub von mindestens 1 Woche pro Dienstjahr fordern.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL schlägt vor, den präziseren Begriff „1 Arbeitswoche pro Jahr“ zu verwenden.

A-54; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: neue Forderung

Weiterbildungen und Umschulungen müssen auch im zweiten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt muss Priorität haben. Zudem darf durch den zweiten Arbeitsmarkt die Wirtschaft im ersten Arbeitsmarkt nicht unfair konkurriert werden.

Begründung: In den Forderungen fehlt der grosse Wirtschaftszweig des zweiten (und dritten) Arbeitsmarktes vollständig. Es ist essentiell, dass die SP zur Entwicklung von einem wachsenden zweiten Arbeitsmarkt Position bezieht. Es werden zwei Forderungen aufgenommen. Die Weiterbildung/Umschulung für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt muss Priorität haben, eine reine „soziale Integration“ ohne Möglichkeit, sich bei einem vorhandenen Willen für den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten, ist nicht tolerierbar. Eine „Abschiebung“ und somit auch eine Subventionierung von vor allem niederschweligen Arbeiten im zweiten Arbeitsmarkt unter dem Motto „soziale Integration“ konkurrieren den ersten Arbeitsmarkt unfair und lässt diese gerade niederschweligen Arbeiten noch im ersten Arbeitsmarkt noch mehr verschwinden. Dem müssen wir Gegensteuer geben.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-55; SP Baselland

Forderung: Ergänzung mit neuem Punkt:

«Über die Hälfte aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen in allen Branchen einen Beitrag an einen Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Zudem muss ermöglicht werden, dass mehrere Betriebe gemeinsam eine Lehrstelle anbieten können.»

Begründung: Das duale Bildungssystem soll gestärkt werden. Zudem sollen alle Unternehmen vermehrt in die Verantwortung gezogen werden bei der Ausbildung ihrer Arbeitskräfte. Als Vorbild dienen die bereits bestehenden Berufsbildungsfonds gemäss Art. 60 BBG.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-56; SP Stadt Zürich

Forderung: Ergänzung einer weiteren Forderung.

- Neben den Forderungen auf Weiterbildungen muss der Status von Menschen gestärkt werden, welche nach einer ersten Ausbildung keine Weiterbildungen mehr anstreben können oder wollen. Menschen mit Lehrabschluss ohne Weiterbildung müssen gefördert und anständig entlohnt sowie durch gute Sozialleistungen finanziell abgesichert werden.

Begründung: Dass das duale System gestärkt werden soll, bestreitet niemand. Dass aber nur die Weiterbildung im Fokus steht und der Beruf ohne Weiterbildung vergessen geht, ist nicht im Sinne der SP. Das Papier assoziiert einen Druck auf Menschen „nur“ mit Lehrabschluss und ohne Weiterbildung, sich der ökonomischen Anforderung zu beugen und sich mit Weiterbildung fit für die Wirtschaft zu machen. Diese Menschen sind aber im dualen Bildungssystem und in unserer Gesellschaft von enormer Bedeutung und müssen auch entsprechend gefördert werden – auch ohne Weiterbildungsmöglichkeit. Und dies sowohl in der Bildungsphase als auch im Arbeitsleben. Im vorliegenden Papier gingen diese Menschen leider vergessen.

Die SP steht zum dualen Bildungsweg und anerkennt seine Wichtigkeit. Die SP steht nicht nur für den akademischen Weg ein. Durch die Stärkung der Berufsschulen erhalten die Lernenden Chancen, sich früh im Arbeitsmarkt zu integrieren.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Formulierung „Status von Menschen“ ist unklar. Wir schlagen vor, ihn zu ersetzen mit „die Stellung von Beschäftigten in Betrieben und Unternehmen“... Am Ende des Punktes soll erklärend der Satz hinzugefügt werden: „Lebenslanges Lernen soll kein Zwang sein“.

3.1.2 Arbeit gerecht verteilen und die Arbeitszeit senken

Der wirtschaftliche Fortschritt und die wachsende Arbeitsproduktivität sollen endlich wieder den Lohnabhängigen zugutekommen. Damit könnte die Lebensarbeitszeit inklusive Sorgearbeit abnehmen, und wir alle hätten mehr Zeit für private oder gesellschaftliche Aktivitäten.

Wir verfolgen das Ziel, dass möglichst alle erwachsenen Personen einer sinnstiftenden Erwerbsarbeit nachgehen können, die ihnen ökonomische Unabhängigkeit verschafft. Erwerbsarbeit ist aber nur ein Teil des Lebens. Wir alle brauchen auch genügend Zeit für unsere Angehörigen und uns selbst, für Beziehungen, den Haushalt, Hobbies sowie für gesellschaftliches Engagement. Die Schweiz hat heute ein Problem mit der Verteilung der Erwerbsarbeitszeit. 50-Stunden-Wochen gelten in manchen Branchen als normal. Gleichzeitig werden unter anderem im Dienstleistungssektor Jobs mit zu tiefen Teilzeitpensen bei zu tiefen Löhnen vom Ausnahme- zum Normalfall. Zudem werden immer mehr Arbeitsverträge nur noch befristet abgeschlossen. Die Planbarkeit des eigenen Lebens nimmt für viele Arbeitende ab. Das schafft Stress und Ängste. Zudem werden ältere Angestellte zunehmend als Kostenfaktor betrachtet und frühzeitig aus der Erwerbsarbeit gedrängt. Eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeitszeit würde diese Probleme entschärfen. Sie ist im gemeinsamen Interesse von Über- und Unterbeschäftigten (inkl. Arbeitslosen) und erlaubt nicht zuletzt eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit, die bis heute mehrheitlich von Frauen verrichtet wird. Eine kollektive Senkung der Wochenarbeitszeit (bei gleichbleibendem Lohn) ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die individuelle Flexibilisierung der Arbeit eine Befreiung sein kann. **Die nachfolgenden Massnahmen sollen jeweils für kleine Unternehmen mit wenig Beschäftigten entsprechend flexibel umgesetzt werden (und wenn nötig mit staatlicher Unterstützung).**

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP setzt sich für eine generelle Verkürzung der normalen Arbeitszeit ein. Heute beträgt die wöchentliche Höchstarbeitszeit in der Schweiz 45 bis 50 Stunden⁴⁷. Diese Obergrenze gilt es zunächst schrittweise auf 40 Stunden zu reduzieren. Mittelfristiges Ziel ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

A-57; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neu

«... Diese Obergrenze gilt es zunächst schrittweise auf ~~40~~ 35 Stunden zu reduzieren. Mittelfristiges Ziel ist die ~~35~~ 25-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.»

Begründung: Durch die Digitalisierung können die Arbeitsstunden bei gleicher Leistung reduziert werden. So wird ein Stellenabbau verhindert und die Arbeitnehmenden erhalten die Möglichkeit, sich den durch die Digitalisierung gesteigerten Anforderungen entsprechend weiterzubilden.

⁴⁷ (Schweizerisches Arbeitsgesetz ArG, Art. 9).

A-58; Sektion Surbtal

Forderung: Umformulierung

Die SP setzt sich für eine generelle Verkürzung und Begrenzung der normalen Arbeitszeit ein. Heute beträgt die wöchentliche Höchstarbeitszeit in der Schweiz 45 bis 50 Stunden. Diese Obergrenze gilt es auf 40 Stunden zu reduzieren.

Begründung: Die Begrenzung der Regel-Arbeitszeit ist ein ureigenes sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Anliegen. Daher muss dieser Aspekt im Papier thematisiert werden. Die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche, dazu bei vollem Lohnausgleich widerspricht jedoch Punkt 1.2 dieses Papiers (Wirtschaft für alle): «Grosse ebenso wie kleine Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen bieten, die die Mitbestimmung hochhalten, umweltfreundlich produzieren und innovativ sind, sollen in der Schweiz gute Bedingungen vorfinden.» In unserer Region befinden sich einige KMU, die genau diese Bedingungen erfüllen. Deren durchschnittliche Arbeitszeit liegt heute bei 42 Wochenstunden.

Beispiel Holzbau Lehmann in Schneisingen mit 50 Mitarbeitenden, sozialer Arbeitgeber und engagiert für die Energiewende, nebenbei Sponsor für Vereine und Veranstaltungen in der Region. Nähme man solchen Firmen die Produktivität von 350 Wochenstunden oder einem Arbeitstag pro Mitarbeitenden weg, so würden nicht entsprechend mehr Stellen geschaffen. Viel wahrscheinlicher würden die bestehenden Arbeitsplätze wegfallen, weil eine solche Radikalmassnahme existenziell bedrohlich wäre.

Dem beizufügen ist, dass KMU in der Schweiz 80% der Arbeitsplätze stellen. Die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nicht nur utopisch, sondern komplett hirnrissig!

Entscheid der Geschäftsleitung zu A-57 und A-58: Ablehnung

Begründung: Die GL erachtet die vorgeschlagenen Forderungen für ein sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept als geeigneten Mittelweg: Realpolitik mit „utopischem Überschuss“.

- Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben. Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung.

A-59; SP Sektion Stadt Schaffhausen

Forderung: Ersten Satz streichen.

~~Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben. Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung.~~

Begründung: Ein Recht des Arbeitnehmers auf 22 Wochenstunden ist kontraproduktiv. Es würde zahlreiche KMU vor grosse Probleme stellen und das Angebot an Teilzeitstellen mit weniger als 50% gefährden, die für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig sind. Welcher Arbeitgeber getraut sich noch jemanden zu 30% anzustellen, wenn der Arbeitnehmer ein Recht auf 50% einklagen kann?

A-60; Sektion Muri-Gümligen

Forderung: Streichen und ergänzen

Streichen: „Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben.“

Ergänzen „Im Arbeitsvertrag ist bei allen Teilzeitbeschäftigungen eine vertraglich vereinbarte Stundenzahl einzuhalten.“

Begründung: Die Forderung nach Teilzeitbeschäftigungen mit mindestens 22 Wochenstunden erscheint uns utopisch. Es würde bedeuten, dass es keine Teilzeitbeschäftigungen unter 50% mehr geben würde. In vielen Branchen mit Teilzeitarbeit/Minijobs (etwa Gastronomie, Tourismus, Babysitting) kann aufgrund der Auftragslage jedoch nicht in jedem Fall ein Beschäftigungsgrad von 50% garantiert werden. Auch sind je nach Lebenslage/Lebensentwurf kleinere Pensen zwischen 10-49% durchaus gewollt (z. B. bei Studierenden). Für die Stärkung der Teilzeitbeschäftigten scheint es uns daher sinnvoller, die Planungssicherheit zu erhöhen. Ein Arbeitnehmer_in soll vertraglich die Garantie erhalten, wie viele Stunden er/sie pro Monat leisten kann.

Entscheid der Geschäftsleitung zu A-59 und A-60: Ablehnung zugunsten A-61

A-61; SP Wallisellen,

Forderung: den ganzen Punkt 2 „Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben. Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung.“ **Ersetzen durch 2 Punkte**

- Teilzeitbeschäftigte, Mehrfachbeschäftigte und andere nicht-traditionell Beschäftigte müssen durch Sozialversicherungen und Arbeitsschutz ebenso abgesichert werden wie Vollzeitbeschäftigte. Sie dürfen weder bei Weiterbildung noch bei Aufstiegschancen diskriminiert werden. Alle Beschäftigten müssen das Recht haben Ihre Arbeitszeit angemessen zu reduzieren und zu erhöhen.
- Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten **insbesondere** bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung.

Begründung:

- *Die ursprüngliche Forderung ist v.a. für kleine Firmen unrealistisch. Bei Teilzeitbeschäftigten und in vermehrtem Masse bei anderen Formen von nicht-traditioneller Beschäftigung (Arbeit auf Abruf, Plattformarbeit usw.) gibt es noch viele offene Probleme zu lösen (vgl. [Grundlagenpapier der FiWiKo](#)), das muss in diesem Wirtschaftskonzept angesprochen werden.*
- *Alle Formen der Mitbestimmung verbessern die Arbeitsbedingungen – die SP soll nicht den Eindruck vermitteln, sich nur um einige apolitische Formen zu kümmern.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der erste Punkt wird folgendermassen umformuliert: *Alle Beschäftigten müssen das Recht haben Ihre Arbeitszeit angemessen zu reduzieren und zu erhöhen. Im Arbeitsvertrag ist bei allen Teilzeitbeschäftigten eine vertraglich vereinbarte Stundenzahl festzuhalten.*“

Dann folgen die anderen beiden Punkte aus dem Antrag.

A-62; SP Frauen * Schweiz

Forderung: *Modifizierung der zweiten Forderung*

Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben. Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung. Teilzeitarbeit soll zudem in den Sozialwerken besser abgegolten werden, vor allem in der 2. Säule. Das AHV-Gesetz sieht bereits heute Betreuungsgutschriften vor. Die Ausweitung und Erhöhung der so genannten Betreuungsgutschriften in der 2. Säule soll für geleistete Care-Arbeit erwogen werden, beispielsweise analog dem System der Kinderzulagen.

Begründung: *Gemäss „Manifest für einen konsequent feministische SP“, welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung ist bereits in der modifizierten Stossrichtung aufgenommen

- Die Erfassung der Arbeitszeit muss in allen Branchen die Regel bleiben. Ohne Arbeitszeiterfassung gibt es keinen wirksamen Schutz für die Angestellten. Nur in begründeten Ausnahmefällen soll ein Verzicht auf Arbeitszeiterfassung möglich sein. Generell darf das Arbeitsgesetz nicht unter dem Stichwort der «Flexibilisierung» immer weiter ausgehöhlt und mit Ausnahmeregelungen durchlöchert werden.

A-63; QV Gundeldingen Bruderholz

Forderung: Streichen

Der Satz „Nur in begründeten Ausnahmefällen soll ein Verzicht auf Arbeitszeiterfassung möglich sein« ist zu streichen.

Begründung: Die SP macht differenzierte Politik. Es versteht sich daher von selbst, dass begründete Ausnahmen in einzelnen Sachfragen möglich sind. Dies muss in einem Grundsatzpapier nicht besonders hervorgehoben werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Annahme des nachfolgenden Antrags A-64, der das Anliegen aufnimmt.

A-64; QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Forderung: Zusätzlichen Forderungspunkt

→ Bei Punkt 3 sollte der letzte Satz in einem zusätzlichen Forderungspunkt Platz finden.

- Generell darf das Arbeitsgesetz nicht unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ immer weiter ausgehöhlt und mit Ausnahmeregelungen durchlöchert werden.

Begründung: Ausnahmeregelungen bei der Erfassung der Arbeitszeit und im Arbeitsgesetz sind in verschiedenen Punkten zu fordern, da sonst Verwirrung herrscht, wie die Forderung interpretiert werden soll.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Arbeitszeiten müssen familienfreundlich gestaltet werden: Die Planbarkeit der Arbeitseinsätze muss für Angestellte mit Familienaufgaben gewährleistet sein. Arbeitspläne müssen deshalb mindestens vier Wochen im Voraus mitgeteilt werden. Kurzfristige Änderungen und Arbeitseinsätze dürfen nur im äussersten betrieblichen Notfall und mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent erfolgen.

A-65; SP Sektion Stadt Schaffhausen

Forderung: Zweiten Satz streichen.

Arbeitszeiten müssen familienfreundlich gestaltet werden: Die Planbarkeit der Arbeitseinsätze muss für Angestellte mit Familienaufgaben gewährleistet sein. ~~Arbeitspläne müssen deshalb mindestens vier Wochen im Voraus mitgeteilt werden. Kurzfristige Änderungen und Arbeitseinsätze dürfen nur im äussersten betrieblichen Notfall und mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent erfolgen.~~

Begründung: Diese Forderung mag für einige Branchen gerechtfertigt und realistisch sein, ist in anderen Branchen aber realitätsfremd und gehört deshalb eher in

einen GAV. In Branchen, die z.B. vom Wetter abhängig sind wie Gastgewerbe oder Landwirtschaft oder in Branchen, wo die Auftragslage schnell wechselt, wäre eine solche Regelung verheerend. Fast die Hälfte der Beschäftigten in der Schweiz arbeiten in KMU mit unter 50 Mitarbeitern. Viele identifizieren sich mit ihrem Arbeitgeber. Eine solche Regelung wäre für viele KMU kaum umzusetzen. Das ist keine Politik für viele statt für wenige.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Es soll klar gestellt werden, dass kurzfristige Änderungen die Ausnahme bleiben und entschädigt werden sollen: *Arbeitszeiten müssen familienfreundlich gestaltet werden: Die Planbarkeit der Arbeitseinsätze muss für Angestellte mit Familienaufgaben gewährleistet sein. Arbeitspläne müssen deshalb mindestens vier Wochen im Voraus frühzeitig mitgeteilt werden. Kurzfristige Änderungen und Arbeitseinsätze dürfen nur im äussersten betrieblichen Notfall und mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent erfolgen.*

- Einführung eines bezahlten Urlaubes («Sabbatical»), das an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Dieser Urlaub dauert maximal 12 Monate und kann flexibel bezogen werden, ab 25 Jahren bis zum ordentlichen Rentenalter. Die Entschädigung entspricht der Höhe des Existenzminimums.

A-66; Sektion Muri-Gümligen

Forderung: Umformulieren

„Dieser Urlaub dauert maximal 6 Monate und muss am Stück bezogen werden, ab 25 Jahren bis zum ordentlichen Rentenalter.“

Begründung: Ein „Sabbatical“ von 12 Monaten ist volkswirtschaftlich gesehen kaum finanzierbar und bietet als Forderung den politischen Gegnern der SP zu viel Angriffsfläche. Wir fordern deshalb eine Reduktion auf höchstens 6 Monate. Zudem soll diese „Auszeit“ am Stück bezogen werden, damit der Arbeitgeber eine höhere Planungssicherheit erhält. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Arbeitnehmende über mehrere Jahre in Kombination mit den regulären Ferien unberechenbare Auszeiten von jeweils bis zu zwei Monaten oder länger nehmen könnten. Dies würde insbesondere KMU vor grosse organisatorische und wirtschaftliche Schwierigkeiten stellen.

A-67; SP Sektion Stadt Schaffhausen

Forderung: Ganzen Punkt streichen.

~~Einführung eines bezahlten Urlaubes («Sabbatical»), das an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Dieser Urlaub dauert maximal 12 Monate und kann flexibel bezogen werden, ab 25 Jahren bis zum ordentlichen Rentenalter. Die Entschädigung entspricht der Höhe des Existenzminimums.~~

Begründung: Ein Sabbatical für alle wäre zwar schön, gerade aber für kleine Unternehmen ein grosses Problem. Etwa ein Viertel aller Beschäftigten arbeiten in Firmen mit weniger als 10 Mitarbeitern. Was macht so eine Firma, wenn gleich mehrere Angestellte ihr Sabbatical einfordern? Wer würde die „Guthaben“ an Sabbaticaltagen administrieren, wenn ein Arbeitnehmer in seiner Karriere häufig den Arbeitgeber wechselt? Welcher Arbeitgeber würde einen älteren Arbeitnehmer anstellen, der sein Sabbatical noch nicht bezogen und deshalb noch zu Gute hat?

A-68; Sektion Surbtal

Forderung: streichen

Begründung: Sabbaticals sollen im Laufe eines langen Berufslebens möglich sein. Wenn sie jedoch zu Lasten eines Arbeitgebers gehen, müssen sie auch an Bedingungen – vorzugsweise im Zusammenhang mit Weiterbildung und damit zur Sicherung der arbeitsmarktlichen Fitness – geknüpft werden, so wie dies an Hochschulen geregelt ist. Ansonsten ist eine Finanzierung durch den Arbeitgeber nicht nachvollziehbar.

Entscheid der Geschäftsleitung zu A-66 - A-68: Ablehnung

Begründung: Die SP war schon immer die Partei der Arbeitenden und Verteidigerin von würdigen Arbeitsbedingungen. In diesem Papier stellt die SP fest, dass die Produktivität seit vielen Jahren laufend zunimmt und die von den Unternehmen gemachten Gewinne nicht genügend an die Arbeitenden weitergegeben wurden. Andererseits findet man im Rahmen der aktuellen Sozialversicherungen kaum Lösungen für die Zunahme der psychosozialen Risiken aufgrund von Stress und Arbeitsdruck. Die Geschäftsleitung ist deshalb der Ansicht, dass es konkrete Antworten auf diese Probleme braucht. Ein bedingungsloses Sabbatical bietet den Arbeitenden die Möglichkeit, wieder einmal andere Aspekte als die Arbeit ins Zentrum ihrer Lebensfragen zu stellen, ohne sich um ihre finanzielle Sicherheit kümmern zu müssen.

Die Dauer des Sabbaticals hält die Geschäftsleitung für eher bescheiden. Bei einer Karriere von 39 bis 40 Jahren stellen 12 Monate Sabbatical nur etwas mehr als eine Ferienwoche pro Jahr zusätzlich dar. Wir erinnern hier daran, dass die SP Schweiz die Volksinitiative für die Einführung von sechs Wochen Ferien pro Jahr unterstützt hatte.

Und schliesslich ist die Flexibilität wichtig, denn die Menschen verfolgen nicht mehr eine lineare Karriere. Das Leben umfasst Phasen des Infragestellens, der Unsicherheit oder auch der Neuorientierung. Die Menschen müssen über die nötige Zeit verfügen können um darüber nachzudenken und ihre verschiedenen Lebenspläne umsetzen zu können. Den Rahmen für das Sabbatical derart eng zu stecken, würde diesem Bedürfnis nicht entsprechen.

A-69; QV Gundeldingen Bruderholz

Forderung: Teilsatz streichen

Der Teilsatz „...das an keinerlei Bedingungen geknüpft ist» ist zu streichen.

Begründung: Ein Sabbatical muss an Bedingungen geknüpft sein. Andernfalls könnte man sich schon bereits am ersten Arbeitstag in den 12 monatigen Sabbatical verabschieden. Das wäre schlichtweg unpraktikabel und realitätsfremd.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Psychosoziale Risiken müssen bei den Sozialversicherungen ebenfalls berücksichtigt werden. Burnout, Depression und andere stressbedingte Erkrankungen sollen als Berufskrankheiten anerkannt werden.

A-70; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Streichen, respektive umformuliere

~~Psychosoziale Risiken müssen bei den Sozialversicherungen ebenfalls berücksichtigt werden. Burnout, Depression und andere stressbedingte Erkrankungen sollen als Berufskrankheiten anerkannt werden. Neu: Psychosomatische Erkrankungen müssen bei den Sozialversicherungen ebenfalls berücksichtigt, respektive als Berufskrankheiten anerkannt werden.~~

Begründung: Die Aussage ist wie sie jetzt drin steht falsch. Erstens ist Depression keine stressbedingte Erkrankung. Zweitens ist Burnout (noch) nicht als Erkrankung anerkannt worden. Hier geht es auch nicht um Psychosoziale Risiken, sondern um psychosomatische Erkrankungen. Risiken können zudem nicht als Krankheit anerkannt werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Ausdruck „psychosoziale Risiken“ ist ein geläufiger und offizieller Ausdruck (<https://www.seco.admin.ch/seco/fr/home/Arbeit/Arbeitsbedingungen/gesundheitschutz-am-arbeitsplatz/Psychosoziale-Risiken-am-Arbeitsplatz.html>). Er bezeichnet gesundheitliche Risiken wie Stress, Burnout oder Beeinträchtigung der persönlichen Integrität. Diese können auf schlechte Arbeitsbedingungen oder ein ungesundes soziales Arbeitsumfeld zurückzuführen sein. Der Ausdruck ist umfassender als der Begriff «psychosomatische Risiken», der nur Krankheiten umfasst, deren physische Symptome zum Beispiel ein Organ betreffen und deren Ursachen emotional sind. Und schliesslich kann eine Depression namentlich durch Stress hervorgerufen werden.

- Die SP fordert sechs Wochen bezahlte Ferien für alle.

A-71; Sektion Surbtal

Forderung: streichen

Begründung: Im März 2012 wurde die entsprechende Initiative an der Urne mit 66.5% versenkt. Im Gegensatz zu Forderungen wie 1:12 und Mindestlohn fehlen bei dieser Idee, wie sich auch in der damaligen Abstimmungskampagne zeigte, schlicht die plausiblen Argumente.

Man braucht kein Verfechter des Kapitalismus zu sein um zu realisieren, dass auch diese Forderung die KMU hart treffen würde und besonders in Kombination mit dem restlichen Forderungskatalog manchen die Existenzgrundlage entzöge. Die Summe des in unserem Papier vorgeschlagenen Forderungskatalogs rechnet sich mit:

- 7 Wochenstunden pro Mitarbeitenden
- einem möglichen Sabbatical von maximal 12 Monaten
- einer bis zwei zusätzlichen Ferienwochen
- Lohnzuschlägen bei relativ kurzfristigen Änderungen der Arbeitszeiten zu einem Produktivitätsverlust von 30 – 35% bei höheren Lohnkosten.

Wer jemals selbständig war und/oder eine kleine Firma geführt hat, weiss, dass das nicht funktioniert.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Siehe Begründung weiter oben: Die SP war immer die Partei der Arbeitenden und Verteidigerin von würdigen Arbeitsbedingungen. In diesem Papier stellt die SP fest, dass die Produktivität seit vielen Jahren laufend zunimmt und die von den Unternehmen gemachten Gewinne nicht genügend an die Arbeitenden weitergegeben wurden.

A-72; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 3.1. ergänzen mit klaren Forderungen zur Temporärarbeit: mengenmässige Beschränkung (max. 10% der festangestellten Arbeitnehmer), längere Kündigungsfristen, verbindliche minimale Arbeitszeiten pro Tag und Woche.

Begründung: Personalverleih: Es fehlt die Problematik der Temporären. Die Temporärarbeit ist trotz einiger gesetzlicher und gesamtarbeitsvertraglicher Regelungen eine sehr weit verbreitete Form von prekärer Arbeit (ca. 365000 Arbeitnehmende mit 6,6 Mia. Fr. Lohnsumme, Tendenz zunehmend). Für diese Form der Arbeit braucht es einige klare Forderungen: mengenmässige Beschränkung (max. 10% der Belegschaft), längere Kündigungsfristen, verbindliche minimale Arbeitszeiten pro Tag und Woche.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-73; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 3.1. ergänzen mit der Forderung nach einem Verbot von Arbeit auf Abruf.

Begründung: Arbeit auf Abruf ist eine sehr prekäre Arbeitsform und unmenschlich: Wir müssen fordern, dass Arbeit auf Abruf zu verbieten ist.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Ein generelles Verbot von Arbeit auf Abruf ist zu absolut. Die GL schlägt folgende Formulierung vor: Arbeit auf Abruf kann nicht ein generelles Arbeitszeitmodell sein, das einen grösseren Teil der Arbeitszeit betrifft. Arbeit auf Abruf muss die Ausnahme sein, entsprechend geregelt und zusätzlich entschädigt werden.

A-74; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 3.1. ergänzen mit einer Forderung der Beschränkung der maximalen Arbeitszeiten und Erreichbarzeiten.

Begründung: Erreichbarkeit/ Überstunden: Überstunden haben ein unhaltbares Ausmass angenommen und von den Arbeitnehmenden wird eine Erreichbarkeit rund um die Uhr erwartet. Das ist für die sozialen Beziehungen und die Gesundheit schädlich. Forderung nach einer gesetzlichen Regelung, die die Arbeits- und vor allem die Erreichbarzeiten beschränkt muss ins Programm aufgenommen werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung ist in der anschliessenden Stossrichtung bereits enthalten.

A-75; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Ergänzung in einem weiteren Punkt

Neuer Punkt: Teilzeitarbeit in Verwaltung und Unternehmen soll insbesondere bis ins hohe Kader von Bund und Kantonen gefördert werden. Mit Job- und Topsharing-Angeboten erhalten Arbeitnehmende die Möglichkeit, Familie, Freizeit und Beruf zu vereinbaren, ohne dabei an eine Gläserne Decke zu geraten. Unternehmen profitieren von doppelter Kompetenz in allen Positionen.

Begründung: Teilzeitarbeit in höheren Positionen ist heute kaum möglich. Insbesondere Eltern haben Schwierigkeiten, entsprechend ihrer Fähigkeiten Beruf und Familie zu vereinbaren.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Diese Forderung ist bereits erfüllt, Beschäftigte sollen das Recht haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Eine besondere Förderung für Kader von Bund und Kantonen möchte die GL nicht unterstützen.

A-76; SP Baselland

Forderung: Ergänzung mit neuem Punkt:

«Ein Nachteilsausgleich soll für Menschen zur Anwendung kommen, die – aus Gründen für die sie nicht verantwortlich sind – Mühe haben, trotz entsprechender Qualifikation eine Stelle zu finden. Dabei sollen Unternehmen, die durch das Einstellen von Personen mit chronischen Erkrankungen, mit Teil-Invalidität oder anderen Handicaps ein höheres Risiko tragen, finanziell unterstützt werden.»

Begründung: Für die betroffenen Menschen bedeutet dies, dass sie ihr Leben selbst gestalten und zumindest teilweise auch selbst finanzieren können. Die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe der Gemeinden können dadurch entlastet werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Formulierung „Nachteilsausgleich“ ist zu unpräzise formuliert. Die SP unterstützt die bestehenden Integrationsmassnahmen für Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Teil-Invalidität. Weitergehende Forderungen sollen im Zusammenhang mit unseren Positionsbezügen im Bereich der Sozialversicherungen erarbeitet werden.

3.1.3 Mitbestimmung stärken

Vielfach missbrauchen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Digitalisierung und Plattformökonomie als Vorwand, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Das ist unfair. Es braucht neue Lösungen für den Sozialversicherungsbereich und das Arbeitsrecht, welche die gesetzlichen Lücken schliessen, die sich durch die neuen digitalen Arbeitsformen auf-tun. Die Sozialpartnerschaft soll gestärkt werden, und es braucht Gesamtarbeitsverträge in allen Branchen. Für die wachsende Gruppe der digitalen Einzelunternehmen und der digitalen Scheinselbständigen (Crowd-Worker und Clickarbeiter) müssen neue Arbeitsmodelle und Mechanismen der sozialen Sicherheit entwickelt werden. Diejenigen, die über die digitale Maschinerie verfügen, können die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit weiter zu ihren Gunsten verschieben. Ohne regulierende Eingriffe befördert die digitale Transformation die Entsicherung, Entkollektivierung und Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft. Es braucht deshalb hinaus substantielle Mitbestimmungsrechte der Belegschaften auf Unternehmensebene, wo die wichtigen strategischen Entscheide gefällt werden. Wir brauchen Minimalstandards in Branchen ohne oder mit nur schwacher ge-

werkschaftlicher Interessenvertretung (Gastronomie, Reinigungssektor, Detailhandel, Pflege) und einen besseren Kündigungsschutz vor allem für ältere Mitarbeitende. Der Arbeitsschutz soll auch diejenigen Menschen einbeziehen, die als externe Auftragnehmer_innen und auf Abruf tätig sind.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Hürde für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen muss gesenkt werden. Kommt in einer Branche kein Gesamtarbeitsvertrag zustande, muss schneller als heute ein Normalarbeitsvertrag mit bindenden Mindestlöhnen in Kraft treten.
- Substanzielle Mitbestimmungsrechte der Angestellten in den Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit, einer gerechten Gewinnbeteiligung und besseren Arbeitsbedingungen.
- Sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch bei den Gesamtarbeitsverträgen fordern wir einen Ausbau und eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Die Mitbestimmung muss in allen Sektoren und Branchen ausgebaut werden (siehe auch Fazit Mitbestimmungs-Tagung⁴⁸).

A-77; SP Baselland

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: 3.1 Gute Arbeit für alle / 3.1.3 Mitbestimmung stärken (S. 36)

Forderung: Umformulierung und Ergänzung von Punkt 3:

*«Sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch bei den Gesamtarbeitsverträgen fordern wir einen Ausbau und eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung **in allen Sektoren und Branchen** (siehe auch Fazit Mitbestimmungs-Tagung). ~~Die Mitbestimmung muss in allen Sektoren und Branchen ausgebaut werden.~~ **Es muss sichergestellt werden, dass ein Teil der jährlichen Unternehmensgewinne in Form von Anteilen an die Angestellten ausgeschüttet wird. Über diese Anteile können Angestellte demokratisch Einfluss nehmen auf ihr Unternehmen. Mögliche Dividenden werden zum Aufkauf weiterer Anteile verwendet.**»*

Begründung: Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eines unserer Kernanliegen. Hier müssen konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, ein Verweis auf ein anderes Papier reicht nicht.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

⁴⁸ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/fazit_fachtagung_mitbestimmung_von_sp_und_sgb_maerz_2018_0.pdf

A-78; SP60+

Forderung: *Zusätzlicher Punkt: In Verwaltungsräten müssen mindestens die Hälfte der Mitglieder Arbeitnehmende oder Vertretungen von Arbeitnehmenden sein.*

Begründung: *Die Arbeit ist entscheidend, ob das Unternehmen floriert oder nicht. Also sollen diejenigen, die Arbeit liefern, in strategischen Fragen auch effektiv mitentscheiden.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Ergänzung von Punkt 3 mit folgendem Satz: In Verwaltungsräten ist die Zahl der Mitarbeitenden oder Vertretungen von Mitarbeitenden zu erhöhen.

- Bei einem geplanten Verkauf beziehungsweise bei der Schliessung eines KMU sollen die Angestellten ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten. Ein staatlicher Zukunftsfonds soll ihnen dabei eine Übergangsförderung gewähren, um eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (beispielsweise als Genossenschaft) zu ermöglichen.

A-79; Sektion Surbtal

Forderung: *ergänzen*

Zusatz: *Bei spekulationsbedingter und nicht zwingender Schliessung eines Betriebs sollen dabei Enteignungen zugunsten der Belegschaft möglich sein.*

Begründung: *In der Vergangenheit wurden Firmen infolge missglückter Spekulation oder Missmanagement im Mutterkonzern trotz gutem Geschäftsgang geschlossen. Als Beispiel wurde ein Zürcher Unterländer Küchenbauer trotz voller Auftragsbücher und positivem Geschäftsgang aufgegeben, nachdem der Deutsch-/Kroatische Mutterkonzern an die Wand gefahren wurde. Diese unnötige Schliessung setzte 70 Mitarbeitende auf die Strasse.*

In solchen Fällen muss es der Belegschaft ermöglicht werden, die Bilanz zu übernehmen und die Geschäfte - gegebenenfalls mit der Unterstützung durch eine Aufgangsgesellschaft - weiter zu führen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL unterstützt das Anliegen dieses Antrags im Grundsatz, wonach bei einer spekulationsbedingten und nicht zwingenden Schliessung eines Unternehmens der Belegschaft ermöglicht werden muss, das Unternehmen nachhaltig weiterzuführen. Die im Arbeitspapier gewählte Formulierung eines Vorkaufsrechts und einer Übergangsförderung bietet dafür Gewähr. Durch die Überführung des Unternehmens in eine Genossenschaft kann das Unternehmen dabei in die Hände der Belegschaft gelegt werden, um dieses nachhaltig weiterführen zu können. Der Antrag sorgt für Interpretationsbedarf: Wie würde man spekulationsbedingte und nicht zwingende Schliessungen genau definieren?

- Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten sowie Arbeit auf Abruf müssen klaren Bedingungen unterworfen sein und zusätzlich entschädigt werden.
- Wir wollen die gesetzlichen Lücken bei der Erwerbsarbeit zu Hause schliessen. Auch im Homeoffice braucht es klare Regeln über Haftungsfragen, Ergonomie, Datenschutz sowie Bereitstellung von Material.
- Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Solche Plattformen müssen deshalb verbindlich reguliert und eindeutig als Arbeitgeber behandelt werden. Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der Sozialabgaben beteiligt werden. Zusätzlich braucht es eine stärkere staatliche Aufsicht sowie verbesserte Möglichkeiten für die Gewerkschaften, gegen Missbräuche rechtlich vorzugehen.
- Die permanente Erreichbarkeit von Beschäftigten steht im Widerspruch zu zwingenden Vorgaben des Arbeitsschutzrechts (etwa zur täglichen Höchstarbeitszeit). Dieser Widerspruch lässt sich durch ein «Recht auf Nichterreichbarkeit» auflösen. Für dessen Umsetzung müssen Arbeitgeber_innen im Rahmen einer Rechenschaftspflicht verantwortlich gemacht werden.
- Der Sonntag darf nicht zu einem normalen Werktag werden. Weitere Deregulierungsversuche wird die SP konsequent bekämpfen.

A-80; SP Winterthur

Forderung: Umstrukturierung und neues Kapitel 3.1.4

(Text verschieben in neues Kapitel 3.1.4 „Arbeitsbedingungen schützen“

Vielfach missbrauchen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Digitalisierung und Plattformökonomie als Vorwand, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Das ist unfair. Es braucht neue Lösungen für den Sozialversicherungsbereich und das Arbeitsrecht, welche die gesetzlichen Lücken schliessen, die sich durch die neuen digitalen Arbeitsformen auftun. Die Sozialpartnerschaft soll gestärkt werden, und es braucht Gesamtarbeitsverträge in allen Branchen. Für die wachsende Gruppe der digitalen Einzelunternehmen und der digitalen Scheinselbständigen (Crowd-Worker und Clickarbeiter) müssen neue Arbeitsmodelle und Mechanismen der sozialen Sicherheit entwickelt werden. Diejenigen, die über die digitale Maschinerie verfügen, können die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit weiter zu ihren Gunsten verschieben. Ohne regulierende Eingriffe befördert die digitale Transformation die Entsicherung, Entkollektivierung und Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft.

☆ **Neuen Titel einfügen 3.1.4. Arbeitsbedingungen schützen**

Hierhin wollen wir oben markierten Teil der Einleitung sowie diese folgenden fünf Forderungen verschieben, die bisher unter "Mitbestimmung stärken" aufgeführt wurden:

- *Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten sowie Arbeit auf Abruf müssen klaren Bedingungen unterworfen sein und zusätzlich entschädigt werden.*
- *Wir wollen die gesetzlichen Lücken bei der Erwerbsarbeit zu Hause schliessen. Auch im Homeoffice braucht es klare Regeln über Haftungsfragen, Ergonomie, Datenschutz sowie Bereitstellung von Material.*
- *Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Solche Plattformen müssen deshalb verbindlich reguliert und eindeutig als Arbeitgeber behandelt werden. Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der Sozialabgaben beteiligt werden. Zusätzlich braucht es eine stärkere staatliche Aufsicht sowie verbesserte Möglichkeiten für die Gewerkschaften, gegen Missbräuche rechtlich vorzugehen.*
- *Die permanente Erreichbarkeit von Beschäftigten steht im Widerspruch zu zwingenden Vorgaben des Arbeitsschutzrechts (etwa zur täglichen Höchstarbeitszeit). Dieser Widerspruch lässt sich durch ein «Recht auf Nichterreichbarkeit» auflösen. Für dessen Umsetzung müssen Arbeitgeber_innen im Rahmen einer Rechenschaftspflicht verantwortlich gemacht werden.*
- *Der Sonntag darf nicht zu einem normalen Werktag werden. Weitere Deregulierungsversuche wird die SP konsequent bekämpfen.*

Begründung: *Der Text ist ein Chaos und redaktionell unfertig, die Inhalte sind vermischt und wir wollen ihn sauber aufteilen.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: ~~Streichung des letzten Satzes im Einleitungstext: Ohne regulierende Eingriffe befördert die digitale Transformation die Entsicherung, Entkollektivierung und Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft. Diese Zusammenhänge wurden im Analyseteil ausführlich dargestellt.~~

3.1.4 Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV)

Wir wissen heute nicht, wie viele Arbeitsplätze verschwinden werden, wenn die grossen Versprechungen der digitalen Wirtschaft wahr werden. Und wir wissen nicht, ob es auch in Zukunft genügend Erwerbsmöglichkeiten für alle geben wird. Auch deshalb braucht es soziale Auffangnetze. Zur sozialen Sicherheit gehören alle Maßnahmen, die Menschen finanziell vor Lebensrisiken schützen und verhindern, dass sie in Armut geraten. Sie setzt sich zusammen aus der Alters- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung (AHV und IV), der beruflichen Vorsorge, der Krankenversicherung, der Erwerbsersatzordnung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe. Trotz der grossen Zahl von Sozialversicherungen ist das soziale Netz in der Schweiz nicht durchgängig. Es ist kompliziert und verzettelt. Oftmals werden die Betroffenen aufgrund von Bürokratie und Willkür zwischen den Versicherungen hin- und hergeschoben. Durch unnötigen administrativen Aufwand und juristisches Pingpong entstehen hohe Kosten. Für die Betroffenen wird es noch schwieriger, die Sicherung ihrer Existenz wieder in die eigene Hand zu nehmen. Selbstän-

dige und Crowdworker sind besonders schlecht gegen Verdienstauffälle abgesichert. Bei der kantonal organisierten Sozialhilfe ist es zudem in den letzten Jahren zunehmend zu einem «Wettbewerb» auf Kosten der Schwächsten gekommen. Das zynische Kalkül dahinter: Wer tiefere Sozialhilfeansätze bietet, muss weniger Arme versorgen.

Dabei ist der Auftrag der Sozialversicherungen eigentlich simpel. Wer unverschuldet nicht für die eigene Existenz aufkommen kann, soll ein Ersatzehkommen und Hilfe beim Wiedereinstieg erhalten.

A-81; QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Forderung: umformulieren

→ Sie setzt sich zusammen aus der Alters- und Hinterlassenenversicherung/Invalidenversicherung, der beruflichen Vorsorge, der Krankenversicherung, der Erwerbsersatzordnung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe.

Begründung: Es gibt keine Alters- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung. Wir sollten die AHV/IV so nennen, wie sie auch wirklich heissen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme (es handelt sich vermutlich um einen Übersetzungsfehler)

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert ein neues System der sozialen Sicherung: ALV, EO, UV und Sozialhilfe sollen in einer Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) vereint werden, die über Lohnprozente (mit mindestens 50 Prozent Arbeitgeberanteil) und Steuern finanziert wird. Viele Probleme des heutigen Sozialsystems (Versicherungslücken, Bürokratie, Stress für die Betroffenen) werden damit verbessert. Auch für die Unternehmen ermöglicht die AEV eine massive administrative Entlastung.

A-82; Sektion Muri-Gümligen

Forderung: Ergänzen

„Die SP fordert ein neues System der sozialen Sicherung: AHV, IV, ALV, EO, UV und Sozialhilfe sollen in einer Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) vereint werden, die über Lohnprozente (mit mindestens 50 Prozent Arbeitgeberanteil) und Steuern finanziert wird.“

Begründung: Uns wird nicht schlüssig ersichtlich, warum bei diesem neuen Gefäss der „AEV“ die AHV und IV ausgeklammert wurde. Im Fliesstext unter 3.1.4 werden die beiden Sozialversicherungen AHV und IV in einem Atemzug mit den anderen Sozialversicherungen erwähnt, mit dem Hinweis, dass durch die grosse Anzahl von Sozialversicherungen eine Verzettelung stattfindet. Konsequenterweise müssten deshalb die AHV und IV ebenfalls Teil dieser neuen „AEV“ sein.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

„Die SP fordert ein neues System der sozialen Sicherung: IV, ALV, EO, UV, Krankentaggeldversicherung und Sozialhilfe sollen in einer Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) vereint werden [...]“

Begründung: Die AHV ist keine allgemeine Versicherung zur Deckung des Einkommens. Wie ihr Name schon sagt, handelt es sich um eine Altersversicherung. Sie kommt nicht wegen Arbeitsunfähigkeit zum Tragen, sondern aufgrund des endgültigen Endes des Berufslebens.

- Zusätzlich übernimmt die AEV die Funktion einer Krankentaggeldversicherung bis zu zwei Jahren Krankheitsdauer.
- Die AEV finanziert berufliche Weiterbildung für Arbeitslose und hilft beim (Wieder-)Einstieg in die Erwerbsarbeit.
- Für ältere Langzeitarbeitslose ermöglicht die AEV einen angemessenen Übergang in die Frühpension ohne Rentenverluste.

A-83; SP60+

Forderung: *zusätzlicher Punkt: Für ältere Arbeitnehmende (50+) wird ein Spezialfonds eingerichtet, der bei Verlust der Arbeitsstelle eine mindestens 5-jährige 80%ige Lohnfortzahlung sowie die Fortzahlung der Vorsorge-Beiträge übernimmt. Finanziert wird der Fonds durch Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Quote an 50+..*

Begründung: *Ältere Arbeitnehmende werden diskriminiert. Durch den Finanzierungs-Modus (Fonds) werden die Unternehmen in die Pflicht genommen und motiviert, 50+ (weiter) zu beschäftigen. Überdies werden die öffentlichen Haushalte weniger belastet.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Das Präsidium der SP Schweiz hat 2015 ein Positionspapier verabschiedet, das die Einführung von Überbrückungsrenten nach dem Waadtländer Modell fordert. Wir beantragen, diesen Vorschlag wieder aufzunehmen, der klarer und gerechter ist: «Ausserdem fordert die SP für Personen, die in den letzten 4 Jahren vor dem ordentlichen Pensionierungsalter keine Stelle mehr gefunden und kein Anrecht mehr auf Arbeitslosengelder haben, die Einführung einer Überbrückungsrente auf nationaler Ebene. So können sie den Übergang in die Pensionierung ohne Verschlechterung ihrer AHV-Rente vorbereiten. Daneben profitieren die betroffenen Personen von garantierten Leistungen und sind nicht gezwungen, ihr Vorsorgekapital aufzubreuchen oder am Ende ihrer Berufskarriere Sozialhilfe zu beziehen.»

- Der Mutterschaftsurlaub (bisher finanziert durch die EO) soll durch eine von der AEV finanzierte Elternzeit von wenigstens 24 Wochen ersetzt werden. Sowohl Mutter als auch Vater sind dazu verpflichtet, je mindestens 8 Wochen davon zu nutzen.

A-84; SP Frauen * Schweiz

Forderung: Anpassung zweitletzter Bulletpoint, «Mutterschaftsurlaub»

Im Wirtschaftskonzept der SP Schweiz soll eine Elternzeit von insgesamt 36 Wochen (inklusive Adoptionsurlaub), welche von beiden Elternteilen zu je 18 Wochen bezogen werden können, verankert werden.

Begründung: Die Geburt eines Kindes ist ein grosser Schritt. Für einen gelungenen Start braucht es präsente Eltern. Deswegen braucht es eine Elternzeit für alle. Es braucht eine Elternzeit für alle und nicht nur für die, welche sich einen unbezahlten Urlaub leisten können. Heute wollen beide Elternteile von Beginn an Verantwortung übernehmen. Bedingung dafür ist, dass die notwendigen zeitlichen Freiräume zur Verfügung stehen.

*Die SP Frauen * Schweiz setzen sich für eine zeitgemässe Elternzeit ein. So können Paare frei wählen, wie sie ihr Familienleben gestalten, ohne sich nach überholten Rollenbildern und gesetzlichen Zwängen richten zu müssen. Deswegen soll im Wirtschaftskonzept der SP Schweiz eine Elternzeit von insgesamt 36 Wochen, welche zu je 18 Wochen bezogen werden können, verankert werden.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung räumt ein, dass die Formulierung nicht klar ist. Die SP folgt dem Modell der EKFF/COFF, das einen Elternurlaub von 38 Wochen vorsieht, wovon 14 Wochen für die Mutter reserviert sind (gemäss ILO-Übereinkommen 183) und 8 Wochen für den Vater. Deshalb schlagen wir vor, den Antrag folgendermassen neu zu formulieren: „Der Mutterschaftsurlaub (bisher finanziert durch die EO) soll durch eine von der AEV finanzierte Elternzeit von wenigstens ~~24~~ 38 Wochen ersetzt werden. Sowohl Mutter als auch Vater sind dazu verpflichtet, je mindestens ~~8~~ 14 Wochen davon zu nutzen.“

- Bei der medizinischen Grundversicherung ist die unsoziale und wirtschaftlich unsinnige Kopfprämie mittelfristig durch ein System einkommensabhängiger Beiträge zu ersetzen. Um die Prämienlast möglichst schnell zu mildern, braucht es zunächst eine Beschränkung der Ausgaben für die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens.

A-85; SP60+

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: Kapitel 3.1.4., zusätzlicher Punkt auf Seite 37

Forderung: Zusätzlicher Punkt: Die AHV-Rente soll künftig für Alle CHF 4000 betragen (Stand 2019, indexiert gem. AHV-Mischindex).

Begründung: Der Verfassungsauftrag der Existenzsicherung ist endlich zu erfüllen. Es ist eine Verlagerung vom individualistischen Casino-System der 2. Säule zur sozialen ersten Säule vorzunehmen sowie neue Finanzierungsquellen zu erschließen (SNB, Dividenden).

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten von Antrag SP Frauen* im Kapitel 3.3.5

Begründung : Es macht keinen Sinn, einen fixen Betrag festzulegen. Der Grundsatz muss verteidigt werden.

3.1.5 Löhne und Arbeitsbedingungen sichern

Führt Globalisierung zu tieferen Löhnen? Nicht, wenn wir unsere Löhne und Arbeitsrechte konsequent schützen. Die Schweiz hat bewiesen, dass dies möglich ist – und zwar in den Beziehungen mit der EU, mit der wir einen freien Austausch der Arbeitskräfte vereinbart haben. Diese Personenfreizügigkeit erlaubt es auch den Schweizer_innen, Arbeit in ganz Europa anzunehmen. Das ist gerade für junge Menschen ein wichtiges Freiheitsrecht. Gleichzeitig hilft die Personenfreizügigkeit den hiesigen Unternehmen, genügend geeignete Arbeitskräfte zu finden. Freilich müssen flankierende Massnahmen dafür sorgen, dass Zuwanderinnen und Grenzgänger die inländischen Lohnabhängigen und Unternehmen unterstützen, nicht verdrängen. Der Schutz von inländischen Löhnen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit ist zentral. Die flankierenden Massnahmen müssen griffig sein, damit Schweizer Löhne nicht unterboten und Arbeitszeiten nicht ausgedehnt werden. Besonders anfällig für Lohndumping sind die Grenzregionen. Gerade dort müssen die Kontrollen ausgebaut und die Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen verschärft werden. Der Arbeitslosenvorrang ist konsequent umzusetzen. Dem Fachkräftemangel muss mit einem Ausbau des Bildungssystems begegnet werden und nicht durch das Ausschreiben der Stellen im Ausland. Insbesondere die Frauen und die in der Schweiz wohnhaften Zugewanderten sollen durch gezielte Programme stärker an der Erwerbsarbeit beteiligt werden. Es braucht zudem zusätzliche Massnahmen zum Schutz bezahlbarer Mieten sowie eine griffige Raumplanung für eine intakte Umwelt.

A-86; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, erster Satz

«Führen Globalisierung und Digitalisierung zu tieferen Löhnen und zum Verlust an Arbeitsplätzen? Nicht, wenn wir...»

Begründung: Digitalisierung und Globalisierung gehen Hand in Hand.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Folgen der Digitalisierung werden in anderen Abschnitten detaillierter besprochen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Gesamtarbeitsverträge sind das Rückgrat guter Schweizer Löhne und guter Schweizer Arbeitsbedingungen. Ihre Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss erleichtert und ihre Durchsetzung durch vermehrte Kontrollen gewährleistet werden. Die Bussen müssen den durch Lohndumping erzielten Gewinn deutlich übersteigen. Die Hauptunternehmen müssen auch für die Verfehlungen ihrer Subunternehmen geradestehen (Solidarhaftung). Besonders wichtig ist der verstärkte Lohnschutz in den Grenzregionen.
- In Branchen und Regionen ohne Gesamtarbeitsverträge müssen die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen und Mindestlöhne festsetzen, falls es wiederholt zu Dumping kommt. Zudem braucht es einen nationalen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde.

A-87; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«...zu Dumping kommt. Verbände müssen die Möglichkeit für Lohn-Sammelklagen haben. Zudem...»

Begründung: Gewerkschaften und Berufsverbände müssen die Möglichkeit haben, bei systematischen Lohnunterschieden und -diskriminierungen, die ganze Gruppen von Arbeitnehmenden betreffen, auch Klagen im Namen dieser Gruppen führen zu können. Dass Einzelne ihre individuelle Diskriminierung beweisen müssen, macht in solchen Fällen keinen Sinn. Das Instrument von Sammel-Lohnklagen würde zudem in GAV-losen Branchen den Druck auf einen GAV-Abschluss respektive auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von bestehenden GAV erhöhen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-88; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer dritter Punkt

«Die digitale Transformation muss von den Sozialpartnern gemeinsam umgesetzt werden. Dabei steht die geplante Qualifikationsentwicklung im Vordergrund, aber auch die Unterstützung für notwendige Arbeitsplatz-Wechsel und wenn nötig die Sicherung fairer Sozialpläne muss gemeinsam gesteuert werden.»

Begründung: Der GAV ist das schweizerische Instrument der partnerschaftlichen Bewältigung von Verteilungsfragen, Technologie- und Strukturwandel. Das Thema Digitalisierung muss darum auch auf der Ebene GAV explizit genannt werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-89; SP Frauen * Schweiz

Forderung: zusätzlicher Bulletpoint: Rechtliche Gleichbehandlung unabhängig vom Zivilstatus

„Eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung ist in der nationalen Gesetzgebung zu verankern.“

Begründung: Die patriarchale Logik einer auf traditionellen Familien-Haushalte ausgerichteten Analyse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens spiegelt sich auch in der Besteuerung und der Rentenberechnung wieder. Ausgehend von der Vorstellung der Frau als ökonomischen Anhängsels des Mannes werden Fraueneinkommen zum „Familieneinkommen“ aufaddiert. Das erhöht die ökonomische Abhängigkeit von Frauen in Paarbeziehungen und führt zu vielen verschiedenen Ungerechtigkeiten. Jede und jeder Erwachsene sollte in Zukunft unabhängig von Zivilstatus und Geschlecht gleichbehandelt werden. Die SP Frauen * Schweiz verlangen deswegen, dass eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung ins Wirtschaftskonzept der SP Schweiz Eingang findet. Die Individualbesteuerung ist die im Moment einfachste Methode, um Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Sie ist zudem zivilstandsunabhängig und für alle Menschen gleich. Der heutige Zweitverdienerabzug ist Ausdruck eines patriarchalischen Systems und dient dazu, Frauen von der Erwerbsarbeit abzuhalten. Zudem sollen die heutigen Kinderabzüge durch Kindergutschriften ersetzt werden, weil durch das heutige System vor allem hohe Einkommen belohnt werden.

Entscheidung der Geschäftsleitung: Annahme

- Die Frauen müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Wiedereinstieg muss erleichtert werden. In typischen Dienstleistungsberufen mit hohem Frauenanteil (Pflege, Betreuung, Erziehung, Verkauf) braucht es flächendeckende GAV.
- Ältere Arbeitende müssen besser vor Entlassungen geschützt werden. Insbesondere darf Arbeitenden über 55 mit mehr als 10 Dienstjahren nicht mehr gekündigt werden, um sie durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen
- Der Arbeitslosenvorrang ist konsequent umzusetzen.
- Alle in der Schweiz ansässigen Migrant_innen haben ein Recht auf Arbeit. Es darf keine Arbeitsverbote aufgrund des Aufenthaltsstatus geben. Ihre (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist gezielt zu fördern.
- Die Schweiz muss ihre Fachkräfte soweit wie möglich selber ausbilden, statt sie im Ausland abzuwerben. Es braucht eine umfassende Ausbildungsoffensive: Insbesondere die Arbeit im Gesundheitswesen und die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe müssen attraktiver werden. Dafür müssen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt und insbesondere Frauen spezifisch gefördert werden.

A-90; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: streichen

Die Schweiz muss ihre Fachkräfte ~~soweit wie möglich~~ selber ausbilden.

Begründung: *Es gibt keinen Grund, weshalb wir in einem Grundsatzpapier die Forderung abschwächen, dass wir die Fachkräfte hier ausbilden. Die Unterstützung von Brain-drain (sei es auch nur teilweise) darf nicht die Haltung der SP sein.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Die SP fordert den Bundesrat auf, Sozialversicherungsabkommen mit allen Ländern auszuhandeln, die in der CH grössere Migrationsgruppen stellen.

A-91; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Neuer Punkt

Die Arbeitgeber müssen zum Gesundheitsschutz und der Prävention – sowohl in somatischen wie auch psychischen Belangen - am Arbeitsplatz verpflichtet werden.

Begründung: *Zu den Arbeitsbedingungen gehört nicht nur der Lohnschutz und diese Bedingungen, sondern auch dass die Gesundheit der Mitarbeitenden gefördert wird.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Statt Arbeitgeber (dieser Begriff wird bewusst vermieden) Unternehmen.

A-92; SP60+

Forderung: *Zusätzlicher Punkt: Der Produktivitätsfortschritt der Unternehmen muss vollumfänglich in Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung den Angestellten zugutekommen.*

Begründung: *Ohne Arbeit ist das Kapital tot. Gewinne sind vorenthaltene Saläre. Anstatt dass Gewinne verteilt werden, müssen die Angestellten vom Produktivitätsfortschritt profitieren.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Diese Forderung ist bereits detailliert und ausführlich in der vorhergehenden Stossrichtung aufgenommen.

A-93; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer Punkt

«Nach einer Temporäranstellung von 1,5 Jahren muss ein Recht auf eine Festanstellung bestehen.»

Begründung: Arbeitnehmende müssen bessere Chance auf eine Festanstellung und somit mehr Sicherheit und Schutz erhalten.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-94; SP Kanton Aargau

Kapitel 3.1.5, «Dafür setzen wir uns ein:», neuer Punkt, Seite 39

Forderung: neu, ergänzen

«Gleichstellung von Vollzeit- und Teilzeitarbeitenden in der Altersvorsorge. Der Koordinationsabzug bei der Pensionskasse soll gestrichen werden. Langfristig soll die AHV ausgebaut und die zweite Säule abgeschafft werden.»

Begründung: Die Arbeitsrealitäten der Menschen haben sich geändert. Die Altersvorsorge muss diesen Realitäten angepasst werden. Mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeitet Teilzeit. Tiefe Einkommen, Teilzeitarbeitende und Personen mit mehreren Arbeitgebern werden in der 2. Säule benachteiligt, weil sie aufgrund des Koordinationsabzugs keine oder nur eine kleine 2. Säule aufbauen können.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der so formulierte Antrag ist widersprüchlich. Einerseits will er den Zugang gewisser Einkommenskategorien zur 2. Säule verbessern, andererseits fordert er die Abschaffung der 2. Säule. Eine Streichung des Koordinationsabzugs in der 2. Säule hätte drei inakzeptable grosse Folgen: Erstens würde sie die 2. Säule massiv aufblähen und das bestehende Gleichgewicht zwischen AHV und 2. Säule in Frage stellen – das scheint uns im Widerspruch zum Ziel der Abschaffung der 2. Säule zu stehen, welches vom Antrag verfolgt wird. Zudem ist dies angesichts der gegenwärtig sehr tiefen Zinssätze auch nicht wünschenswert. Zweitens würde sie die tiefen Einkommen in unverhältnismässiger Weise belasten, was einen grossen Einkommensverlust bedeuten würde. Bezüglich des Preis-Leistungs-Verhältnisses der 2. Säule ist diese Lösung für tiefe Einkommen und Personen, die Teilzeit arbeiten, nicht vorteilhaft. Drittens würden sich angesichts dessen, dass die hohen Einkommen noch mehr in die 2. Säule einzahlen könnten, die Einkommensunterschiede zwischen Reichen und Armen im Pensionsalter massiv verstärken. Die Geschäftsleitung zieht eine Lösung vor, die im Rahmen der Reform der Altersvorsorge 2020 geplant war, wo ein variabler Koordinationsabzug vorgeschlagen worden war. So wären die Teilzeitarbeitenden besser geschützt, ohne dass die hohen Einkommen durch den Koordinationsabzug noch besser gestellt würden: «Gleichstellung

von Vollzeit- und Teilzeitarbeitenden in der Altersvorsorge. Der Koordinationsabzug bei der Pensionskasse soll leicht gesenkt und einkommensabhängig flexibilisiert werden, sodass die Teilzeitarbeitenden einen besseren Zugang zur 2. Säule erhalten, dies ohne dass die hohen Einkommen noch mehr einzahlen dürften, gestrichen werden. Langfristig soll die AHV ausgebaut und ein besseres Gleichgewicht zwischen 1. und 2. Säule erreicht werden. die zweite Säule abgeschafft werden.»

3.2 Pionierhafte Gemeinwerke

3.2.1 Abhängigkeit von fossiler Energie überwinden

Die Schweizer Volkswirtschaft soll ihren Beitrag leisten, um der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Dabei geht es nicht nur um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen: Wir sehen auch ökonomisch eine grosse Chance, denn wir können so Kosten, senken unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern und neue Arbeitsplätze im Cleantech-Sektor schaffen. Bis spätestens 2050 muss die Schweiz klimaneutral sein. Das schaffen wir nur, wenn der Ausstieg aus der Erdöl-, Erdgas- und Kohlewirtschaft entschieden beschleunigt wird. Firmen und Haushalte, die sich hier vorbildlich verhalten, profitieren. Die SP steht für Lenkungsabgaben, die vollumfänglich an Bevölkerung und Firmen zurückverteilt werden, und für Förderabgaben, die den Umstieg erleichtern. Wir sorgen dafür, dass solche Abgaben sozial ausgestaltet werden. Die SP fordert auch Vorgaben für den Schweizer Finanzmarkt, denn dieser ist einer der grössten der Welt. Er muss auf das Ziel der Klimaneutralität verpflichtet werden.

A-95; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«...im Cleantech-Sektor schaffen. Den Einsatz der Digitalisierung im Bereich Energiesparen und Alternativ-Energien soll die Schweiz als Pionierland gezielt vorantreiben. Bis spätestens 2050 ...»

Begründung: Energietechnik und Digitalisierung wird die zukünftige Wirtschaftsentwicklung ganz entscheidend beeinflussen und antreiben. Die Schweiz hat hervorragende Voraussetzungen um gerade in diesem interdisziplinären Gebiet zu den führenden Volkswirtschaften zu gehören. Diese Chance kann sie aber nur ergreifen, wenn Bund, Kantone, Wirtschaft und Sozialpartner zusammenspannen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schweiz muss in allen Sektoren (Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft) verbindlich dazu beitragen, ihren Beitrag an die Umsetzung des Pariser Abkommens zu leisten. Die Schweiz soll mit ambitionösen Zielen und klaren Vorgaben inter-

national eine führende Rolle übernehmen. Die Finanzierung darf nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gehen.

A-96; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer zweiter Punkt

«Die Digitalisierung kann in vielen Bereichen zum Energiesparen (direkt und indirekt) beitragen. Die Schweiz soll hier in Forschung und Entwicklung einen internationalen Spitzenrang anstreben. Dies wird mittelfristig auch den Werkplatz Schweiz stärken.»

Begründung: Energietechnik und Digitalisierung wird die zukünftige Wirtschaftsentwicklung ganz entscheidend beeinflussen und antreiben. Die Schweiz hat hervorragende Voraussetzungen um gerade in diesem interdisziplinären Gebiet zu den führenden Volkswirtschaften zu gehören. Diese Chance kann sie aber nur ergreifen, wenn Bund, Kantone, Wirtschaft und Sozialpartner zusammenspannen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Der Schweizer Finanzmarkt darf spätestens ab 2030 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr tätigen. Es braucht Transparenzstandards für Banken, Versicherungen, Pensionskassen sowie Zielvereinbarungen, die zum Stopp von Investitionen in Kohle, Erdöl und Erdgas führen.

A-97; Parti Socialiste Neuchâtelois

Demande : Reformuler

Reformuler : à partir de 2025 au plus tard

Exposé des motifs: *L'urgence écologique dans laquelle nous nous trouvons appelle des solutions à très court terme. Nous ne pouvons continuer de perdre des années par peur de la réaction des marchés...*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die DV hat am 23. Juni 2018 ein Positionspapier zur Klimapolitik verabschiedet. Dort wurde diese Forderung inkl. Zieljahr 2030 verabschiedet. Aus Gründen der Kohärenz sowie der Umsetzbarkeit der Forderung soll daran festgehalten werden.

- Auf Treibstoffe soll eine Lenkungsabgabe eingeführt werden, die an Bevölkerung und Unternehmen rückverteilt wird. Gebäudesanierungsprogramme und der Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf mit erneuerbarer Energie betriebene Systeme (beispielsweise Wärmepumpen) müssen gesetzlich und finanziell weiter gefördert werden.
- Beim Flugverkehr soll eine Ticketabgabe eingeführt werden, um die ökologischen Kosten zu decken.

A-98; SP Winterthur

Forderung: ergänzen.

Beim Flugverkehr soll eine Ticketabgabe eingeführt werden, um die ökologischen Kosten zu decken. **In Zusammenarbeit mit der EU soll als erster Schritt die Ticketabgabe auf den europäischen Flugverkehr angestrebt werden.**

Begründung: Realpolitisch sinnvolle Ergänzung!

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Mit der Einschränkung auf den europäischen Flugverkehr fallen wir hinter langjährige Forderungen, eine Ticketabgabe für internationale Flüge zu fordern, zurück. Zudem stellen sich Fragen der Umsetzbarkeit.

- Die Energiestrategie 2050 ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ambitioniert genug: Die SP fordert die Umstellung der Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energien bis 2030. Am Wichtigsten ist dabei der Einbau von Photovoltaikanlagen bei Neubauten ebenso wie bei bestehenden Gebäuden. Zudem soll das enorme Solarenergiepotenzial der Alpen besser genutzt werden. Die Energieeffizienz von Haushalten und Industrie ist zu verbessern.
- Der öffentliche Verkehr in der Schweiz hat im internationalen Vergleich eine hohe Qualität und einen bedeutsamen Anteil am gesamten Transportwesen. Er ist in Bezug auf Umwelt- und Klimafolgen, aber auch beim Flächenbedarf dem Auto um ein Vielfaches überlegen. Die Preise sind aber beim öffentlichen Verkehr in den letzten 20 Jahren stärker gestiegen als beim individuellen Motorfahrzeugverkehr. Diese Entwicklung gilt es zu umzukehren. Der Zugang zum öffentlichen Verkehr muss für jede und jeden in der Schweiz bezahlbar sein. Zudem soll die Elektrifizierung der Busflotten der städtischen Verkehrsbetriebe forciert werden.
- In städtischen Gebieten ist dem platz- und energiesparenden Fuss- und Veloverkehr Priorität einzuräumen. Bis 2030 soll er dort mindestens 30 Prozent des Verkehrs ausmachen.
- Beim motorisierten Individualverkehr und beim Güterverkehr auf der Strasse fordert die SP vom Bund entschlossene Schritte zur vollständigen Elektrifizierung. Dazu gehören eine Minimalquote von Elektrofahrzeugen bei allen PW-Neuzulassungen, die gesetzliche Verpflichtung zur Elektrifizierung von Lieferwagenflotten, die Ausstattung von öffentlichen Parkplätzen mit Ladestationen und spätestens ab 2040 ein Verbot von Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor.

3.2.2 Digitale Infrastruktur als Gemeinwerk der Zukunft

Die Wirtschaft der Zukunft wird stärker auf digitale Technologien bauen. Um die Schweiz dafür fit zu machen, brauchen wir Investitionen in die Infrastruktur und fortschrittliche Gesetze im Bereich der digitalen Wirtschaft. Die politische Kontrolle über unsere Infrastruktur soll gesichert, der Einfluss globaler Monopolkonzerne bei den Kommunikationsnetzen beschränkt werden. Daten der Behörden sind ebenfalls Teil des Service public. Folgerichtig

muss der freie Zugang zu ihnen grundsätzlich gewährleistet sein (Open Government Data). Die Nutzung von Open-Source-Anwendungen im öffentlichen Sektor soll gefördert werden. Damit werden Sicherheit und Flexibilität in der IT-Infrastruktur verbessert, und die Abhängigkeit von globalen Daten- und Software-Monopolisten wird verringert.⁴⁹ Die Entwicklung hin zu einer solidarischen und demokratischen digitalen Gesellschaft soll aktiv gestaltet werden. Das Internet soll Ort der freien Kommunikation sein, der es allen Menschen ermöglicht, am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Gleichzeitig muss die Datensicherheit gewährleistet sein – auch durch die grossen Internet-Monopolisten wie Facebook, Google, Microsoft oder Amazon. Rassismus, Homophobie, Diskriminierung, Kinderpornographie, Sexismus, aber auch die Verletzung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte müssen im Internet – gemäss unseren Rechtsgrundlagen – aktiv verfolgt und geahndet werden.

A-99; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«... digitalen Gesellschaft soll aktiv gestaltet werden. Die Digitalisierung wird früher oder später zu massiven Veränderungen im Steueraufkommen und in den gesellschaftlichen Folgekosten führen. Das muss rechtzeitig untersucht werden – und nicht erst wenn die Steuerausfälle real geworden sind. Das Internet ...»

Begründung: Das Problem des Steuersubstrats in der digitalen Wirtschaft ist ein Grundsätzliches, das im Moment aber totgeschwiegen wird – in dieser frühen Phase hilft Forschung das Problem langsam diskutieren zu können.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Mit der Annahme von A-102 (bzw. A-101) wird dem Anliegen Rechnung getragen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität, d.h. die diskriminierungsfreie Behandlung des Datenverkehrs im Internet in technischer und kommerzieller Hinsicht.
- Die öffentliche Hand soll Open-Source-Anwendungen und freie Software möglichst breit einsetzen.
- Das Verständnis von Daten als Infrastruktur muss gefördert werden. Es muss Teil des Service public werden, möglichst vielen Menschen Zugriff auf die für das Individuum und die Gemeinschaft relevanten Grundlegendaten zu ermöglichen.
- Alle sollen selbst über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten bestimmen. Wir fordern insbesondere, dass das Recht auf Kopie der persönlichen Daten (Datenportabilität), das Recht, die Nutzung durch Dritte zu verbieten

⁴⁹ Das Positionspaper «Internetpolitik» der SP Schweiz setzt sich vertieft mit den genannten Themen auseinander: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/internet_verabschiedet_d_0.pdf.

und Daten löschen zu lassen, sowie das Recht auf Korrektur wirksam durchgesetzt werden.

- Es braucht rechtlich verbindliche Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten für Betreiber von Internet-Monopolen, Social-Media-Plattformen sowie für die Betreiber und Anbieter von intelligenten Systemen (Such- und Matching-Systeme, Lern- und Entscheidungssysteme, Roboter, autonome Fahrzeuge oder andere KI-basierte Softwaresysteme). Diese Standards müssen von staatlicher Seite festgelegt, überprüft und öffentlich zugänglich gemacht werden.

A-100; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Ergänzung

*„Es braucht rechtlich verbindliche Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten **für alle, insbesondere für die öffentliche Hand, Betreiber** von Internet-Monopolen, ...“*

Begründung: Datenschutz muss von allen eingehalten werden, nicht nur von den Giganten.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Die Kompetenzen im Umgang mit Daten und ein Bewusstsein für Datenschutz müssen auf allen Bildungsstufen vermehrt vermittelt werden.
- Die digitalen Giganten (Google, Amazon, Facebook, Alphabet etc.) sind konsequent am Ort der Wertschöpfung zu besteuern. Dies muss auch in jenen Staaten gelten, in denen sie keine Niederlassung haben, aber dennoch hohe Erträge erwirtschaften («GAFA-Steuer»).

A-101; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: Ergänzung mit neuem Punkt

Barrierefreier Zugang zu Technologien muss von Bund und Kantonen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Forschung und Zivilgesellschaft gefördert werden.

Begründung: Die digitale Infrastruktur hat ein grosses Potenzial, Menschen mit Behinderungen zu integrieren, sofern deren technischen Anforderungen berücksichtigt und umgesetzt werden. Heute wird es vor allem in der Verwaltung umgesetzt, es muss jedoch zum Standard werden.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

Forderung: ergänzen, neuen letzten Punkt

«Die zukünftigen Folgen der Digitalisierung für das Steueraufkommen sollen prospektiv untersucht werden und unterschiedliche Lösungskonzepte sollen erforscht werden.»

Begründung: Das Problem des Steuersubstrats in der digitalen Wirtschaft ist ein Grundsätzliches, das im Moment aber totgeschwiegen wird – in dieser frühen Phase hilft Forschung das Problem langsam diskutieren zu können.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

3.2.3 In Forschung und Entwicklung investieren

Forschung ist für unsere Wirtschaft von zentraler und langfristiger Bedeutung. Sie schafft das Wissen, mit dem wir als Land ohne Rohstoffe die künftigen Herausforderungen bewältigen können. Forschung und Wissen sind als öffentliche Güter zu verstehen, die allen zugutekommen müssen. Der freie Zugang zu Forschungsergebnissen ist ein entscheidender Faktor in einer innovationsgetriebenen Wirtschaft. Deren Forschungsergebnisse müssen allen zugänglich sein. Forschung und Wissenschaft haben einen gesellschaftlichen Wert und eine ebensolche Verantwortung. Ethische Prinzipien, gesellschaftlicher Dialog und Methoden zur Technologiefolgenabschätzung müssen Teil der Forschung und der damit verbundenen Debatten sein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP muss bis 2030 von knapp 3.4 Prozent (2015) auf mindestens 5 Prozent steigen. Das betrifft alle Bereiche der technischen Wissenschaften und der Naturwissenschaften ebenso wie der Sozial- und Geisteswissenschaften. Priorität hat die Grundlagenforschung.
- Cleantech ist die Branche, die uns hilft, die Abhängigkeit von fossilen Brenn- und Treibstoffen zu überwinden. Sie ist als eine Schlüsselbranche zu behandeln und entsprechend mit Ressourcen auszustatten.
- Die Freiheit von Forschung und Lehre muss gewährleistet sein. Bezüglich Finanzierung muss absolute Transparenz bestehen. Privatwirtschaftliche Interessen dürfen die Forschung und ihre Ergebnisse nicht behindern oder verzerren.
- Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse sind als offen zugängliche Publikationen zu veröffentlichen. Open Access Research Repositories, in denen alle publizierten Papiere zugänglich sind, müssen für Institutionen und Organisationen Standard sein.
- Generell soll der Sektor «Orientierte Forschung» des Schweizerischen Nationalfonds gestärkt werden. Darunter fallen nationale Forschungsschwerpunkte in für die Schweiz strategisch wichtigen Bereichen (Chemie, Life Sciences, Mikrotechnologie, Data Sciences, künstliche Intelligenz, Sensorik, Robotik, Blockchain, aber

auch Innovationen betreffend sicherer Netzwerkarchitekturen und Cyber-Sicherheit).

A-103; SP Sektion Stein am Rhein SH

Forderung: Textaufnahme im Anschluss an Punkt 5

Dabei sollen insbesondere auch allfällige schädliche Aspekte und allfällige Risiken solcher Technologien erforscht werden.

Begründung: Ohne meinen Zusatz entsteht der Eindruck einer kritiklosen Technologieglaubigkeit.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

3.2.4 Zukunftsfonds für innovative Unternehmen

Für den Umbau in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft bedarf es grosser Mengen an Kapital. Ein öffentlicher Zukunftsfonds ist eine Möglichkeit, dieses zu beschaffen. Er würde es zudem ermöglichen, den Prozess demokratisch zu steuern. Innovativen Firmen, die sich um nachhaltige Produkte kümmern und gute Arbeitsplätze schaffen wollen, kann so günstiges Risikokapital zur Verfügung gestellt werden. Mit Beteiligungen an Unternehmen im öffentlichen Interesse verringert der Fonds die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Investoren und kurzfristigen Managerentscheidungen. Der Fonds kann über Gewinne der Nationalbank, die Ausgabe von Anleihen oder eine Abgabe auf grossen Vermögen finanziert werden. Er soll auch für Beteiligungen von Pensionskassen offen sein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schaffung eines öffentlichen Zukunftsfonds mit über 30 Milliarden Franken. Er kann beispielsweise aus freiwillig investierten Pensionskassengeldern finanziert werden. Die Einlagen werden von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) garantiert.

A-104; Sektion Muri-Gümligen

Forderung: Umformulierung.

„Die Schaffung eines öffentlichen Zukunftsfonds mit ca. 15 Milliarden Franken“.

Begründung: Der Betrag „über 30 Milliarden Franken“ scheint uns willkürlich und äusserst hoch. Zum Vergleich: Die „BFI-Botschaft“ (für Bildung, Forschung und Innovation) für die Jahre 2017-20 stellt für vier Jahre einen Betrag von lediglich rund 26 Milliarden Schweizer Franken zur Verfügung. Zudem wird die Finanzierung eines so hohen Betrags nicht schlüssig erläutert, u. a. ist die im Fliesstext vorgeschlagene Finanzierung über Gewinne der Nationalbank ein heikles Thema. Es müsste sichergestellt werden, dass es durch die für den Zukunftsfonds bereitgestellten Geldern nicht zu Kürzungen bei den Ausschüttungen der Nationalbank an die Kantone kommt.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Bei einem Bestand der Devisenreserven der SNB von rund 750 Milliarden Franken ist eine Einlage von 30 Milliarden in einen Zukunftsfonds keine ausserordentliche Forderung.

- Der Fonds soll primär Innovationen in bestehende Unternehmen und sekundäre Start-ups in den Bereichen Industrie 4.0 und ökologischer Umbau finanzieren. Die Kredite des Fonds sind (risikobemessen) verzinslich, was sie etwa für Pensionskassen in Zeiten von Tiefzinsen attraktiv macht.
- Gesteuert würde der Fonds von einem tripartiten Ausschuss (Arbeitgeber, Arbeitnehmer_innen, öffentliche Hand). Kreditentscheide fällt ein unabhängiges Investitionskomitee, das sich bei seinen Entscheiden auf die Expertise der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes für Innovationsförderung (Innosuisse) stützt.
- Zum Einsatz kommen soll der Fonds ebenfalls bei Verkäufen oder Schliessungen von KMU. Wenn die Mitarbeitenden eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (beispielsweise als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsförderung (5–10 Jahre) bewerben können.
- Der Fonds soll ebenfalls dazu dienen, Unternehmen, die sich zu einem demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaften verpflichten, bei ihrer Gründung mit Kapital auszustatten⁵⁰.

3.2.5 Zukunftsfähige Wirtschaft

In unserem Positionspapier Wirtschaftsdemokratie⁵¹ von 2016 heisst es, dass wir durch den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau der hiesigen Wirtschaft nicht nur das Leben der Menschen in der Schweiz verbessern. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene. Heute gibt es diverse zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für nachhaltige Formen des Wirtschaftens einsetzen. Gleichzeitig verstehen sich immer mehr Unternehmen, insbesondere KMUs, als «soziale Unternehmen». Solche wirtschaftlichen Aktivitäten sollen durch die Politik gezielt gefördert werden.⁵² Die SP möchte dazu beitragen, dass das sozial-solidarische Unternehmertum vom Ausnahme- zum Normalfall wird. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sollen unter Berücksichtigung ihres ökologischen Fussabdrucks gestärkt werden, so dass möglichst viel Geld im Land bleibt, anstatt an ausländische Konzerne abzufließen. Davon profitieren insbesondere die KMU, welche fast ausschliesslich für den Inlandmarkt produzieren.

⁵⁰ Diese Forderung ist auch Teil des Positionspapiers der SP Schweiz für eine soziale und ökologische Wirtschaftsdemokratie (2016) https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf.

⁵¹ Siehe: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf.

⁵² Siehe dazu auch den Aktionsplan zum Positionspapier: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/aktionsplan_wirtschaftsdemokratie_de_0.pdf.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die gesetzlichen Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen sollen auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) die Grundsätze des sozial-solidarischen Unternehmertums zum Vergabekriterium erheben (z.B. über ein offizielles Label⁵³).
- Wir wollen das Genossenschaftsrecht verbessern, um Neugründungen zu erleichtern und die demokratische Mitwirkung und Kontrolle zu stärken.
- Wir fordern eine neue Rechtsform. Die im angelsächsischen Raum als Benefit Corporation schon existierende gemeinnützige Gesellschaftsform soll in unsere Gesetzgebung Eingang finden und eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und kommerziellem Nutzen erlauben.

3.2.6 Finanzwirtschaft stabilisieren

Stabile Finanzinstitute sind ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Sie sorgen für einen Teil des Zahlungsverkehrs und stellen die nötigen Mittel zur Verfügung, damit Wirtschaft und Unternehmen sich entwickeln können. Heute ist das zu wenig der Fall. Viele Kredite fliessen in wenig nachhaltige Investitionen. Immer mehr Anleger investieren in sogenannte Indexfonds, von denen grosse Konzerne aus aller Welt profitieren. Es werden zahlreiche Spekulationsgeschäfte betrieben, die wenig mit der Realwirtschaft zu tun haben. Noch sind die Ursachen der letzten Finanzkrise nicht beseitigt. Das alles birgt ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Deshalb braucht es weitere Korrekturen. Wichtig ist, dass die grossen Schweizer Banken über genügend Eigenmittel verfügen, so dass sie eine Finanzkrise ohne staatliche Hilfe bewältigen können. Ihr Eigenhandel muss eingeschränkt, die Ausgabe von Derivaten kontrolliert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Das Systemrisiko der Grossbanken muss mit verschärften Eigenmittelvorgaben weiter verringert werden. Die SP fordert **eine bei der Eigenkapitalquote ein hartes Kernkapital** von mindestens 10 Prozent.

A-105; SP Sektion Grossaffoltern-Rapperswil (Bern)

Forderung: Ergänzung

Begründung: Natürlich dürfen Grossbanken auch ihre Bussen nicht von der Gewinnsteuer abziehen. Die öffentliche Hand darf nicht als Rückversicherung für kriminelle Auslandsgeschäfte der Banken dienen. **Begründung:** (Ich bin mir nicht sicher, ob diese Ergänzung sinnvoll ist, da sie Bezug nimmt auf einen aktuellen Beschluss des Nationalrats. Ich beziehe mich in der Begründung auf einen Artikel von Daniel Binswanger in der „Republik“ vom 22.09. 2018) **Begründung:** Die Banken betrieben vor der Finanzkrise von 2008 eine halsbrecherische Kreditexpansion, die unter anderem dadurch befeuert wurde, dass sie sich auf eine implizite Staatsgarantie stützen konnten (Too big to fail). Wenn der Steuerzahler nun auch noch für

⁵³ Beispiel: https://www.apres-ge.ch/sites/default/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_0.pdf.

Bussen von Banken teilweise aufkommen soll, haben die Banken eine strafrechtliche Vollkaskoversicherung, was weder moralisch noch wirtschaftlich tolerierbar ist.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Bei der Abzugsfähigkeit von Bussen bei den Banken handelt es sich um ein Parlamentsgeschäft, das derzeit in den Räten behandelt wird und nicht um eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Problematik.

- Die Finanzmarktaufsicht muss mit genügend personellen Ressourcen und unabhängigen Expert_innen verstärkt werden, um die Finanzinstitute besser zu kontrollieren.
- Boni sowie weitere Leistungs- und Ergebniskomponenten für Mitarbeiter_innen von systemrelevanten Banken sind auf maximal 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Jahreslohnes festzulegen.

A-106; SP60+

Forderung: Änderung: *Boni sowie weitere Leistungs- und Ergebniskomponenten sind für Mitarbeiter*innen von systemrelevanten Banken ~~sind auf maximal 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Jahreslohnes festzulegen.~~ ausgeschlossen.*

Begründung: *Die Bonus-Kultur muss infrage gestellt werden.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten von A-107

A-107; SP Kanton Aargau

Forderung: streichen, neu

«~~Boni sowie weitere Leistungs- und Ergebniskomponenten für Mitarbeiter_innen von systemrelevanten Banken sind auf maximal 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Jahreslohnes festzulegen.~~ Sämtliche Einkommensbestandteile inkl. Boni und weiterer Leistungs- und Ergebniskomponenten, die ein Lohnverhältnis von 1:12 gegenüber dem niedrigsten Gehalt innerhalb der Unternehmung bzw. des Konzerns übersteigen, sind mit einer Steuer von gesamthaft mind. 50% zu besteuern. »

Begründung: Die hohen Gehälter der Kaderleute in den Grosskonzernen sorgen in regelmässigen Abständen für grosse Empörung in der Gesellschaft. Hinzu kommen Boni und Kapitalabfindungen, die selbst in Krisenzeiten und in Verlustjahren astronomische Höhen erreichen. Eine Einschränkung auf 50% für diese Sonderleistungen ist jedoch nicht zielführend, da in der Folge einfach das normale Gehalt erhöht wird. Wir finden darum, dass eine Begrenzung aller Leistungen mit einem Lohnverhältnis nach dem Modell der 1:12 Initiative effektiver ist. Im Gegensatz zu dieser Idee scheint es jedoch sinnvoll und realistisch Mehrbezüge nicht einfach zu verbieten, sondern sie einer besonderen Steuerbelastung von mind. 50% zu unterstellen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Das grosse Vermögen der institutionellen Anleger (Pensionskassen, AHV, SUVA und SNB) soll nachhaltig angelegt werden. Ethisch verwerfliche und umweltzerstörende Investitionen wie die Förderung von fossilen Brennstoffen sollen ausgeschlossen werden.
- Währungsstabilität und Vollbeschäftigung müssen endlich zu gleichberechtigten Zielen der Schweizer Geldpolitik werden. Die Nationalbank soll sich auf das Pariser Klimaziel verpflichten.

A-108; SP60+

Forderung: Zusätzlicher Punkt: Die Erträge der SNB aus ihren Devisenreserven sollen zu zwei Dritteln dem Vorsorge-System zugutekommen.

Begründung: Ein sinnvoller Beitrag, damit endlich die skandalöse Altersarmut eingedämmt und der Verfassungsauftrag realisiert wird.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung beantragt, den Grundsatz zu verankern, wonach ein Teil der SNB-Erträge dem System der Altersvorsorge zugutekommen, ohne einen fixen Betrag festzulegen. Es scheint uns wichtig, dass auch die Kantone über einen angemessenen Anteil dieser Gewinne verfügen können: « Ein angemessener Teil der Gewinne ~~Die Erträge der SNB aus ihren Devisenreserven sollen dem Vorsorgesystem zugutekommen.~~ »

3.3 Starkes Gemeinwesen

3.3.1 Öffentliche Dienstleistungen stärken

Was in früheren Zeiten die Allmenden waren, sind heute öffentliche Güter und Dienstleistungen, die allen gehören und über die alle mitbestimmen. Der Geist der Allmenden hat Jahrhunderte überdauert und prägt bis heute unsere «Eid-Genossenschaft». Wir haben – auch dank der SP – nicht wie andere Länder den Fehler gemacht, wichtige Infrastrukturen und zentrale öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und dem Markt zu überlassen. Das wollen wir auch in Zukunft nicht. Die SP wird weiterhin gegen die rechten Privatisierungsphantasien ankämpfen und sich für einen starken öffentlichen Dienst im Interesse der Allgemeinheit einsetzen. Der Service public in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Die Schweiz bietet namentlich bei Post-, Bahn- und Kommunikationsangeboten einen weltweit fast einmaligen Service, was Sicherheit, Qualität, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit sowie die Erschliessung aller Regionen angeht. Gerade auch im Sorgewesen hat die öffentliche Trägerschaft Tradition. So wurden aus Bürgerasylen moderne Alters- und Pflegeheime. Diese Errungenschaften sind mitverantwortlich für unseren Wohlstand und volkswirtschaftlich von immenser Bedeutung. Durch grossangelegte Sparprogramme bei Bund,

Kantonen und Gemeinden steht der Service public aber unter Druck. Die Folge sind Personalabbau, Privatisierungen und Auslagerungen, welche die Grundversorgung verschlechtern und verteuern.

Dafür setzen wir uns ein:

- Der flächendeckende, kontinuierliche und einfache Zugang zu einem qualitativ hochstehenden Service public mit fairen Preisen für alle Menschen in allen Regionen muss langfristig sichergestellt sein. Auf weitere Liberalisierungen oder gar Privatisierungen ist zu verzichten. Spitäler, Alters- und Pflegeheime sowie Spitex dürfen nicht der Renditelogik unterstellt werden, unabhängig davon, ob ihre Trägerschaft öffentlich ist oder privat.
- Jede Person muss unabhängig von Lebenssituation, finanziellen Möglichkeiten, Alter, Gesundheit, Geschlecht und Bildungsstand Zugang zu den Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung haben.
- Den Bedürfnissen der Rand- und Bergregionen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Preise müssen weiterhin innerhalb eines Sektors in allen Landesregionen gleich sein («System Briefmarke»).
- Bei den Arbeitsbedingungen in Unternehmen des Service public müssen verbindliche, in einem GAV festgeschriebene Vorgaben gelten. Dazu gehören beispielsweise Gleichstellung, Stellen für Menschen mit Behinderung sowie ein gutes Angebot an Praktikums- und Lehrlingsplätzen. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen. Das gilt auch für ausgelagerte Unternehmenseinheiten.
- Unternehmen und Bereiche des Service public müssen die natürlichen Ressourcen schützen.
- Die strategischen Ziele bei Post, SBB und Swisscom müssen langfristig die Erwartungen an eine flächendeckende, allen zugängliche, qualitativ hochwertige Grundversorgung abbilden.
- Unternehmen, welche Güter der Grundversorgung bereitstellen, verzichten auf das Erzielen branchenüblicher Renditen und bezahlen der Unternehmensleitung keine Boni aus.

A-109; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer Punkt

«Bereits erfolgte Privatisierungen wichtiger Service Public Infrastrukturen sind zu konsolidieren und ggf. rückgängig zu machen. Das Infrastrukturangebot und die Netze der Swisscom soll zu 100% in staatlichen Besitz zurückgeführt werden. Aktiengesellschaften des Service Public dürfen keine nicht-staatlichen Akteure als Aktionäre akzeptieren und sie sollten nach Möglichkeit in öffentlich-rechtliche Anstalten umgewandelt werden, sodass die demokratische Kontrolle gestärkt wird.»

Begründung: Aktiengesellschaften sind gewinnorientiert und nicht serviceorientiert. Wenn neben der staatlichen Akteure auch andere Aktionäre Mitbesitzer von Service Public Unternehmen sind, sind diese gezwungen sich der Shareholdervalu-Logik des Neoliberalismus zu unterwerfen. Dieser Widerspruch zwischen Gewinnanspruch der Aktionäre und Service- und Demokratieanspruch der Bevölkerung

lässt sich in der Form der Aktiengesellschaft nicht auflösen, selbst wenn die Aktiengesellschaften in hundertprozentigem Besitz der staatlichen Akteure sind.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Eine Verstaatlichung der Swisscom bzw. ihrer Infrastrukturen wäre aufgrund der engen Verbindung zwischen Dienstleistungen und Infrastrukturen nicht machbar und auch nicht erwünscht. Zudem sind aufgrund der Konvergenz zahlreiche Akteure (EWs, andere Telekomanbieter etc.) auf dem gleichen Netz aktiv, was eine Trennung mit dem Ziel der Schaffung eines staatlichen Netzes faktisch verunmöglicht. Die GL schlägt deshalb vor, den Antrag anzunehmen, aber folgenden Satz zu streichen: *Das Infrastrukturangebot und die Netze der Swisscom soll zu 100% in staatlichen Besitz zurückgeführt werden.*

A-110; SPAI

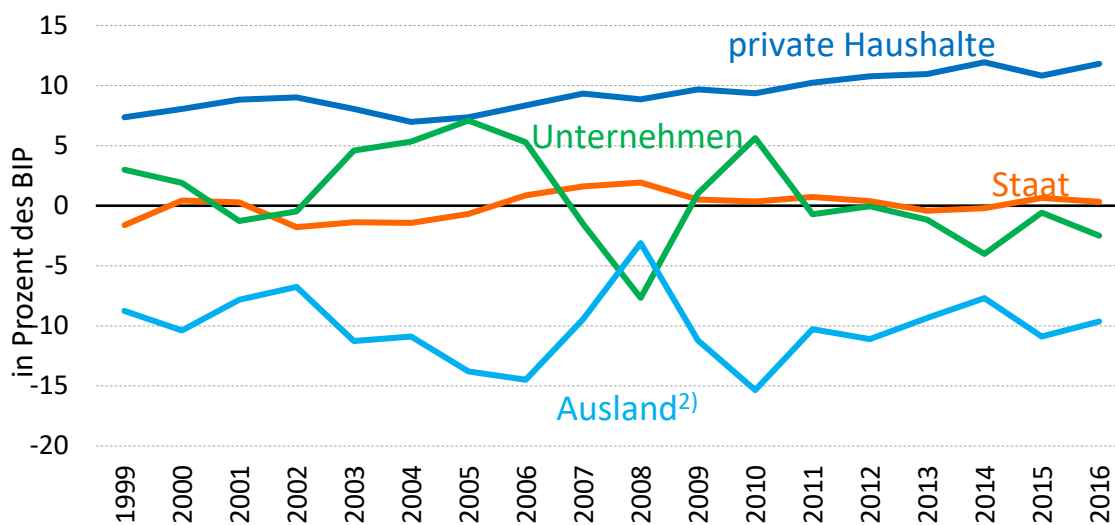
Forderung: Der Katalog der Forderungen auf Seite 45 ist mit folgender Forderung zu ergänzen:

„Der Bund muss systembedingt – als Gegenpart zu den vermehrt sparenden Unternehmen, den extremen Sparneigungen privater Haushalte und einer erstrebenswert rückläufigen Verschuldung des Auslands – investieren und sich selbst verschulden. Die in der Bundesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse ist aufzuheben.“

Begründung: Die gesamten Verbindlichkeiten und Forderungen aller Finanzierungssektoren der Welt (private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland) addieren sich systembedingt immer auf null. Die globalen Überschüsse (Ersparnisse) entsprechen den globalen Schulden (Kreditaufnahme). Einer Verbindlichkeit steht immer eine gleich hohe Forderung gegenüber. Wenn ein Sektor der Volkswirtschaft spart, also weniger ausgibt als er einnimmt, müssen sich zwingend andere verschulden, damit die Wirtschaft im Gleichgewicht bleibt, also nicht in eine Rezession gerät. Denn insgesamt gesehen bedeuten geringere Ausgaben eines Sektors geringere Einnahmen eines anderen. Die Welt hat per Saldo nie Schulden und niemals Überschüsse.

Die Statistik der Finanzierungssalden der Schweiz in der untenstehenden Grafik zeigt: Die Sparneigung der Privathaushalte ist extrem hoch. Die Unternehmen haben ihre frühere gefestigte Position des Investors und Schuldners auf dem neoliberalen Altar geopfert. Sie schlagen sich immer häufiger – auch in der Schweiz – auf die Seite der Sparer oder sind in der Summe nur leicht verschuldet. Der Staat spart leicht. Einzig das Ausland bleibt deutlich auf der Schuldenseite.

Finanzierungssalden¹⁾ der Wirtschaftssektoren in der Schweiz



¹⁾in Prozenten des nominalen BIP, ²⁾ negative Werte bedeuten Verschuldung des Auslands (Quelle AMECO)

(Quelle: Referat Heiner Flassbeck, 06.09. 2018, Appenzell)

Die Schweiz hat seit anfangs der Neunziger-Jahre immer aggressiver auf Exportüberschüsse gesetzt. Sie hat deutlich mehr ins Ausland exportiert als importiert und war im Jahr 2015 das Land mit den weltweit höchsten Überschüssen in der Leistungsbilanz (Flassbeck + Steinhardt, 2018). Dies bedeutet, dass unser Land auf Kosten der bereits verschuldeten ausländischen Staaten Gewinne erzielt und sich das Ausland weiter verschulden muss. Doch Ungleichheit zwischen den Ländern kann nur abgebaut werden, wenn kein Staat dauerhaft versucht, seine Wettbewerbsfähigkeit und Vermögensposition gegenüber dem Ausland auszubauen.

Um weiteren ausländischen Verschuldungen entgegenzuwirken, muss unser Staat bei der aktuellen Spartendenz der Unternehmen und Privathaushalte – systembedingt als ultimativen Ausweg – den Gegenpart als Schuldner übernehmen. Denn – wie eingangs erläutert – sind die Ersparnisse im globalen Gleichgewicht mit den Schulden. Der Staat muss investieren und sich selbst verschulden. Dazu ist die in der Bundesverfassung (Art. 126 Haushaltsführung) festgeschriebene Schuldenbremse aufzuheben. Sie untersagt dem Staat weitgehend, sich in normalen Zeiten über Kredite zu finanzieren.

Das Ziel der staatlichen Haushaltsführung, eine „schwarze Null“ anzustreben, beruht auf dem neoliberalen Credo, das darauf setzt, den Staat aus allen Bereichen der Wirtschaft herauszudrängen. Doch der Staat hat die wirtschaftspolitische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es keine Wachstumseinbrüche gibt und die Schweiz im internationalen Konzert vernünftig mitspielt. Das geht mit der Schuldenbremse nicht mehr.

Literatur: Studie für die SP Schweiz: Die Schweiz – Welches wirtschaftspolitische Modell der Zukunft? Flassbeck + Spiecker, 2016, Das Schuldenproblem

und die europäische Krise, Makroskop, 2017, Gescheiterte Globalisierung, Flassbeck und Steinhart, 2018

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die dargestellten Zusammenhänge sind richtig und der Hinweis darauf auch richtig. Die globale Verschuldungsproblematik wurde entsprechend in den Kapiteln 2.3 und 2.4 bereits dargelegt und analysiert. Bisher hat die SP Schweiz allerdings nicht die Aufhebung, sondern lediglich eine Lockerung der Schuldenbremse verlangt. Die GL schlägt vor, nicht eine generelle Forderung (der Staat muss sich mehr verschulden) an dieser Stelle aufzunehmen. Vielmehr sind in diesem Wirtschaftskonzept sehr viele konkrete Investitionsvorhaben (Zukunftsfonds, mehr Mittel für Aus- und Weiterbildung, mehr Mittel für die soziale Absicherung, kürzere Arbeitszeiten, gerechtere Verteilung der Produktivitätsgewinne, Stärkung der Kaufkraft etc.) aufgeführt, die genau die beabsichtigte Wirkung des Antrags erreichen sollen.

3.3.2 Bodenrente gerechter verteilen

Wohnen ist kein gewöhnliches Konsumgut. Jeder und jede muss wohnen. Boden wiederum ist ein besonderes Wirtschaftsgut, weil es nur begrenzt zur Verfügung steht und sich nicht vermehren lässt. Das Angebot ist limitiert. Eine steigende Nachfrage durch Bevölkerungswachstum, Zuwanderung, Alterung der Gesellschaft, Individualisierung oder steigende Scheidungsraten führt zu einer ungebremsten Preisentwicklung, welche die Kaufkraft der Haushalte zunehmend belastet und die Sozialausgaben der Kantone und Gemeinden in die Höhe treibt. Menschen mit tiefen Einkommen können sich heute häufig marktübliche Wohnpreise nur dann leisten, wenn sie vom Staat mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Auch viele KMU leiden unter den steigenden Bodenpreisen. Der Markt versagt hier: Er kann Angebot und Nachfrage nicht in Einklang bringen. Der Staat muss deshalb eine aktive Rolle spielen, indem Bund, Kantone und Gemeinden den öffentlichen Erwerb von Liegenschaften fördern und den Besitz an öffentlichen Liegenschaften schützen. Öffentlicher Grund und Boden soll grundsätzlich nicht an Private veräußert werden können, sondern im Baurecht für nicht profitorientierte Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Damit hatte die Schweiz Jahrhunderte lange Erfahrung. Eine gemeinnützige Bodenpolitik ist mehrheitsfähig, die Genossenschaft eine urschweizerische Tradition. So könnten die volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen der Bodenspekulation verhindert und der Umgang mit dem Boden zugunsten der Allgemeinheit und des Gewerbes reguliert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Bund, Kantone und Gemeinden betreiben eine aktive Bodenpolitik. Sie fördern den Erwerb von Boden und Liegenschaften durch die öffentliche Hand.
- Steigerung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand (heute: 5 Prozent). Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden darf grundsätzlich nicht an Private verkauft, sondern vielmehr ausschliesslich im Baurecht an gemein-

nützige Wohnbauträger (Genossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen) abgegeben werden.

- Die öffentliche Hand muss über ein Vorkaufsrecht für Land und Immobilien verfügen: Der Bund sowie staatliche Betriebe wie SBB und Post müssen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Die Zonenplanung muss für die Ausscheidung von Zonen für gemeinnützige Wohnbauten und günstige Räume für das Kleingewerbe sorgen.
- Es braucht eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonungen gemäss revidiertem Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu verwenden.
- Der Zugriff ausländischer Geldgeber, Konzerne oder Fonds auf Schweizer Immobilien muss eingeschränkt werden, um die Überhitzung des Immobilienmarktes zu verhindern.
- Pensionskassen müssen verpflichtet werden, über ihre Anlagestrategien einen festen Anteil des Kapitals in den Bau kostengünstiger Wohnungen zu investieren.
- Auf dem Wohnungsmarkt sind die Machtverhältnisse sehr ungleich. Die SP fordert deshalb ein stark ausgebautes Mietrecht mit wirksamem Schutz vor unbegründeten Kündigungen sowie Transparenzpflicht beim Anfangsmietzins.

3.3.3 Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen stärken

60 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung wird durch die Binnennachfrage generiert. Durch überbezahlte Mieten und die Kopfprämien der Krankenkassen wird insbesondere bei den geringen und mittleren Einkommen die Kaufkraft geschmälert. Zudem kommen die Schweizer Unternehmen unter Lohndruck. Dies gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Export-Industrie. Deshalb soll die Politik dafür sorgen, dass die Kosten namentlich für Mieten, aber auch für Krankenkassenprämien und Gebühren für alle bezahlbar sind. Über ein wirksames Kartellgesetz und die Zulassung von Parallelimporten muss die Hochpreisinsel Schweiz bekämpft werden. Die Immobilien- und Bodenspekulation muss eingedämmt, der nicht profitorientierte Wohnungsbau gestärkt werden. Der Import fossiler und nuklearer Energieträger (im Wert von 10 bis 13 Milliarden Franken pro Jahr) ist massiv zu reduzieren, und zwar zugunsten erneuerbarer einheimischer Energiequellen.

Dafür setzen wir uns ein:

- In der Schweiz sind die Mieten um 40 Prozent zu hoch. Die Mieten müssen auf das Niveau der Kostenmiete reduziert werden. Neben der Förderung des gemeinnützigen Wohnens soll sichergestellt werden, dass die Hypothekarzinsenkungen an die Mietenden weitergegeben und die Anfangsmieten nicht überhöht angesetzt werden.
- Die Prämien der Krankenversicherung müssen auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens begrenzt werden. Die Selbstbehalte und Grundfranchisen dürfen nicht erhöht werden.

- Wir fordern den Abbau von technischen und privaten Handelshemmnissen, die den Import günstiger Produkte aus dem EU-Raum verhindern. Günstige Parallelimporte fordern wir zudem bei patentgeschützten Gütern. Insbesondere die Preise von Generika müssen massiv gesenkt werden.

A-111; SP Sektion Stein am Rhein SH

Forderung: Textaufnahme im Anschluss an Punkt 3

Nicht abzubauen sind dagegen gesundheitspolitische und tierschutzbedingte Handelsschranken (Stichwort: „Gruselfleisch“)

Begründung: Beim Thema „günstige Produkte“ darf keineswegs der Eindruck entstehen, die SP befürworte die erleichterte Einfuhr von Billigfleisch aus der in Europa leider weit verbreiteten skandalösen Massentierhaltung.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der nächste Punkt legt noch einmal fest, dass der Konsumentenschutz verbessert werden soll.

- Die Gesetze zum Konsument_innenschutz müssen verbessert und mindestens auf EU-Niveau gebracht werden. Beispiele hierfür sind das Widerrufsrecht im Online-Handel oder die Garantiefristen für Gebrauchsgüter.
- Es braucht einen neuen Anlauf zu einer Revision des Kartellgesetzes, damit Preisabsprachen und damit zu hohe Preise effizient bekämpft werden können.

3.3.4 Gleichstellung schaffen, Sorgearbeit aufwerten

Wir fordern Chancengleichheit und wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle. Dafür muss die Care- und Sorgearbeit aufgewertet werden. Sie bezeichnet alle Formen der bezahlten und unbezahlten Arbeit in den Bereichen Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege sowie Hausarbeit. Ohne sie würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Der grössere, unbezahlte Teil der Sorgearbeit wird von Frauen geleistet, wobei keine Trendwende in Sicht ist. Oft fehlt es an Teilzeitstellen für Frauen oder Männer. Immer noch gibt es Gemeinden mit ungenügendem Angebot zur Betreuung von Kindern oder Kranken. Die Schweiz investiert verglichen mit anderen OECD-Ländern viel zu wenig in die familienergänzende Kinderbetreuung.

Wer viel unbezahlte Sorgearbeit leistet, ist in doppelter Hinsicht finanziell benachteiligt: Er oder sie erhält dafür keinen Lohn und hat gleichzeitig weniger Zeit für Erwerbsarbeit. Am Schlimmsten trifft es jene, die unentgeltlich ihre Angehörigen pflegen. Ihre wichtige und wertvolle Tätigkeit kann zur Armutsfalle werden, vor allem dann, wenn sie sich nicht mit der beruflichen Tätigkeit vereinbaren lässt. Es mangelt an beruflichen Aufstiegschancen für jene, die nicht in der Lage sind, Vollzeit zu arbeiten, das heisst mindestens 40 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Das ist ein wesentlicher Grund für die Lohndiskriminierung der Frauen. Nicht viel besser sieht es bei der bezahlten Sorgearbeit aus (Pflege-, Betreuungs-, Erziehungsberufe): Trotz immenser Nachfrage nach Fachkräften geraten

dort die Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck. Damit wir die Krise der Sorgearbeit in den Griff bekommen, braucht es einen Wertewandel und politische Massnahmen. Öffentliche Mittel sind so einzusetzen, dass der Zugang zu Pflege und Betreuung für alle erschwinglich ist. Flächendeckende öffentliche und bezahlbare Betreuungsangebote sollen die beruflichen Möglichkeiten verbessern.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann muss endlich umgesetzt werden. Dazu braucht es gesetzliche Massnahmen.

A-112; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen

«...muss endlich umgesetzt werden. Auch Diskriminierungen von Frauen bei der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge darf es nicht mehr geben. Dazu braucht...»

Begründung: Die Abschaffung von Diskriminierungen von Frauen bei der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-113; SP Baselland

Forderung: Ergänzung von Punkt 1:

„Die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau muss endlich umgesetzt werden. Dazu braucht es gesetzliche Massnahmen. Handlungsbedarf besteht nicht nur bei der sogenannten unerklärbaren Lohndifferenz, sondern insbesondere auch im Bereich der „typischen Männer- und Frauenberufe“, die finanziell noch immer nicht gleich bewertet werden. Dazu braucht es Lohntransparenz, Geschlechterquoten für Kaderpositionen und flexible Arbeitszeitmodelle.“

Begründung: Bei der Debatte um Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern liegt der Fokus fälschlicherweise oft nur auf dem sogenannten unerklärbaren Teil der Lohndifferenz. Dabei wird übersehen, dass auch die massiven Lohnunterschiede, die als erklärbar abgetan werden, auf sexistischen Gesellschaftspraxen fussen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Geschlechterquoten wird durch Frauenquoten ersetzt.

- Das Angebot an ausserfamiliären und ausserschulischen Kinderbetreuungsplätzen muss erweitert und gefestigt werden. Ganztagschulen sollen zum Standard werden. Um den Zugang zu diesem Angebot für alle Einkommenskategorien zu ermöglichen, müssen die von den Eltern getragenen Kosten gesenkt werden. Die Finanzierung soll einkommensabhängig geschehen. Für Familien mit niedrigem Einkommen soll der Zugang kostenlos sein.

A-114; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer zweiter Punkt

«Es braucht mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, für Frauen und für Männer.»

Begründung: Nur wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben Teilzeit zu arbeiten, ist die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern möglich.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-115; SP Kanton Aargau

Forderung: ergänzen, neuer dritter Punkt

«Unternehmen müssen gesetzlich dazu verpflichtet sein, ihre Führungsgremien mit einem Mindestanteil von Frauen zu besetzen.»

Begründung: Die letzten Jahre mit freiwilligen Gleichstellungsmassnahmen haben gezeigt, dass es ohne verbindliche Ziele nicht geht.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Zugunsten von A-113

- Wir fordern die Einrichtung eines Systems von Unterstützungsbeihilfen. Die Behörden müssen die Qualität der Versorgung von Pflegebedürftigen sicherstellen. Dies bedingt öffentliche Unterstützung für stationäre, semi-stationäre und ambulante Strukturen sowie die Förderung von betreutem Wohnraum. Dieser dient dazu, den Eintritt in das Alters- und Pflegeheim zu verzögern und gleichzeitig die Autonomie der Betroffenen zu gewährleisten. Jeder und jede muss Zugang zu diesen Angeboten haben, unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten.
- Pflegeurlaub: Menschen die sich alleine um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sollen Anrecht auf einen bezahlten Betreuungsurlaub haben (analog zum Elternurlaub). Der Staat sorgt für kostenlose Unterstützungsangebote.
- Viele Menschen, die nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz berufstätig sind, leisten Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar ist. Dafür müssen sie angemessen entschädigt und vor Armut geschützt werden. Die Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) ist der von der SP favorisierte Lösungsansatz. Dabei müssen auch nicht oder nur geringfügig Erwerbstätige voll abgesichert werden.

A-116; SP60+

Forderung: Zusätzlicher Punkt: *Für pflegende und betreuende Angehörige sind Modelle zu entwickeln, welche die monetäre Vergütung ihrer Leistungen und gleichzeitig die notwendige Pflegequalität gewährleisten.*

Begründung: *Wer pflegt und betreut hat Anspruch auf angemessene Entschädigung. Gesundheitsökonomie auf dem Buckel der Pflegenden geht ebenso wenig wie Fronarbeit in Form von Zeitkontos! Auch pflegende und betreuende Angehörige*

ge haben Anspruch auf monetäre Entschädigung (inkl. Altersvorsorge), Beratung, Qualitätssicherung und Weiterbildung wie professionell Pflegende.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung ist in den vorhergehenden Punkten bereits enthalten.

A-117; SP Baselland

Forderung: Ergänzung mit einem neuen Punkt (unter „Dafür setzen wir uns ein“):

«Immer mehr Privatpersonen beschäftigen Angestellte zur Verrichtung von Pflege- und Betreuungsarbeiten im Haushalt. Häufig handelt es sich dabei um Migrantinnen, die zu Niedrigstlöhnen ein enorm hohes Arbeitspensum bewältigen. Hier braucht es verbindliche Standards, die Betroffene von prekären Arbeitsbedingungen schützen und ihnen ein Leben in Würde garantieren. Die Auslagerung in den Tiefstlohnbereich stellt keine nachhaltige Lösung der Care-Krise dar.»

Begründung: Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die alle Menschen umfasst. Es darf nicht sein, dass die Doppelbelastung von Frauen durch Sorge- und Erwerbsarbeit auf Kosten von anderen, ökonomisch schlechter gestellten Frauen gelöst wird.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Es handelt sich hier nicht um eine konkrete Massnahme, sondern um eine generelle Forderung. Die GL schlägt vor, diesen Antrag als weiteren Abschnitt in den Analyseteil unter 2.4.4 zu integrieren.

A-118; JUSO

Forderung: umformulieren, ergänzen und streichen

Wir fordern Chancengleichheit und wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle. Dafür muss die Care- und Sorgearbeit aufgewertet werden. Sie bezeichnet alle Formen der bezahlten und unbezahlten Arbeit in den Bereichen Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege sowie Hausarbeit. Ohne sie würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Der grössere, unbezahlte Teil der Sorgearbeit wird von Frauen* geleistet, wobei keine Trendwende in Sicht ist. Oft fehlt es an Teilzeitstellen für ~~Frauen* oder Männer~~ alle Geschlechter. Immer noch gibt es Gemeinden mit ungenügendem Angebot zur Betreuung von Kindern oder Kranken. Die Schweiz investiert verglichen mit anderen OECD-Ländern viel zu wenig in die familienergänzende Kinderbetreuung.

Wer viel unbezahlte Sorgearbeit leistet, ist in doppelter Hinsicht finanziell benachteiligt: Er oder sie erhält dafür keinen Lohn und hat gleichzeitig weniger Zeit für Erwerbsarbeit **und Freizeit**. Am Schlimmsten trifft es jene, die unentgeltlich ihre An-

gehörigen pflegen. Ihre wichtige und wertvolle Tätigkeit kann zur Armutsfalle werden, vor allem dann, wenn sie sich nicht mit der beruflichen Tätigkeit vereinbaren lässt. Es mangelt an beruflichen Aufstiegschancen für jene, die nicht in der Lage sind, Vollzeit zu arbeiten, das heisst mindestens 40 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Das ist ein wesentlicher Grund für die Lohndiskriminierung der Frauen*. Nicht viel besser sieht es bei der bezahlten Sorgearbeit aus (Pflege-, Betreuungs-, Erziehungsberufe): Trotz immenser Nachfrage nach Fachkräften ~~geraten dort die Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck~~ sind die Stellen unterbezahlt und die Gefahr einer Prekarisierung der Arbeitnehmer*innen gross. Damit wir ~~die Krise~~ das Problem der Sorgearbeit in den Griff bekommen, braucht es einen Wertewandel und politische Massnahmen. ~~Öffentliche Mittel sind so einzusetzen, dass der Zugang zu Pflege und Betreuung für alle erschwinglich ist. Flächendeckende öffentliche und bezahlbare~~ komplett durch die öffentliche Hand finanzierte Betreuungsangebote sollen die beruflichen Möglichkeiten verbessern **sowie müssen Pflege und Betreuung ebenfalls komplett durch die öffentliche Hand finanziert werden, um eine wirkliche Gleichberechtigung in der Care-Arbeit zu ermöglichen.**

Die SP ist sich aber auch bewusst, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen* System hat – nämlich das patriarchale System. Durch die ökonomische Gewalt, welche Männer* gegenüber von Frauen* haben, können sie auch eine gerechte Vertretung von Frauen* in leitenden Gremien oder Regierungen verhindern, so lange sie am längeren Hebel der ökonomischen Macht sitzen. Um diese Ungleichheit zu überwinden, ist eine Frauen*quote ein Instrument, welches nicht umgehbar sein wird. Auch die Demokratisierung unserer Wirtschaft wird für die Gleichstellung aller Geschlechter notwendig sein – denn freiwillig werden die reichen Männer* auf dieser Welt ihre ökonomische Macht wohl kaum abgeben.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann muss endlich umgesetzt werden. Dazu braucht es gesetzliche Massnahmen **wie verpflichtende, jährliche Lohnkontrollen in sämtlichen Unternehmen. Solange die Lohnungleichheit existiert, wird sich die SP auch konsequent gegen jegliche Frauen*rentenaltererhöhung wehren.**
- Das Angebot an ausserfamiliären und ausser-schulischen Kinderbetreuungsplätzen muss erweitert und gefestigt werden. Ganztagschulen sollen zum Standard werden. Um den Zugang zu diesem Angebot für alle Einkommenskategorien zu ermöglichen, müssen die von den Eltern getragenen Kosten ~~gesenkt werden abgeschafft~~ werden und die **gesamte Finanzierung durch die öffentliche Hand stattfinden. Die Finanzierung soll einkommensabhängig geschehen. Für Familien mit niedrigem Einkommen soll der Zugang kostenlos sein.** Die zusätzlichen Einnahmen sollen Bund, Kantone und Gemeinden durch eine verstärkte Steuerprogression einnehmen.

- *Wir fordern die Einrichtung eines Systems von Unterstützungsbeihilfen. Die Behörden müssen die Qualität der Versorgung von Pflegebedürftigen sicherstellen. Dies bedingt öffentliche Unterstützung für stationäre, semi-stationäre und ambulante Strukturen sowie die Förderung von betreutem Wohnraum. Dieser dient dazu, den Eintritt in das Alters- und Pflegeheim zu verzögern und gleichzeitig die Autonomie der Betroffenen zu gewährleisten. ~~Jeder und jede~~ Jede*r muss Zugang zu diesen Angeboten haben, unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten.*
- *Pflegeurlaub: Menschen, die sich alleine um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sollen Anrecht auf einen bezahlten Betreuungsurlaub haben (analog zum Elternurlaub). Der Staat sorgt für kostenlose Unterstützungsangebote.*
- *Viele Menschen, die nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz berufstätig sind, leisten Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar ist. Dafür müssen sie angemessen entschädigt und vor Armut geschützt werden. Die Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) ist der von der SP favorisierte Lösungsansatz. Dabei müssen auch nicht oder nur geringfügig Erwerbstätige voll abgesichert werden.*
- *Frauen*quoten als Instrument zur Gleichstellung: Nur durch eine angemessene Vertretung können Frauen* endlich ihren gerechten Teil vom Kuchen bekommen. Deshalb fordern wir für leitende Gremien wie Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen sowie für Regierungen und Parlamente verbindliche Frauen*quoten.*
- *Um die ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern zu beenden, wird es letztlich unabdingbar sein, das System, welches diese Ungleichheit überhaupt erst ermöglicht, zu überwinden. Durch die Überwindung des Kapitalismus wird das Patriarchat zwar nicht automatisch verschwinden, ohne die Überwindung des Kapitalismus wird es dies aber bestimmt auch nicht – deshalb fordern wir eine demokratische Wirtschaft, um endlich Gleichstellung erreichen zu können.*

*Begründung: Das Kapitel zu Gleichstellung und Sorgearbeit muss mit einer grundlegenden Kritik am patriarchalen und kapitalistischen System ergänzt werden und braucht klare Forderungen im Bereich der Care-Arbeit (Bezahlung von Care-Arbeit, gratis Kinderbetreuungsplätze). Zudem ist eine Forderung nach Frauen*quoten in der Wirtschaft und der Politik nötig.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Gewisse zusätzliche Forderungen dieses Antrags sind bereits an anderer Stelle im Konzept festgeschrieben wie Geschlechterquoten in Führungsgremien von Unternehmen und verstärkte Lohngleichheitskontrollen. Die GL unterstützt zwar die in diesem Antrag angemahnte Kritik am patriarchalen und kapitalistischen System im Grundsatz. In einem auf 10 Jahre ausgelegten Wirtschaftskonzept ist sie jedoch an der falschen Stelle.

3.3.5 Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen besteuern

Um zukunftsfähige Infrastruktur aufzubauen, um in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren, braucht die öffentliche Hand zusätzliche Einnahmen. Diese sollen gleichzei-

tig für einen besseren Ausgleich zwischen den wenigen Reichen und der Mehrheit sorgen. Wenn die Menschen mit grossem Vermögen heute immer reicher werden, die grosse Mehrheit hingegen wirtschaftlich kaum vom Fleck kommt, hat das viel mit der Entwicklung des Steuersystems zu tun. Denn die bürgerliche Mehrheit in diesem Land hat die Steuern vor allem für diejenigen gesenkt, die andere für sich arbeiten lassen. Wer Lohn oder Altersvorsorge bezieht, wurde kaum entlastet, Konsument_innen wurden sogar stärker belastet. In der Schweiz markierte die Unternehmenssteuerreform I von 1998 den ersten Einschnitt. Mit dieser Reform wurden Sondertarife für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften eingeführt sowie die Abschaffung der Kapitalsteuer auf Bundesebene beschlossen. Die Unternehmenssteuerreform II (2006) führte die Teilbesteuerung der Dividenden und das Kapitaleinlageprinzip ein. Die Sätze zur Besteuerung des Kapitals wurden in den Kantonen, beim Bund und weltweit gesenkt. Ausgerechnet die grössten Profiteure der wirtschaftlichen Entwicklung profitierten am meisten von diesen Steuerreformen und Steuer-senkungen – nämlich die internationalen Unternehmen mit hohen Gewinnen und ihre Geldgeber. Hier braucht es eine Korrektur. Dividenden, Gewinne, Kapitalrenditen, Wertvermehrungen von Immobilien oder Erbschaften sind höher zu besteuern. Wenn die nötigen Investitionen finanziert sind und finanzieller Spielraum besteht, sollen dafür die Gebühren sowie die Mehrwert- und allenfalls die Einkommenssteuern gesenkt werden.

Dafür setzen wir uns ein:⁵⁴

- Eine international koordinierte Finanztransaktionssteuer. Sie soll helfen, die Investitionen in den Bereichen Forschung, Bildung und Energiewende zu finanzieren. Zudem ist sie ein Instrument zur Eindämmung unproduktiver Spekulationsgeschäfte.
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern auf sehr grossen Vermögen.

A-119; SP Frauen * Schweiz

Forderung: *Ergänzung beim zweiten Bulletpoint*

„Die so erzielten Einnahmen sollen zur Erhöhung der AHV-Renten genutzt werden (Finanzierung der AHV: Erhöhung des Bundesanteils gemäss Bundesverfassung Art. 112 Abs. 4). Die Erhöhung soll die reale Existenzsicherung sicherstellen.“

Begründung: *Altersarmut ist weiblich. Die Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat Auswirkungen auf das Leben nach der Pensionierung. Weniger Lohn durch Erwerbsarbeit bedeutet weniger Einzahlungen in die 1. und 2. Säule und weniger Chancen privat in der 3. Säule vorzusorgen. Die massive Ungleichheit in der Kontrolle von Vermögen trägt zusätzliche ihren Teil dazu bei, dass von Altersarmut viel öfter Frauen * betroffen sind. Bestehende ausgleichende Mechanismen in der AHV mildern die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zwar etwas ab, jedoch ist der Effekt bei weitem nicht genug. Insbesondere die völlig schiefe Lage bei den Pensionskassenansprüchen und sonstigem Vermögen kann die AHV in der aktuellen Form unmöglich ausgleichen. Frauen erhalten 40% weniger*

⁵⁴ Vgl. SP-Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/grundsatzpapier_steuergerechtigkeit_de_1.pdf.

Altersrenten als Männer in der Schweiz. So sind fast doppelt so viele Frauen wie Männer auf die entwürdigende Praxis der bedarfsermittelten Sozialhilfe (EL) angewiesen und für viele heisst das Leben im Alter vor allem Verzicht selbst auf alltägliche Dinge wie Mobilität oder Teilnahme am kulturellen Leben. Deswegen müssen im Wirtschaftskonzept der SP Schweiz Forderungen nach Stärkung und Ausbau der AHV enthalten sein.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL möchte wie an anderer Stelle keine Zweckbindungen aufnehmen, die uns in der politischen Arbeit einengen. Das Thema Altersvorsorge und existenzsichernde Renten werden an anderer Stelle eingehend behandelt.

- Eine Rücknahme der Steuergeschenke an Aktionärinnen und Unternehmer, wie sie durch die teilweise Steuerbefreiung von Dividendeneinkommen und die Einführung des Kapitaleinlageprinzips mit der Unternehmenssteuerreform II geschaffen worden sind. Die SP fordert ein Verbot aller steuerfreien Auszahlungen, unabhängig von ihrer Form.
- Ebenso müssen die Schlupflöcher und Ausnahmen bei Klima- und Umweltabgaben beseitigt werden. Ansonsten riskieren wir, dass diese Abgaben nur noch durch jene getragen werden, die sich ihnen nicht entziehen können, beispielsweise durch die Mieter_innen via Nebenkosten.
- Die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer als Korrektur der Besteuerungslücke von Kursgewinnen auf Wertpapieren. Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen, wie dies auch die 99%-Initiative der JUSO fordert.
- Keine neuen Steuerdumpingkonstrukte, welche international umstritten sind und zu grossen Steuerausfällen führen. Die Schweiz soll sich um ein Steuersystem bemühen, das internationalen Standards entspricht.

A-120; Bern-Länggasse-Felsenau und Bern-Nord

Forderung: Änderung drittletztem Punkt :

bisher: „Keine neuen Steuerdumpingkonstrukte, welche international umstritten sind und zu grossen Steuerausfällen führen. Die Schweiz soll sich um ein Steuersystem bemühen, das internationalen Standards entspricht.“

Neu: Keine neuen Steuerdumpingkonstrukte, welche international umstritten sind und zu grossen Steuerausfällen führen. Die Schweiz errichtet ein Steuersystem, das internationalen Standards entspricht und hilft tatkräftig mit, diese internationalen Standards so weiter zu entwickeln, dass die internationale Steuerhinterziehung erfolgreich bekämpft werden kann. Selbstverständlich muss die Schweiz auch das hauseigene Problem lösen und die Steuerhinterziehung im Inland bekämpfen (siehe Kp 3.4.3).

Begründung: Die aktuelle Formulierung ist zu schwach und verdeutlicht nicht, dass die SPS eine progressive Schweiz will.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Gesetzliche Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Verwaltungsrät_innen von Schweizer Firmen, was die Steuerpolitik und die Steuerstrategie des jeweiligen Unternehmens betrifft.
- Schweizweite Harmonisierung der Unternehmenssteuersätze.

A-121; SP60+

Forderung: Zusätzlicher Punkt: *Dividenden von Unternehmen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, sollen AHV-pflichtig werden.*

Begründung: *Es ist nicht einzusehen, warum nur Lohnzahlungen AHV-pflichtig sind.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP fordert eine volle Besteuerung aller Dividenden. Mit diesem Antrag wird hingegen ein Systemwechsel bei der Finanzierung der AHV verlangt, neu sollen auch ausgeschüttete Gewinne (nur Dividenden?) von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz AHV-pflichtig werden. Die Folgen eines solchen Antrags müssten sehr sorgfältig überprüft werden. Das kann zu entsprechend schwankenden Einnahmen für die AHV führen. Was wären die Folgen für die bisherige Finanzierung über Lohnprozente? Die GL lehnt den Vorschlag in dieser Form deshalb ab.

3.4 Internationales Engagement

3.4.1 Engagement für mehr Gerechtigkeit

Die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist geprägt von grosser Ungleichheit und vielen kriegerischen Konflikten. Auch die Folgen der Klimaerwärmung werden Jahr für Jahr deutlicher: Trockenheit, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu.

Globalisierung bedeutet deshalb nicht zuletzt auch globale Migration. Noch nie waren so viele Menschen unterwegs, sei es auf der Flucht vor Krieg und Unterdrückung, sei es auf der Suche nach Perspektiven und einem gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum.

Die Globalisierung hat in verschiedenen Schwellenländern und im globalen Süden Hunderte von Millionen neuer Arbeitsplätze und eine neue Mittelschicht geschaffen. Eine falsche neoliberale Politik hat aber gleichzeitig viele Menschen im Norden abgehängt. Für sie entpuppte sich die Globalisierung als leeres Versprechen. Sie empfinden Unsicherheit und Kontrollverlust. Wer das Gefühl hat, dass die eigene Welt aus den Fugen gerät, möchte sich dagegen schützen, sucht Halt. Dieser legitime Wunsch dient den rechten Parteien, die weltweit zulegen, als Nährboden. Sie sprechen bestehende Probleme an, die entstehen, wenn sich Konzerne und Geldgeber nur um ihre Rendite kümmern, bieten aber keine zukunftsfähigen Lösungen an. Im Gegenteil: Ihr Ziel ist die Umdeutung des tatsächlich exis-

tierenden sozialen Konflikts zwischen den Interessen des Kapitals und den Interessen der grossen Mehrheit in einen Konflikt zwischen denen, die dazugehören, und denen, die nicht dazugehören, weil sie aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens anders sind. Sie versprechen Schutz durch Ausgrenzung. Die rechtspopulistischen Parteien hantieren mit einfachen Rezepten und vielfach mit autoritären, anti-demokratischen Scheinlösungen. Das ist brandgefährlich. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns gezeigt, wohin das führen kann. Die SP ist überzeugt, dass Abschottung und Ausgrenzung die Probleme vergrössern werden, statt sie zu lösen. Wir setzen uns deshalb für eine Reform der internationalen Organisationen ein. Denn globale Probleme lassen sich nur global lösen.

Ohne eine starke multilaterale Politik und starke internationale Organisationen wird die globalisierte Wirtschaft nie im Dienste aller stehen. Die SP setzt sich für eine aussenpolitisch aktive Schweiz ein. Unser Land ist kein Kleinstaat. Vielmehr gehört es wirtschaftlich zu den globalen Top 20 und als Finanz- und Rohstoffhandelsplatz zu den Top 5. Die SP steht dafür, dass die Schweiz ihren Einfluss zugunsten einer weltweit nachhaltigen Entwicklung geltend macht. Dazu arbeiten wir mit Partnern wie der SP Europa und der Progressive Alliance zusammen.

Die Weltwirtschaft darf nicht durch entfesselte Profitgier gesteuert werden, sondern muss durch starke internationale Organisationen und einen rechtlichen Rahmen gestaltet werden. WTO-Recht und Handelsabkommen müssen dem Gemeinwohl dienen. Sie dürfen niemals die demokratischen Rechte zum Umweltschutz oder der sozialen Sicherheit einschränken. Dementsprechend dürfen Investitionsschutzabkommen nicht einfach den multinationalen Konzernen und ihren Geldgebern dienen, sondern müssen einen verbindlichen gesellschaftlichen Nutzen einfordern. Die Agenda 2030 der UNO ist ein Ansatzpunkt für eine zeitgemässe Handelspolitik.

A-122; SP Thalwil

Forderung: Kapitel 3.4 ergänzen mit einer klaren Aussage zum Verhältnis der Schweiz zur EU.

Begründung: Das Verhältnis zur EU wird fast gänzlich ausgeklammert. Wenn die SP ein Wirtschaftskonzept erstellen will, gehört dieses Thema geklärt. Wir erwarten eine klare Haltung. Am besten werden Optionen ausgearbeitet, z.B.

- Bilateraler Weg mit flankierenden Massnahmen
- Beitritt sofern sich die EU weiter "demokratisiert" (Forderungen müssen klar aufgezeigt werden)
- Beitritt zur heutigen (nicht reformierten) EU mit dem Hinweis, dass die Schweiz den Demokratisierungsprozess von "innen heraus" treiben kann.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung ist bereits in der Stossrichtung 3.4.4 enthalten.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schweiz macht sich ohne Wenn und Aber für ein durchsetzbares internationales Recht stark. Ohne starke rechtliche Schranken wird der Schwache gegenüber dem Mächtigen in einer globalisierten Weltwirtschaft stets den Kürzeren ziehen.
- Das WTO-Schiedspanel hat durchgesetzt, dass nachhaltig hergestellte Waren und Dienstleistungen gegenüber solchen bevorzugt werden, die unfair und klimaschädlich produziert worden sind. Wir fordern, dass die Schweiz in all ihren Wirtschaftsabkommen nachhaltigen Produktionsmethoden einen zentralen Stellenwert einräumt. Sie sollen rechtsverbindlich durchgesetzt werden können.

A-123; SP Sektion Stein am Rhein SH

Forderung: Textaufnahme im Anschluss an Punkt 2

Ökologisch unsinnige und klimaschädliche Ferntransporte (z.B. Granitquader aus China) sind zu vermeiden.

Begründung: Zur Nachhaltigkeit gehört genauso die Vermeidung von völlig unsinnigen Ferntransporten. Eine entsprechende Forderung wurde 2006 auf meinen Antrag hin ins damalige Wirtschaftskonzept aufgenommen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

- Wer Waren menschenrechtswidrig oder klimaschädlich herstellt und diese deshalb zu Dumpingpreisen auf den Markt bringen kann, betreibt unlauteren Wettbewerb. Tun dies Schweizer Firmen, sollen sie unabhängig vom Ort der Handlung von Schweizer Gerichten verurteilt werden können.
- Freihandelsabkommen greifen immer tiefer in Bereiche ein, die in einem demokratischen Rechtsstaat Sache des Parlaments sind. Ein Aussenwirtschaftsgesetz soll darum verhindern, dass die Schweiz Abkommen unterschreibt, die unsere Demokratie aushöhlen.
- Investitionsschutzabkommen hebeln den innerstaatlichen Rechtsweg aus und werden dazu missbraucht, beteiligte Staaten an der Durchsetzung ihrer Arbeits- und Umweltschutzstandards zu hindern. Investitionsschutz muss deshalb enger definiert werden. Er soll nur noch vor tatsächlicher Enteignung schützen und nur noch bei Investitionen zum Zug kommen, die mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 im Einklang stehen.
- Die Schweizer Aussenpolitik muss sich für eine Stärkung der internationalen Arbeitsorganisation ILO einsetzen. Diese soll auf derselben Entscheidungsebene wie IWF, Weltbank und WTO mitwirken.

3.4.2 Entwicklungszusammenarbeit ausbauen

Die Agenda 2030 der UNO bildet mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und 167 Unterzielen ein umfassendes Regelwerk für den nachhaltigen Umbau in sämtlichen Politikbereichen.

Schwerpunkte sind: die Umlenkung der globalen Investitionsströme, die Austrocknung der unrechtmässigen Finanzflüsse, menschenwürdige Arbeit, sozialer Basisschutz (*social protection floor*), Zusammenführen der Entwicklungs- mit der Friedensagenda sowie die Gleichstellung der Geschlechter. Zur Verwirklichung der Agenda 2030 rechnen UNO-Expert_innen mit einem jährlichen Investitionsbedarf von 3.5 bis 5 Billionen Dollar. Das ist eine Summe, welche die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe um das 25- bis 35-fache übersteigt.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert eine konsequente Unterstützung progressiver, global tätiger Nichtregierungsorganisationen durch die Schweizer Aussenpolitik. Damit wird die globale Zivilgesellschaft gestärkt.
- Die Schweizer Aussenwirtschaft darf nicht jenen Kräften in die Hände spielen, die Gewalt ausüben, Macht missbrauchen und Korruption als Geschäftsmodell einsetzen. Entwicklungspolitik und Friedenspolitik sind nicht voneinander trennbar. Die SP fordert deshalb ein Verbot von Schweizer Waffenexporten.
- Die Schweiz muss Gleichstellung zu einem Hauptziel ihrer Wirtschaftspolitik machen und die volle Teilhabe von Frauen sowie die Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung in Politik und Wirtschaft sicherstellen.
- Die soziale Dimension der Weltwirtschaft muss den Schwerpunkt der Umsetzung der Agenda 2030 durch die Schweiz bilden. Dazu gehören die Sicherstellung menschenwürdiger Arbeit und der soziale Basisschutz.

A-124; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: *Ergänzung mit neuem Punkt*

Die Schweiz muss die Chancengleichheit zu einem Hauptziel ihrer Innen- und Aussenpolitik machen. Gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen für alle möglich sein, ohne Rücksicht auf Herkunft und soziale Verhältnisse.

Begründung: *2. Satz der Ergänzung.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

3.4.3 Steuervermeidung bekämpfen

Wir sind nicht mehr bereit, höhere Steuern zu zahlen, weil Reiche und Multis mit Unterstützung von Steuerberatern ihre Gelder verstecken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Steuerflucht beendet wird. Wir unterstützen die Bemühungen der UNO und der OECD zur weltweiten Schliessung von Steuerschlupflöchern und fordern, dass auch innerhalb der Schweiz die Steuerhinterziehung und -vermeidung wirksam gestoppt wird. Die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene für die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuervermeidungsstrategien einsetzen. Sie darf den internationalen Steuerwettbewerb nicht weiter anheizen. Sollten sich Kryptowährungen als global akzep-

tiertem Zahlungsmittel durchsetzen, müssen Wege gefunden werden, auch diese Geldflüsse transparent zu machen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Banken sollen nicht nur ins Ausland, sondern auch den Schweizer Steuerbehörden den Kontostand und Kontoertrag ihrer Kund_innen melden müssen (Automatischer Informationsaustausch, AIA).
- Wir fordern Transparenzvorschriften im Rechnungslegungsrecht für multinationale Unternehmen, damit die Verschiebung der Gewinne in Steuertiefländer unterbunden und Korruption wirksam bekämpft werden kann (*country by country reporting*).
Wir unterstützen eine länderweise Besteuerung nach erbrachter Wertschöpfung, wie dies die OECD mit dem Projekt BEPS vorsieht.
- Alle Klauseln im nationalen und zwischenstaatlichen Recht, die im Inland oder grenzüberschreitend die Amts- und Rechtshilfe in Steuerfragen einschränken oder eine Vorinformation an Betroffene vorsehen, müssen aufgehoben werden.
- Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll in ihren Partnerstaaten zum Aufbau leistungsfähiger und transparenter Steuersysteme beitragen, die wirksam gegen Steuervermeidung vorgehen. Besonders dringend ist der Aufbau wirksamer Strategien gegen die Steuervermeidung im Rohstoffhandel.
- Wer in Tiefsteuerländern und Offshore-Plätzen Konten und Briefkastenfirmen unterhält, muss diese registrieren lassen und die wirtschaftlich Berechtigten offenlegen. Alle Finanzflüsse mit Offshore-Gesellschaften sollen einer Sicherungssteuer unterstellt werden, die erst bei Schaffung voller Steuertransparenz zurückgefordert werden kann.
- Die SP unterstützt internationale schwarze Listen und das Verbot von Geschäftsbeziehungen mit nicht kooperativen Tiefsteuerorten.
- Revisionsunternehmen und Prüfgesellschaften muss die Zulassung entzogen werden, falls sie gleichzeitig im Steuerberatungsgeschäft tätig sind.
- Die Schweiz muss frühzeitig auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Vorkehrungen treffen, damit Kryptowährungen nicht für Steuervermeidung, Geldwäscherei und andere unrechtmässige Finanzflüsse missbraucht werden.

A-125; SP Winterthur

Forderung: *neue Forderung.*

Jegliche Schritte, welche die Schweiz bisher im Rahmen eines ruinösen internationalen Steuerwettbewerbs betrieb, sollen unterlassen werden. Die gezielte Ansiedlung von Unternehmen aus anderen Ländern mittels Steuerdumping ist unsolidarisch und zerstört weltweit Steuersubstrat. Die Schweiz soll vielmehr auf internationaler Ebene Mindeststeuersätze sowie wirkungsvolle Massnahmen im Rahmen von BEPS (base erosion and profit shifting) fordern und dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Begründung: *Mit BEPS liegen konkrete Möglichkeiten vor, die Steuervermeidung einzudämmen. Sie soll erwähnt werden und insbesondere soll betont werden, dass die Schweiz (für einmal) nicht das Schlusslicht, sondern vorne mit dabei sein soll.*

Entscheidung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Forderung ist bereits im Einleitungstext aufgenommen. Wir schlagen vor, die BEPS-Massnahmen ausdrücklich zu nennen, auch wenn dadurch eine gewisse Doppelspurigkeit entsteht. Neuformulierung: *Wir unterstützen die Bemühungen der UNO und der OECD zur weltweiten Schliessung von Steuerschlupflöchern.* Die Schweiz soll ~~vielmehr~~ auf internationaler Ebene Mindeststeuersätze sowie wirkungsvolle Massnahmen im Rahmen des BEPS-Projekts der OECD (base erosion and profit shifting) fordern und dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. *Wir fordern, dass auch innerhalb der Schweiz die Steuerhinterziehung und -vermeidung wirksam gestoppt wird. Die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene für die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuervermeidungsstrategien einsetzen*

3.4.4 Gute Beziehungen zu Europa

Auch wenn uns dies gewisse politischen Kräfte gerne erzählen: Die Schweiz ist keine Insel, und ist es auch nie gewesen. Wir sind seit jeher eng mit Europa verbunden. Für die Schweiz steht Europa im Zentrum des Aussenhandels und der Migration: 2016 waren 60 Prozent der Ein- und 56 Prozent aller Ausgewanderten europäische Staatsangehörige⁵⁵. Fast die Hälfte der Schweizer Exporte gingen 2017 nach Europa, 93 Prozent davon in EU-Mitgliedsländer. 60 Prozent der Importe kommen aus Europa, 97.5 Prozent davon aus EU-Mitgliedsländern⁵⁶.

Das Image der europäischen Institutionen, insbesondere das der EU, ist zurzeit schlecht. Viele Missstände, die in Wirklichkeit populistische oder konservative Regierungen der Mitgliedsstaaten zu verantworten haben (beispielsweise die verheerenden Auswirkungen der Austeritätspolitik in Südeuropa), werden pauschal «Brüssel» in die Schuhe geschoben. Auf der anderen Seite wird von der europäischen Einigung nach wie vor viel erwartet – zu Recht, da die meisten heutigen Herausforderungen nicht mehr auf nationaler Ebene zu bewältigen sind. Die Erfahrung zeigt, dass Europa lernfähig ist. Allen Unkenrufen zum Trotz ist die EU unter dem Strich eine kulturelle, wirtschaftliche und friedenspolitische Erfolgsgeschichte. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik versöhnte die ehemaligen Erzfeinde Deutschland und Frankreich und brachte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine nie dagewesene Periode der Stabilität, des Friedens und des wachsenden Wohlstands. Die SP befürwortet darum eine weitergehende europäische Einigung⁵⁷.

Unter den globalen Akteuren vertritt die EU in den meisten Fällen die fortschrittlichsten Positionen. Wo es global um Menschenrechte, inklusive Gesellschaft, Klimaschutz, Kampf der Straflosigkeit und Stärkung des Völkerrechts geht – stets ist es die EU, welche jene Positionen vertritt, die am ehesten sozialdemokratischen Werten entsprechen. Will die Schweiz

⁵⁵ Quelle: Bundesamt für Statistik, Migration und Integration

⁵⁶ Quelle: Bundesamt für Statistik, Aussenhandel

⁵⁷ In der »Roadmap Europa« von 2016 hat die SP ihre europapolitischen Vorstellungen präzisiert: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp_roadmap-eu-definitiv_d_2.pdf.

mehr Einfluss auf die Entwicklung der Globalisierung nehmen, kann sie weit mehr erreichen, wenn sie sich eng mit der EU koordiniert.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Beteiligung der Schweiz an der Europapolitik und am europäischen Binnenmarkt muss gestärkt und vertieft werden. Die zunehmende Instabilität der internationalen wirtschaftlichen Ordnung macht die enge Anbindung der Schweiz an Europa überlebensnotwendig.
- Ein Rahmenabkommen oder die Beteiligung an einem erstarkten europäischen Wirtschaftsraum wären denkbare Zwischenschritte für eine Verbesserung der Beziehungen zu Europa. Langfristig führt für die Schweiz aber kein Weg an einem EU-Beitritt vorbei.

A-126; QV Horburg-Kleinhüningen

Forderung: „Langfristig führt für die Schweiz ~~aber~~ kein Weg an einem EU-Beitritt vorbei.“

Begründung: „Aber“ klingt kapitulierend. Wenn EU-Beitritt, dann aus Überzeugung.

Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme

A-127; SP Sektion Stadt Schaffhausen

Forderung: „Zwischenschritte“ zu „Schritte umformulieren, Zweiten Satz streichen.“

Ein Rahmenabkommen oder die Beteiligung an einem erstarkten europäischen Wirtschaftsraum wären denkbare ~~Zwischen~~Schritte für eine Verbesserung der Beziehungen zu Europa. Langfristig führt für die Schweiz aber kein Weg an einem EU-Beitritt vorbei.

Begründung: Der EU-Beitritt der Schweiz ist mittelfristig nicht mehrheitsfähig und selbst bei SP Wählern momentan unpopulär. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass in den Medien das neue Wirtschaftskonzept auf diesen einen Satz reduziert wird, der im engeren Sinne nicht mal in ein Wirtschaftskonzept gehört. Die EU befindet sich momentan im Umbruch. Gerade in den osteuropäischen Mitgliedsländern sind besorgniserregende Entwicklungen zu beobachten. In was für eine EU die Schweiz langfristig eintreten würde, steht momentan in den Sternen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das Ziel des EU-Beitritts ist im SP Parteiprogramm festgelegt.

- Um die Rechte der Arbeitenden zu stärken, müssen die flankierenden Massnahmen erhalten und weiterentwickelt werden. Der Brexit führt uns vor Augen, dass ein Austritt aus der EU den einheimischen Lohnabhängigen nicht mehr, sondern weniger Schutz bringt. Mittlerweile haben die flankierenden Massnahmen in Brüssel so-

gar Vorbildfunktion: Die darin enthaltenen Schutzmechanismen für die Lohnabhängigen wurden weitgehend in die Entsenderichtlinien für die Arbeitsmigration innerhalb der EU übernommen.

Zusätzliche Stossrichtung

A-128; SP Thalwil

Forderung: Aufnahme eines zusätzlichen Kapitels im Block „Thematische Stossrichtungen“ mit der Problematik der AHV und der zweiten Säule wie oben skizziert.

Begründung: AHV und zweite Säule

- *Dazu sagt das Konzept kaum etwas, ausser dass die Pensionskassen ihre Anlagen nachhaltig tätigen sollen. Das ist eine sehr grosse Lücke. Diese Thematik gehört zwingend in ein Wirtschaftskonzept. Die 2. Säule ist eine Fehlkonstruktion und muss zumindest runter gefahren werden. Parallel dazu muss die AHV zu einer Volkspension ausgebaut werden. Probleme der Pensionskassen werden angetönt, aber nicht klar ausformuliert.*
- *Mehrere Teilzeitjobs verunmöglichen eine 2. Säule auch bei 100% Beschäftigung (vor allem Frauen sind davon betroffen).*

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist der Ansicht, dass die Problematik der AHV und der zweiten Säule im Rahmen des Wirtschaftskonzepts ausführlich unter den Kapiteln 3.1 Gute Arbeit für alle und 3.3 Starkes Gemeinwesen behandelt worden sind.

4 SCHLUSSWORT

Das vorliegende Konzept ist gegenüber seinen Vorgängern von 1994 und 2006 weniger umfangreich ausgefallen. Erklärtes Ziel der Geschäftsleitung ist es, ein in allgemeinverständlicher Sprache formuliertes Konzept vorzustellen, das die wirtschaftspolitische Analyse sowie die wichtigsten mittelfristigen Stossrichtungen und Forderungen der SP Schweiz auf den Punkt bringt. Zu vielen Themen (etwa Wirtschaftsdemokratie, Gleichstellung oder Aussenpolitik) gibt es bereits Positionspapiere der SP, die stärker ins Detail gehen und auf diese wir in diesem Papier verweisen. «Unsere Wirtschaft» wurde in einem basisdemokratischen Prozess erarbeitet, in den alle interessierten Genossinnen und Genossen ihre Positionen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen konnten, von der erfahrenen Parlamentarierin bis hin zum Basismitglied.

Dieser demokratische Prozess soll auch sicherstellen, dass das vorliegende Wirtschaftskonzept nicht geduldiges Papier bleibt. Wir haben uns damit selbst einen Auftrag erteilt. Die Genossinnen und Genossen an der Basis, auf der Strasse, in den Sektionen, in den Gemeinden, Kantonen, Parlamenten und Exekutivbehörden: Alle sind daran beteiligt, unsere Reformideen für eine gerechtere, nachhaltigere und zukunftsbejahende Wirtschaftspolitik in die Tat umzusetzen. Sei es mit Vorstössen, Initiativen, Kampagnen oder gar international ausgerichteten Projekten. Die Horizonte für die Realisierung der einzelnen Ziele sind unterschiedlich: Manches liegt in Reichweite, anderes wird viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen. Wir wären aber nicht die SP, würden wir davor zurückscheuen, dicke Bretter zu bohren.

A-129; Bern-Länggasse-Felsenau und Bern-Nord

Forderung: neu/ergänzen (Kapitel 4 (neu): Aktualität, Unterkapitel 4.1. STAF)

GL wird beauftragt, einen Text zu STAF zu formulieren.

Begründung: Die Sektionsvorstände der SP Bern-Nord und Bern-Länggasse-Felsenau stellen fest, dass zum wichtigsten aktuellen Thema, der STAF jeglicher Bezug im Wirtschaftskonzept fehlt. Das darf - auch wenn eine Lösung, die Befürwortern und Gegnern berücksichtigen, schwierig ist - nicht sein!

Entscheidung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Zu diesem Thema hat die SP Schweiz eine eigene ausserordentliche Delegiertenversammlung durchgeführt und auch die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Allgemeine Anträge zum Wirtschaftskonzept

A-130; QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen

Antrag zum gesamten Papier

Forderung: umformulieren

→ Die gendergerechte Sprache mittels Stern-Variante (*) soll im gesamten Konzept verwendet werden anstelle der Bodenstrich-Variante (_).

Begründung: Die gendergerechte Sprache mittels Stern (*) schliesst alle Geschlechter ein. Der Bodenstrich (_) wird grundsätzlich nicht verwendet oder nur sehr selten und sollte somit durch die Stern-Variante im gesamten Papier ersetzt werden. Beispiel: Schweizer*innen anstatt Schweizer_innen

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: In der Schlussredaktion wird eine genderneutrale Sprache angestrebt. Dort, wo es nicht möglich ist, wird auf die Stern-Variante zurückgegriffen.

A-131; Sektion Muri-Gümligen

Antrag zu allen Kapiteln, jeweils bei jedem Abschnitt „Dafür setzen wir uns ein“ bei jeder aufgeführten Massnahme: Ergänzen

Ergänzung: Bei jedem Punkt „Dafür setzen wir uns ein“ im ganzen Papier „Unsere Wirtschaft“ wird grob errechnet und in Klammern in Schweizer Franken aufgeführt, wie hoch die Kosten bzw. Einnahmen der einzelnen Massnahmen für die Staatskasse sind.

Begründung: Die SP ist eine Partei die für Transparenz steht, nicht zuletzt im finanziellen Bereich. Viele der über 120 Massnahmen in den Abschnitten „Dafür setzen wir uns ein“ haben zum Teil eine Kostenfolge in Millionen oder gar Milliardenhöhe zur Folge, z. B. 3.3.4, „Dafür setzen wir uns ein“, Punkt 5: S. 48: „Viele Menschen, die nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz berufstätig sind, leisten Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar ist. Dafür müssen sie angemessen entschädigt und vor Armut geschützt werden.“ Uns würde interessieren, wie viel dem Staat etwa eine solche Massnahme kosten würde. Eine Kostentransparenz all der von der SP aufgeführten Massnahmen würde es ermöglichen, die Finanzierbarkeit der verschiedenen aufgeführten Massnahmen abzuwägen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Aufwand, um die Kostenfolgen der 120 Massnahmen zu eruieren ist schlicht zu gross. Das soll jeweils bei der konkreten Ausarbeitung der Projekte geschehen.

Forderung: Fortsetzung des Projekts „Wirtschaftskonzept“ und Vertiefung der Diskussion

1. Verbesserung des Konzepts durch die am Parteitag akzeptierten Anträge.

Anschliessende Verabschiedung des Papiers bewusst als **Zwischenstand der Diskussion**.

2. Fortsetzung des Projekts „Wirtschaftskonzept“ mit dem Auftrag...

- a) die ökonomische Analyse zu vertiefen,
 - ...inklusive Triebkräfte der Veränderung und
 - ...inklusive Zukunftsszenarien sowie davon abgeleitete Strategien und Schwerpunkte. Dabei sollen speziell auch verschiedene Szenarien der Digitalisierung, der Dekarbonisierung und der Globalisierung sorgfältig herausgearbeitet werden und bezüglich Wahrscheinlichkeit bewertet werden.
- b) Handlungspfade zu priorisieren
- c) konkrete Vorgehens- und Umsetzungspfade zu skizzieren.

Resultat dieses Vorgehens soll ein **parteiinternes Wirtschaftskonzept** sein, das fundierte Analysen, Strategien und Handlungspfade bietet.

3. Damit dieser Auftrag im Sinne einer breiten, innovativen und intellektuell sowie praktisch reich dotierten Partei erfüllt werden kann, werden **Diskussionsformen, Instrumente und Strukturen** bereitgestellt, die diese breite Beteiligung wirklich ermöglichen.

Begründung: *Das Wirtschaftskonzept in der vorliegenden Form gibt linkes Allgemeinwissen in einem sehr breiten Sammelsurium wieder, es hat für alle etwas drin und es ist nichts richtig falsch. Aber das Papier geht auch nicht darüber hinaus: Eine Analyse der gegenwärtigen Ökonomie sucht man vergebens. Die Dynamik der kapitalgetriebenen Wirtschaft bleibt unklar, von den Triebkräften beispielsweise hinter der Privatisierung und hinter dem Druck auf die Löhne versteht man nach der Lektüre des Papiers nichts. Stattdessen wird man überschüttet mit einer Aufzählung von aktuellen Ausprägungen der Wirtschaft und mit einer spürbaren Trauer darüber, dass die Reichsten sich von der Sozialpartnerschaft verabschiedet haben, verbunden mit Wunsch, doch bitte dahin zurückzukehren.*

*Das Papier bietet aber auch den Aktiven in der Partei zu wenig, ebenso den Vertreterinnen und Vertretern in den Parlamenten und Regierungen: Weil die Analyse der Wirtschaft weitgehend fehlt, **sucht man und frau vergebens nach einer daraus abgeleiteten Priorisierung der Handlungsschienen:** wo müsste man und frau ansetzen, wo ist der schwächste Punkt in dieser wirtschaftlichen Dynamik, wo stehen Ideologie und kapitalgetriebene Handlungen am stärksten im Widerspruch, wo können wir mit Erfolg den Hebel ansetzen, wo sind die wichtigsten Handlungsfelder – beispielsweise im eklantanten Widerspruch der jetzigen Ökonomie zum ökologi-*

schen Überleben?

*Da diese Priorisierung nicht vorgenommen wird, bleiben auch die Handlungspfade vage: weder **werden Massnahmen und Handelnde priorisiert und präzise gefasst**, noch werden **keine inhaltlichen Konkretisierungen oder Umsetzungspläne skizziert**.*

Kurz gesagt: *Wir haben nun ein Papier, das sich vielleicht nach aussen präsentieren lässt als aktuelle Stellungnahme der SP zu Wirtschaftsthemen. Nun muss es aber noch vertieft und erweitert werden, damit es für die Aktiven in der Partei zu einem aussagekräftigen Papier wird, das ein Verständnis der gegenwärtigen Ökonomie vermittelt, und das als Orientierung für unsere konkrete Politik in den verschiedenen Feldern dienen, mit klaren Prioritäten und einer klaren Gewichtung, basierend eben auf einer vertieften Analyse.*

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL wird einen Follow Up-Prozess vorschlagen und eine Reihe konkreter Projekte definieren, die mit Priorität weiterverfolgt werden sollen.

A-133-a – A-133-c; AntragsstellerIn: Sektion SP11, Zürich

Die Anträge A-x-x bis A-x-x beziehen sich nicht zu einem bestimmten Kapitel sondern beinhalten Richtlinien zur Verbindlichkeit, zur Aktualisierung und zur Form von Wirtschaft 4.0. Antrag 1 beinhaltet eine zwingende Annahme von Antrag 2.

A-133-a; Verbindlichkeit

Das Dokument Wirtschaft 4.0 ist für die Wirtschaftspolitik auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene verbindlich. Es gilt als "Richtschnur" für die sinngemässe Umsetzung der Wirtschaftspolitik durch Mandatsträger auf allen Stufen. Ein entsprechender Hinweis ist im Dokument selbst zu formulieren.

Begründung:

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die vorangegangenen Wirtschaftsdokumente nur wenig in die aktuelle SP-Politik eingeflossen waren und nach kurzer Dauer in den „Schubladen“ verschwanden. Daher soll das Dokument neu explizit für alle Mandatsträger der SP verbindlich sein. Wirtschaft 4.0 soll nicht nur eine Richtschnur für Ihre Tätigkeiten sein, sondern ihren politischen Aktivitäten auch Leitplanken setzen, innerhalb deren sie sich bewegen.

Mit der geforderten Verbindlichkeit ist auch die Messbarkeit verbunden, wonach die SP Schweiz in der Wirtschaftspolitik beurteilt werden soll. Bei der Annahme dieses Antrages, begehrt die SP in der Schweizer Politlandschaft neue Wege, indem sie nicht nur Absichten und Versprechen kommuniziert wie es die meisten anderen Parteien tun, sondern auch die Bereitschaft zeigt, sich von Ihren Wählern und Sympathisanten daran zu messen bzw. zu beurteilen.

A-133-b; Aktualisierung und Fortführung des Dokumentes

Wirtschaft 4.0 wird im Sinne eines rollenden Planungsprozess laufend angepasst und mindestens alle zwei Jahre durch einen zwingenden Review aktualisiert. Änderungen und Ergänzungen müssen an einer nationalen DV-Versammlung bewilligt werden.

Begründung:

Wir alle sind uns bewusst, dass das Dokument Wirtschaft 4.0 in Kürze auf Grund der rasch verändernden Bedingungen in unserer Umwelt und Gesellschaft, nicht mehr aktuell sein wird. Der Anspruch eines gültigen 10-Jahres Wirtschaftskonzept kann daher mit dem bestehenden Konzept nicht erfüllt werden. Daher soll Wirtschaft 4.0 im Sinne einer rollenden Planung zwingend in einem 2-Jahresrythmus aktualisiert und Änderungen durch eine DV validiert werden. Dies wird auch eine wichtige Voraussetzung für die Forderung nach der Verbindlichkeit von Wirtschaft 4.0 über eine längere Zeitdauer sein (siehe Antrag 1).

A-133-c; Ergänzende elektronische Version

Die GL wird beauftragt bis zum 30.06.2019 sicherzustellen, dass von Wirtschaft 4.0 eine kostenlose elektronische Version für den Gebrauch mit einem Smartphone zur Verfügung steht. Dies um allen Interessierten die Möglichkeit zu bieten, während Besprechungen oder Sitzungen direkt auf das Dokument Wirtschaft 4.0 zugreifen zu können.

Begründung:

Es ist für die Akzeptanz und Umsetzung der Wirtschaftspolitik wichtig, dass die Inhalte vom Dokument Wirtschaft 4.0 auch in einer elektronischen Form überall und jederzeit zur Verfügung stehen. Eine ausschließlich gedruckte Version erfüllt diese Forderungen schlecht.

Daher solle bis Mitte nächsten Jahres eine Version für Smartphones, d.h. für Mobiles und Tablets für die Betriebssysteme Android und iOS allen interessierten (SP und Nicht-SP-Mitglieder) zur Verfügung stehen.

An der DV vom 24. Februar 2018 wurde ein Antrag für eine elektronische App für Wirtschaft 4.0 gefordert aber aus Kostengründen auf Antrag der GL abgelehnt. Beim jetzigen Antrag geht es nicht mehr um eine App, sondern um eine wesentlich einfacher zu realisierenden elektronischen unveränderte Form ohne graphische Aufbereitung und Anpassungen in der Benutzerführung. Damit sind die Kosten stark reduziert, aber die elektronische Verfügbarkeit bei den Anwendern trotzdem sichergestellt.

<p>Entscheidung der Geschäftsleitung zu A-133-a – A-133-c: Modifizierte Annahme Begründung: Siehe Begründung A-132, auch diese Fragen sollen im Follow-Up beantwortet werden.</p>

Antrag für ein neues Kapitel mit dem Titel „Zusammenfassung in 10 Punkten“. Einzufügen vor Kapitel 1 („Die Wirtschaft, die wir meinen“).

Forderung: Ergänzen mit der unten eingefügten Zusammenfassung „UNSERE WIRTSCHAFT“ in einem 10-Punkte Programm als neues Kapitel.

- 1. Die SP bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft und setzt sich für mehr Wirtschaftsdemokratie ein**
Kernaufgabe des Staates ist, freien und fairen Wettbewerb ohne Privilegien zu gewährleisten. Ergänzend sichert der Staat allen Bürgern durch Umverteilung eine würdige Existenz und sorgt für Chancengleichheit. Grundgüter sollen generell durch den Staat, alle anderen Güter durch die Privatwirtschaft hergestellt werden.
- 2. Die SP setzt sich für eine Stärkung der Bildung, Forschung und Innovation ein**
 - *Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP muss bis 2030 auf mindestens 5 Prozent steigen.*
 - *Die Grundfinanzierung für alle Bildungsstufen inklusive Weiterbildung erfährt ein stetiges Wachstum.*
 - *Die Schweiz erkennt laufend strategisch wichtige Bereiche und Branchen, die zusätzlich gefördert werden (z. B. Cleantech, Digitalisierung, interkulturelles Wissen).*
- 3. Die SP setzt sich für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer_innen ein**
 - *Auf gesetzlicher Ebene als auch bei den Gesamtarbeitsverträgen braucht es einen Ausbau der Mitbestimmung.*
 - *Die Hürde für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen muss gesenkt werden.*
- 4. Die SP setzt sich für einen Mindestlohn ein**
 - *Nationaler Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde.*
- 5. Die SP setzt sich für eine nachhaltige Wirtschaft ein**
 - *Die Schweiz nimmt bei der Umsetzung des Pariser Abkommens eine führende Rolle ein.*
 - *Die SP fordert die Umstellung der Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energien.*
 - *Der Bereich „Cleantech“ muss als Schlüsselbranche mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.*
 - *Schaffung eines Zukunftsfonds für die Finanzierung in den Bereichen Industrie 4.0 und ökologischer Umbau.*
- 6. Die SP setzt sich für ein stabiles Bankensystem ein**
 - *Eigenkapitalquote der Banken von mindestens 10%.*
- 7. Die SP setzt sich für eine Stärkung der allgemeinen Kaufkraft ein**
 - *Reduktion der Mieten um 40%. Stärkung von gemeinnützigen Wohnbauträgern.*
 - *Begrenzung der Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens.*
- 8. Die SP setzt sich für die Gleichstellung ein**
 - *Lohngleichheit zwischen Frau und Mann muss endlich umgesetzt werden.*

- *Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen muss erweitert werden und für alle Einkommensschichten zugänglich sein.*
- 9. Die SP setzt sich für eine faire Besteuerung der Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen ein**
- *International koordinierte Finanztransaktionssteuer.*
 - *Verbot aller steuerfreien Auszahlungen auf Kapital.*
 - *Einführung einer Kapitalgewinnsteuer.*
- 10. Die SP setzt sich für stärkere Beziehungen zur EU ein**
- *Die Beteiligung der Schweiz an der Europapolitik und am europäischen Binnenmarkt muss kurzfristig gestärkt werden.*
 - *Mittelfristig fordert die SP den Vollbeitritt zur EU.*

Begründung: Das Papier „unsere Wirtschaft“ präsentiert eine unübersichtliche Palette von ganz unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Massnahmen (mehr als 120) für die Wirtschaft unseres Landes in den nächsten 10 Jahren. Es fehlt an einer Priorisierung anhand des vorliegenden Papiers „Unsere Wirtschaft“: Welche 10 Punkte sind für die SP Schweiz wichtig und sollten mit Nachdruck in Angriff genommen oder vertreten werden? Eine Reduktion auf ein 10-Punkte Programm empfiehlt sich zudem hinsichtlich der Kommunikation nach aussen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die Öffentlichkeit auf „Nebenpunkte“ des Papiers „Unsere Wirtschaft“ konzentrieren wird und etwaigen Extremforderungen zu grosses Gewicht verleiht. Die 10 von uns vorgeschlagenen Punkte wurden mehr oder weniger chronologisch aus dem Positionspapier „Unsere Wirtschaft“ entnommen. Alle 10 Punkte mit den dazugehörigen Massnahmen haben für uns die gleiche Priorität.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL beauftrag die Steuerungsgruppe, die die Ausarbeitung des Wirtschaftskonzepts koordiniert hat, ein zusammenfassendes Schlusskapitel mit den wichtigsten Forderungen zu formulieren.

A-135; QV Horburg-Kleinhüningen

Antrag zu Kapitel, Abschnitt, Seite: Komplettes Wirtschaftspapier

Forderung: Kürzung auf 5 Seiten

Begründung: Die wenigsten Bürgerinnen und Bürger werden sich die Mühe machen, ein 55 Seiten langes Dokument zu lesen. Um mit der Bevölkerung zu kommunizieren braucht es deshalb **zusätzlich** eine stark gekürzte Version. Diese soll dazu dienen, die Kernpunkte unseres Wirtschaftspapiers in die Bevölkerung zu tragen.

Entscheid der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Das vorliegende Wirtschaftskonzept wurde in einem aufwändigen, partizipativen Prozess mit reger Beteiligung von vielen Parteimitgliedern erarbeitet. Eine erste Version des Papiers mit dem Auftrag für Folgearbeiten wurde von einer DV beschlossen. Die GL schlägt deshalb vor, im Sinne des vorhergehenden Antrags ein zusammenfassendes Schlusskapitel anzufügen.